

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Protest_against_Donald_Trump_20250419_0773_\(5446274389\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Protest_against_Donald_Trump_20250419_0773_(5446274389).jpg)

DEALS KOMMEN UND GEHEN, DIE KRISE BLEIBT

INHALT

Ökonomie

Trumps Deal mit der EU: kein Ende der Krise, Jakob Schäfer	3
Donald Trumps „großes, schönes“ Steuergesetz, Michael Roberts	6
Zollkrieg verschärft die Krise, Michael Roberts	11

Syrien

Voraussetzungen für den Wiederaufbau, Joseph Daher	17
---	-----------

Türkei

Die Türkei nach der Selbstaflösung der PKK, Interview mit Uraz Aydın	24
---	-----------

Ernest Mandel

Ernest Mandel – Marxist und Visionär, Winfried Wolf	29
--	-----------

Klima

Vier Schlüsselemente für einen gerechten Übergang, Aaron Niederman	37
---	-----------

Nachruf

Udo Filthaut geb. Heiber, W. A.	44
--	-----------

Naher Osten

Iran nach dem „Waffenstillstand“, Houshang Sepehr	46
Die Hügeljugend in Israels Militärstrategie in der Westbank, Meron Rapoport	51
Solidarität mit Gaza ist nicht antisemitisch, Dave Kellaway	54
Siedlerkolonialismus, ethnische Säuberung und Völkermord, Jakob Schäfer	58
Israel hat einen Plan zur ethnischen Säuberung des Gazastreifens, Gideon Levy	62

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

■ Einzelpreis:	EUR 5,- CHF 6,-
■ Jahresabo:	EUR 25,-
■ Doppelabo (je 2 Hefte):	EUR 35,-
■ Solidarabo: ab	EUR 35,-
■ Sozialabo:	EUR 15,-
■ Probeabo (3 Hefte):	EUR 10,-
■ Auslandsabo:	EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

TRUMPS DEAL MIT DER EU: KEIN ENDE DER KRISE

Das Wehgeschrei in Europa ist groß: Trump gefährde den regelbasierten Welthandel und habe mit dem „Deal“ vom 28. Juli die EU über den Tisch gezogen.

■ Jakob Schäfer

■ Neben der Kritik an der US-Regierung wurde vor allem der EU-Kommission vorgehalten, sie habe zu viel nachgegeben. Martin Schirdewan (Europa-Abgeordneter der LINKEN) meinte, die EU agiere kopflos. Doch die EU konnte gar nicht anders, schließlich ist sie der geopolitische Juniorpartner der USA und hatte auf der strategischen Ebene schlechte „Argumente“.

Protektionismus der USA

Der protektionistische Kurs der USA ist nicht neu. Schon in Trumps erster Regierungszeit wurden Strafzölle gemäß Abschnitt 301 des Handelsgesetzes von 1974 erlassen. Biden ließ die Zölle bestehen und hat sie 2022 mit dem Inflation Reduction Act (IRA) sogar auf 18 Milliarden US-Dollar für Importe aus China erhöht (auf Elektrofahrzeuge wurden sogar 100 Prozent Zoll erhoben). Aber auch Halbleiter, Batterien, wichtige Mineralien, Stahl, Aluminium, Solarkomponenten und medizinische Güter sind seitdem betroffen. Diese Politik wird in den USA parteiübergreifend geteilt und ist eine Reaktion auf den Positionsverlust der US-Wirtschaft und auf das Dilemma, in dem sich die US-Wirtschafts- und Geldpolitik wegen der Funktion des Dollars als Leitwährung befindet.¹

In diesem Zusammenhang ist China als Hauptfeind ausgemacht worden, weil dort seit vielen Jahren die Wachstumsraten am größten sind (weswegen der Abstand zur US-Wirtschaft immer kleiner wird) und vor allem, weil China technologisch gewaltig aufholt.

Trumps Beweggründe für den verschärften Kurs in seiner zweiten Amtszeit sind darin zu suchen, dass die Maßnahmen der Vergangenheit an dem gesunkenen Gewicht der USA nichts geändert haben. Jetzt soll mit rabiateren Mitteln die US-Industrie geschützt werden, um verlorenes Terrain am Weltmarkt zurückzugewinnen und – nicht zuletzt – um die US-Rüstungsindustrie in die Lage zu versetzen, ihren technologischen Vorsprung aufrechtzuerhalten.

Hinzu kommt, dass Trumps „großes schönes [Steuer]gesetz“ (zur Bereicherung der Reichen) ein Riesenloch in den Haushalt reißt und die Zolleinnahmen dies wenigstens zum Teil ausgleichen sollen. Heute, Stand Anfang August 2025, sind die USA allein auf Bundesebene mit 36,9 Billionen USD verschuldet, das sind aktuell 124 % des BIP. Mit Trumps „Big Beautiful Bill“ wird die Staatsverschuldung bis Ende 2034 um mindestens 3,3 Billionen Dollar steigen. (Ergänzend sei angemerkt: Die Gesamtschulden aller US-Bundesstaaten beliefen sich zum Ende des Fiskaljahres 2024 auf 3,02 Billionen USD.)

Die Folgen sind schon sichtbar: Moody's, die größte US-Ratingagentur, die die Ausfallwahrscheinlichkeit von Unternehmen überwacht, hat die Kreditwürdigkeit der US-Staatsschulden herabgestuft. Damit steigen die Zinsen, die von den Finanzinstituten für den Kauf von US-Staatsschulden verlangt werden. Die Rendite 30-jähriger Staatsanleihen ist inzwischen auf 5,04 % gestiegen, den höchsten Stand seit 2023, und belastet damit den

US-Haushalt zusätzlich. Die USA müssen inzwischen jedes Jahr mehr als 1,1 Billionen USD Zinsen zahlen. Laut Moody's werden die Zinszahlungen bis 2035 voraussichtlich 30 % der Einnahmen der Bundesregierung ausmachen, verglichen mit 9 % im Jahr 2021.

Doch damit nicht genug: Die erhöhten Zinssätze wirken sich auch auf die Unternehmenskredite aus, was Investitionen erschwert. Der Haushaltsausschuss des Kongresses schätzt, dass die höheren Zolleinnahmen im ersten Jahr zwar mehr als 200 Mrd. USD einbringen, aber in den Folgejahren wird die Summe sinken, weil die Warenströme teilweise umgeleitet werden. Und selbst diese 200 bis 230 Mrd. USD sind nur ein Bruchteil des für dieses Jahr erwarteten Haushaltsdefizits von 1,8 Billionen US-Dollar.

Die EU konnte in der Tat erpresst werden

Der industriepolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Die LINKE, Mirze Edis, hält den Deal für „eine Unterwerfung“ der EU. Eine solche Einschätzung setzt aber voraus, dass die EU mit der US-Regierung auf Augenhöhe verhandeln konnte.

Klar ist, die EU hat Federn gelassen: Die USA belegen EU-Waren mit einem Importzoll von 15 %, während die EU-Zölle – sie betrugen bisher im Schnitt 10 % – weitgehend abgeschafft werden. EU-Handelsbarrieren für Agrarprodukte werden abgebaut (in diesem Bereich wird also TTIP durch die Hintertür eingeführt²), der Handel mit Digitalprodukten wird für die USA erleichtert, auch Arzneimittel (außer Generika) werden in den USA mit Zöllen belegt usw. Vor allem aber: Die EU soll in den nächsten 3 Jahren jeweils Energie im Wert von 250 Mrd. USD kaufen (also v. a. Öl und Fracking-Gas) und in diesem Zeitraum soll die EU für 600 Mrd. USD in den USA investieren.

Die beiden letzten Posten sind der Hauptknackpunkt: 2024 hat die EU fossile Energie im Wert von 76 Mrd. USD gekauft. „Entweder müssten die US-Ölexporte vollständig in die EU umgeleitet werden oder der Wert der LNG-Importe aus den USA müsste sich versechsfachen“ so Arturo Regalado, Analyst beim Datenanbieter Kpler). Und bei den Investitionen ist der „Deal“ mindestens genauso abenteuerlich, schließlich ist die EU (etwa im Gegensatz zum staatskapitalistischen China) nicht in der Lage, auf dirigistische Weise die Investitionen der hier ansässigen Unternehmen umzulenken oder gar als Staat in diesem Umfang selbst zu investieren.

Diese beiden Knackpunkte sind damit gleichzeitig das Mittel, die es der US-Regierung erlauben werden, bei ihrer Nicht-Erfüllung den Deal vom 28. Juli 2025 aufzu-

kündigen. All dies ist der EU-Kommission und der Bundesregierung natürlich voll bewusst und dennoch haben sie dem Abkommen zugestimmt, aus zwei Gründen:

Erstens ist die EU kaum minder protektionistisch. Sie weiß nicht nur um das Dilemma, das sich aus der Leitwährung Dollar ergibt, sondern auch um die eigene handelspolitische Abschottung, und zwar nicht nur gegenüber Afrika und Südamerika, sondern auch gegenüber den USA (etwa bei den eigenen Importzöllen, bei den Agrarexporten usw.) So schreibt der Thinktank der Bundesregierung, die *Stiftung Wissenschaft und Politik*:

„Es gibt eine hohe ausländische Nachfrage nach Dollar, etwa in Form von US-Staatsanleihen – was verhindert, dass er abwertet und die Währungen der Handelspartner aufwerten. Wäre der Dollar nicht Reservewährung, so Miran, würden Volkswirtschaften wie China und Deutschland ihre Überschüsse aus dem bilateralen Handel mit den USA in die eigene Landeswährung Yuan oder Euro wechseln, diese würden gegenüber dem Dollar aufwerten. [...] Die USA haben 60 Jahre lang mit 2,5 Prozent einen sehr niedrigen Zoll auf die Einfuhr von Personewagen [...] erhoben. Die EU wiederum berechnet für Pkw einen Zoll von 10 Prozent [...]. Fraglos war vor Trumps Zollerhöhungen das Schutzniveau in der EU deutlich höher als jenes in den USA. Ein in der Slowakei hergestellter Porsche-Geländewagen wurde so bis April 2025 bei der Einfuhr in die USA mit lediglich 2,5 Prozent Zoll belegt. [...] Das Ergebnis der partiell protektionistischen Politik der EU ist eindeutig – auf ihrer Seite wachsen die Handelsbilanzüberschüsse. War 2011 im Warenhandel noch ein Fehlbetrag von 41,6 Milliarden Euro zu verzeichnen, so gab es 2020 einen Überschuss von 216,7 Milliarden Euro. [...] Heute hat es [...] den Anschein, als ob Deutschland als Blaupause für die gesamte EU fungierte. Zugespitzt formuliert: Die Länder der EU haben ebenso wie China das vielkritisierte Modell Deutschland übernommen und sind zu gigantischen Waren- und Kapitalexportmaschinen geworden. Die Folgen der enormen Überschüsse für den Rest der Welt werden in Brüssel und Peking geflissentlich übersehen. [Hinzu kommt:] Kapital bleibt angesichts [des] Zinsgefälles in den USA, was eine anhaltende Überbewertung des Dollar mit sich bringt. [...] Das brutal erscheinende Vorgehen des heutigen US-Präsidenten ist auch eine Folge der Selbstgefälligkeit Europas, das seit langem darauf verzichtet, die Folgen seiner Geldpolitik jenseits der engen Beobachtung des Inflationsziels zu bedenken. Entsprechend wenig Hoffnung setzte US-Präsidentenberater Miran im November 2024 auf die Kooperationsbereitschaft

der anderen Seite: Es gebe keinen Anlass zu erwarten, dass die Europäer (und die Chinesen) bereit seien, Maßnahmen zur Aufwertung ihrer Währung zu ergreifen.“³

Die Bundesregierung weiß also mindestens aufgrund der Erkenntnisse ihres eigenen (staatlich finanzierten) Thinktanks bestens Bescheid, stellt aber in der Öffentlichkeit die Lage entgegengesetzt dar.

Zweitens ist die EU ein Teil der „westlichen Wertegemeinschaft“, also des Blocks, der letztlich vor allem mit Hilfe der NATO dem Rest der Welt diktieren will, wo es lang geht. Und in dieser NATO sind die Karten klar verteilt: Die USA sind die Macht, die im Verständnis und in der Logik imperialistischer Macht ihren militärischen Schutzschild zur Verfügung stellt, und zwar nicht nur atomar, sondern auch mit ihrem auf Satelliten gestützten Aufklärungssystem, ihrem umfangreichen Raketenarsenal, mit Hightech-Waffen usw.

Insofern hat Fabio de Masi in gewissem Umfang Recht, wenn er schreibt: „Die EU hat sich mit der Sanktionsspirale und den Aufrüstungszielen in eine strategische Sackgasse manövriert.“ Diese besteht darin, statt auf Deeskalation zu setzen, das Wettrüsten hochzufahren, die Blockkonfrontation neu zu beleben und mit der Militarisierung auch die Kriegsgefahr hochzutreiben.

China ist kein Vasall der USA und auf dieser Ebene nicht direkt erpressbar. Vor allem aber: China kann mit seiner staatskapitalistischen Wirtschaft viel flexibler reagieren und hat auch – mit seiner Marktmacht bei Seltenen Erden und anderen Waren – eine gewisse ökonomische Sicherheit, die es ihm erleichtert, Erpressungen zu widerstehen.

Dass es Trump nicht nur um rein ökonomische Ziele (und speziell die Bereicherung seiner Klasse) geht, zeigt das Beispiel Brasilien. Die brasilianische Regierung ist (noch) nicht Trumps Aufforderung gefolgt, für das Kassieren der Anklage gegen Bolsonaro zu sorgen. Also beschloss Trump am 30. Juli, brasilianische Waren mit Einfuhrzöllen von 50 % zu belegen. Trump setzt die Handelspolitik für politische Ziele ein, ist aber flexibel genug, schon nach wenigen Stunden den Export von Rohöl in die USA von der Liste zu nehmen, nachdem man ihm klar gemacht hatte, dass mit einem faktischen Öl-Exportstopp in die USA beide Seiten hart getroffen würden.

Krise der kapitalistischen Wirtschaft

Der verschärfte Protektionismus der USA kann die amerikanische und erst recht die weltweite Wirtschaftskrise nicht lösen, sondern nur verschärfen. Schließlich ist das

Kapital – aufgrund des tendenziellen Falls der Profitrate – ständig bestrebt, den äußeren und inneren Markt auszuweiten. Der Ausweg über historisch bedeutsame technologische Neuerungen, die der Kapitalverwertung Auftrieb verschaffen könnte, sind nicht absehbar. Ein Ausdruck davon sind die Erkenntnisse des bundesdeutschen Finanzministeriums von 2017, an denen sich nichts geändert hat:

„In Deutschland war das Wachstum der Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Arbeitsstunde, im Zeitraum von 1990 bis 2015 in der Tendenz zwar positiv, die Zuwachsraten schwächten sich jedoch in diesem Zeitraum deutlich ab [...]. Wurden Anfang der 1990er Jahre – aufgrund des Booms nach der deutschen Einheit – noch vergleichsweise hohe Raten von deutlich über 2 % verzeichnet, so stieg die Arbeitsproduktivität in den vergangenen Jahren nur noch mit rund 0,6 %.“⁴

Auch im zweiten Quartal 2025 haben wir in der BRD einen Rückgang des BIP. Die Stagnation droht sogar in eine handfeste Rezession umzukippen. Für die weltweite Stagnation sind seit Jahren die zu geringen Kapitalverwertungsmöglichkeiten verantwortlich.⁵ Die weltwirtschaftliche Krise kann sich schon ab Ende dieses Jahres verschärfen, wenn – als Folge der Zollpolitik – in den USA die Inflation anzieht. An diesen weltwirtschaftlichen Sachverhalten und der Krise des Kapitalismus kann auch das Investitionsprogramm der Bundesregierung nichts ändern. Das massive Aufrüstungsprogramm wird diese Krise sogar noch verschärfen, denn es sind rein konsumtive Ausgaben, die mit der Erhöhung der Zinszahlungen für die Kreditgeber nur deren Reichtum steigern werden, von den sonstigen Nachteilen militaristischer Politik noch ganz zu schweigen.

¹ Mehr dazu in Jakob Schäfer, *Krise und Empire*, in Heft 4/2025 der *internationale*; <https://inprekorr.de/644-krise.htm>

² Was an TTIP und CETA abzulehnen ist, siehe <https://www.bund.net/themen/ttip-ceta/was-sind-ceta-und-ttip/>

³ *SWP aktuell* vom 23. Mai 2025, Heribert Dieter: *Die unterschätzten Risiken in der US-Ökonomie. Trumps Zollpolitik ist fragwürdig, aber Handlungsbedarf besteht.*

⁴ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2017/10/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-Produktivitaetsentwicklung-Deutschland.html>

⁵ Siehe dazu: Michael Roberts: „Trump’s slump“ <https://thenextrecession.wordpress.com/2025/04/09/trumps-slump/> sowie: A capitalism in crisis, predatory and authoritarian, Interview with Romaric Godin, <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article8917>

DONALD TRUMPS „GROSSES, SCHÖNES“ STEUERGESETZ

Mehr für die Reichen und weniger für die restliche Bevölkerung – das findet Trump „groß“ und „schön“. Doch nicht einmal die Wirtschaft ist begeistert.

■ **Michael Roberts**

Das US-Repräsentantenhaus – das Unterhaus des Kongresses, in dem die Republikanische Partei eine knappe Mehrheit besitzt – hat die Haushaltsvoranschläge der Regierung von Präsident Donald Trump verabschiedet. Das von Trump als „Big, Beautiful Bill“ bezeichnete Gesetz verlängert die weitreichenden Steuersenkungen für Besserverdienende und Wohlhabende, die 2017 während Trumps erster Amtszeit eingeführt wurden. Das „schöne Gesetz“ zwingt auch dem Medicaid-Fürsorgeprogramm für Menschen mit geringem Einkommen und einem Nahrungsmittelhilfeprogramm umfangreiche Kürzungen auf. Und natürlich gibt es auch Einschnitte bei den Steuererleichterungen für erneuerbare Energien („drill baby, drill“).

Bei den Bundesausgaben fordert Trump Kürzungen von 163 Milliarden Dollar. Seine Pläne sehen vor, die Ausgaben für nicht verteidigungsbezogene Leistungen um 22,6 % auf den niedrigsten Stand seit 2017 zu senken und gleichzeitig den Verteidigungshaushalt stark zu erhöhen. Während die staatlichen Nicht-Verteidigungsleistungen also drastische Kürzungen erfahren, werden die Staatsausgaben für „Verteidigung“ um 13 % und für „Innere Sicherheit“ um 65 % gesteigert. Das Ziel ist dabei, gegen die sogenannte „illegale Einwanderung“ vorzugehen.

Die geplanten Medicaid-Kürzungen werden besonders brutale Folgen haben. In den USA, der einzigen modernen Volkswirtschaft ohne allgemeines Gesundheitsversorgungssystem, werden jährlich mehr als 4,5 Billionen Dollar für die Gesundheitsversorgung ausgegeben. Die Gesundheitsausgaben machen in den USA den größten Teil der Verbraucherausgaben für Dienstleistungen aus (deutlich mehr als die Ausgaben für Freizeitgestaltung, Restaurantbesuche und Hotels). Sicherheitsnetze wie das Medicaid-Programm bewahren 45 % der Amerikaner:innen, die sonst unter der Armutsgrenze leben würden, vor dem Elend. Umfangreiche Kürzungen bei Medicaid werden dazu führen, dass Millionen von Menschen keine Krankenversicherung mehr haben. Außerdem helfen solche Fürsorgeprogramme nicht nur Personen, die bereits unter der Armutsgrenze leben, sondern auch Millionen von Familien, die sich nahe dieser Grenze befinden und sich von einer Lohnzahlung zur nächsten hangeln.

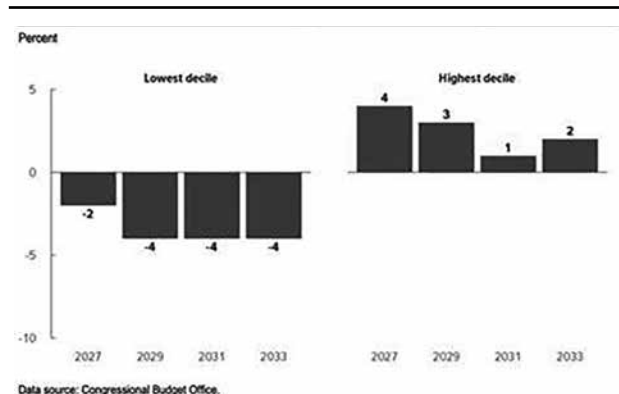
Während die Steuersenkungen vor allem einkommensstarken Haushalten und Unternehmen zugutekommen, wirken sich die Ausgabenkürzungen unverhältnismäßig stark auf Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen aus. Ins Gewicht fallen dabei nicht nur die

Kürzungen bei Medicaid und Ernährungshilfeprogrammen, sondern auch die Entlassung Hunderttausender von Bundesangestellten und die Auflösung ganzer Regierungsbehörden.

Nach neuesten Schätzungen des Yale Budget Lab wird das durchschnittliche Haushaltseinkommen (nach Steuern und Transferleistungen) im untersten und im zweituntersten Quintil (Fünftel) voraussichtlich um 5 % bzw. 1,4 % sinken. Die Haushalte des vierten und des obersten Quintils werden hingegen einen Einkommenszuwachs von 1,4 % bzw. 2,5 % verzeichnen. Die Verluste kommen zum bereits bestehenden Problem hinzu, dass sich die mittleren Haushaltseinkommen durch die von Trump verhängten Zölle um geschätzte 2,8 % verringern werden. Das Center on Budget and Policy Priorities geht davon aus, dass diese Einbußen der unteren Quintile eher vorsichtig geschätzt sind. Denn es fehlen darin die Kürzungen vonseiten des Bildungs- und Arbeitskräfteausschusses, die sich voraussichtlich auf die Rückzahlungsbedingungen für Studentenkredite auswirken werden. (Grafik 1)

Daraus lässt sich schließen: Das ganze Gerede darüber, Trump würde Amerikas bisherige neoliberale, auf den freien Markt ausgerichtete Politik hin zu einer protektionistischen „Industriestrategie“ führen, trifft nur auf den internationalen Handel zu. Trumps Innenpolitik ist neoliberaler denn je: mehr für die Reichen und weniger für die restliche Bevölkerung; mehr Geld für die Rüstungsindustrie und weniger für die öffentlichen Dienstleistungen; mehr für Großunternehmen und weniger für Lohnabhängige und Kleinbetriebe. Trumps Haushaltsplan

GRAFIK 1: VERÄNDERUNG IN DEN HAUSHALTS-RESSOURCEN IN PROZENT DES EINKOMMENS UNTER DEM JETZIGEN GESETZ FÜR DIE UNTERSTEN UND OBERSTEN EINKOMMENSDEZILE IN AUSGEWÄHLTEN JAHREN (DEZIL = ZEHNTEL)

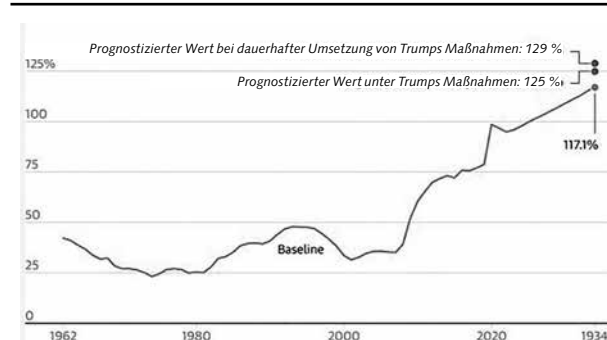


wird die ohnehin schon groteske, in den letzten 40 Jahren verzeichnete Zunahme der Vermögens- und Einkommensungleichheit in den USA nur noch verstärken.

Aber das ist nicht das, was Amerikas herrschende Elite beunruhigt. Was ihr hässlich statt „beautiful“ erscheint, ist nicht die wachsende Ungleichheit, sondern das mit diesem Haushaltsplan zu erwartende starke Anwachsen des staatlichen Budgetdefizits und der gesamten Verschuldung des öffentlichen Sektors. Das unabhängige Komitee für einen verantwortungsvollen Bundeshaushalt schätzt, dass Trumps Plan die Staatsverschuldung bis Ende 2034 um mindestens 3,3 Billionen Dollar erhöhen könnte. Der staatliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP würde sich von derzeit 100 % auf einen Rekordwert von 125 % erhöhen. Damit läge er über dem Anstieg auf 117 %, der unter dem bisherigen Gesetz für diesen Zeitraum prognostiziert wird. Gleichzeitig würden die jährlichen Defizite von etwa 6,4 % im Jahr 2024 auf 6,9 % des BIP steigen. (Grafik 2)

Ist das ein Problem? Schließlich können die US-Behörden durch die Ausgabe von Staatsanleihen mehr Geld von Banken und Finanzinstituten aufnehmen. Aber die Regierung muss für diese zusätzlichen Anleihen über ein Jahrzehnt oder länger Zinsen zahlen. Und lässt sich darauf vertrauen, dass die US-Regierung unter Trump die Ausgaben kontrollieren und ihren Verpflichtungen nachkommen wird? Moody's, die größte US-Ratingagentur, die die Insolvenzgefahr von Unternehmen überwacht, ist sich dessen nicht mehr so sicher wie früher. Deshalb hat sie eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit der US-Staatsschulden bekannt gegeben. In der Folge kam es fast sofort zu einem Anstieg der Zinsen, die von den Finanzinstituten für den Kauf von US-Staatsschulden verlangt werden. Die

GRAFIK 2: DIE STAATSVerschULDUNG DER USA STEIGT BIS 2034 VORAUSSICHTLICH AUF 125 % DES BIP



Rendite 30-jähriger US-Staatsanleihen stieg auf einen Höchststand von 5,04 % und erreichte damit den höchsten Stand seit 2023. Dies wird den Zinsaufwand für die Staatsschulden erhöhen. Die Agentur Moody's geht davon aus, dass die Zinszahlungen in den USA bis 2035 voraussichtlich 30 % der Einnahmen der Bundesregierung auffressen werden, verglichen mit 9 % im Jahr 2021. Entscheidend ist aber, dass sich dies auch auf die Zinsen für alle Kredite an Unternehmen und für Hypotheken an Privathaushalte auswirken wird. Wenn die Unternehmen keinen Zugang zu Krediten erhalten, kann dies Investitionen verhindern und im Laufe der Zeit zu Arbeitsplatzverlusten führen. Erstkäufer und Umzugswillige könnten ebenfalls mit höheren Kosten konfrontiert werden.

Trumps MAGA-Berater:innen behaupten, der Haushalt werde sich durch das höhere Wachstum, das sich aufgrund der Steuersenkungen und Deregulierung ergebe, selbst finanzieren. Das ist die klassische „Trickle-down“-Theorie, wonach Steuersenkungen für die Reichen das Wirtschaftswachstum ankurbeln – eine Theorie, die von Verfechter:innen des freien Marktes immer wieder vertreten wird und deren Wirksamkeit immer wieder widerlegt worden ist. Die MAGA-Anhänger:innen argumentieren, die Einnahmen aus den geplanten Zollerhöhungen auf ausländische Importe würden die Mindereinnahmen durch die geplanten Steuersenkungen ausgleichen. Doch diese Behauptung ist natürlich Unsinn. Das Congressional Budget Office (CBO) schätzt, dass Trumps Zollerhöhungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2024 zu zusätzlichen Steuereinnahmen von 245 Milliarden Dollar führen werden. Doch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein

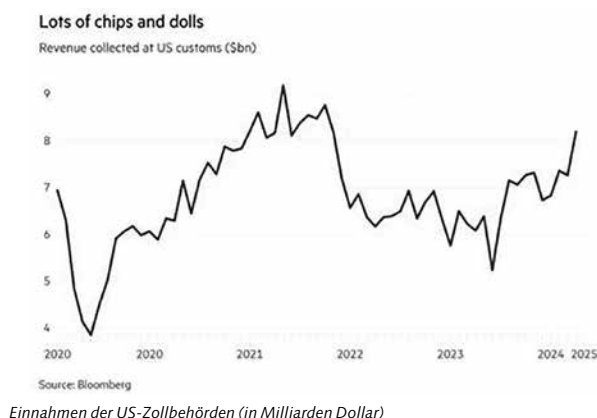
angesichts der vom CBO für dieses Jahr erwarteten Steuereinnahmen von insgesamt 5,2 Billionen Dollar und eines Haushaltsdefizits von 1,8 Billionen Dollar. (Grafik 3)

Die Maga-Berater:innen in der Trump-Regierung fordern, das Zentralbank-System (Fed) müsse den Finanzsektor deregulieren. Es geht darum, Beschränkungen für die Verschuldungsquote der Banken (Obergrenzen für den Kauf von Vermögenswerten) aufzuheben, damit diese mehr US-Staatspapiere erwerben können. Offenbar will man keine Lehre aus der Bankenkrise vom März 2023 ziehen. Damals gingen einige Regionalbanken pleite, weil sie zu viele US-Staatsanleihen hielten, deren Wert plötzlich sank.

Manche gehen sogar davon aus, dass Trumps Steuer geschenke tatsächlich zu einer Finanzkrise führen werden – so, wie es bei Liz Truss in Großbritannien der Fall war. Truss war 2022 (nur für 47 Tage) Premierministerin der konservativen Regierung Großbritanniens und führte einen „Wachstumshaushalt“ ein, der die Steuern für die Reichen im Sinne eines wahren „Trickle-down-Effekts“ drastisch senkte. Doch der prognostizierte Anstieg des britischen Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung löste bei den Inhabern britischer Anleihen, insbesondere bei Pensionsfonds mit einem hohen Anteil, einen so großen Schrecken aus, dass der Kurs britischer Staatsanleihen („Gilts“) einbrach. Die Bank of England sah sich gezwungen, einzugreifen und Anleihen zu kaufen, um einen unkontrollierten Anstieg der Zinssätze zu verhindern. Außerdem fiel das britische Pfund auf den Devisenmärkten auf den niedrigsten Stand aller Zeiten. Unter dem Druck der Finanzinstitute, die die Konservativen mit Geld versorgten, wurde Truss innerhalb weniger Wochen von ihrer Partei als Vorsitzende abgesetzt und der ehemalige Hedgefonds- und Goldman-Sachs-Manager Rishi Sunak übernahm das Amt. Die Märkte hatten das Sagen.

Ein „Liz-Truss-Moment“ wird in den USA allerdings nicht eintreten. Großbritannien hat zwar wie die USA ein Handels- und Haushaltsdefizit, ist jedoch viel stärker von dem abhängig, was der derzeitige kanadische Premierminister und ehemalige Gouverneur der Bank of England, Mark Carney, als „die Freundlichkeit von Fremden“ („the kindness of strangers“) bezeichnet hat. Mit anderen Worten: Die Defizite müssen durch Investitionen aus dem Ausland finanziert werden, entweder durch Investitionen in die britische Industrie oder in Anleihen und in die Währung des Landes. Diese „Freundlichkeit“ ist unter Truss über Nacht verschwunden. Unter Trump wird dies

GRAFIK 3: UNMENGEN AN CHIPS UND SPIELZEUG



aber nicht geschehen, weil der US-Dollar die Weltreservewährung und die wichtigste Handels- und Investitionswährung ist und auch bleiben wird. Es stimmt zwar, dass der Dollar in den letzten Monaten aufgrund des Zollkriegs und der Haushaltspläne von Trump an Wert verloren hat. Historisch gesehen, befindet er sich aber immer noch auf einem relativ hohen Niveau. (Grafik 4)

Das eigentliche Problem sind nicht die Handels- und Staatsdefizite oder die Drehungen und Wendungen in Trumps Zollkrieg – wie zuletzt die Entscheidung, ab nächster Woche einen Zoll von 50 % auf alle Importe aus Europa zu erheben, wenn kein Handelsabkommen zustande kommt. Die Finanzmärkte und die Ökonom:innen der Investmentbanken schwanken mit jedem Wutanfall Trumps auf und ab, weil sie sich nicht sicher sind, ob der „Taco“-Faktor zum Tragen kommt, also die Annahme, Trump werde seine Drohungen letztendlich doch nicht wahr machen. Nein, die eigentliche Frage ist, ob die US-Wirtschaft auf eine Rezession zusteuert. Das würde bedeuten, dass es zu einem deutlichen Rückgang der nationalen Produktion und Investition und zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt. Alternativ könnte die Wirtschaft auch auf eine Stagflation zusteuern, bei der Produktion und Einkommen stagnieren, während Inflation und Zinssätze hoch bleiben.

Im ersten Quartal 2025 ist das BIP der USA gegenüber der ersten Schätzung um 0,3 % gesunken – dies könnte bei der nächsten Schätzung nach oben korrigiert werden. Und wenn man die Exporte und Importe sowie die Staatsausgaben herausrechnet, dann wächst der heimische Privatsektor immer noch bescheiden. Doch die US-Wirtschaft steht an einem Abgrund, und mit Trumps Zöllen, die im Schnitt

immer noch etwa 15 % höher sind als vorher, könnte sie in die Tiefe stürzen.

Ein häufig verwendeter Rezessionsindikator ist die sogenannte Sahm-Regel. Diese nach der ehemaligen Fed-Ökonomin Claudia Sahm benannte Statistik vergleicht den Durchschnitt der jüngsten dreimonatigen Arbeitslosenquote mit dem niedrigsten dreimonatigen Durchschnitt des Vorjahres. Beträgt die Differenz mehr als 0,5 Prozentpunkte, hat eine Rezession begonnen. Der Sahm-Indikator liegt zurzeit bei knapp 0,3 Prozentpunkten, sodass die Arbeitslosenquote bis September 2025 um 0,1 Prozentpunkte pro Monat ansteigen müsste, um den Schwellenwert zu erreichen. Gemessen an diesem Indikator befindet sich die US-Wirtschaft also nicht in einer Rezession, und selbst ein weiteres Quartal mit negativem Wachstum wird wahrscheinlich nicht zu einer solchen führen.

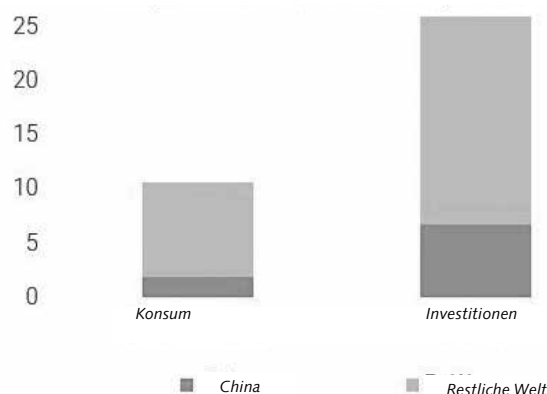
Aber meiner Ansicht nach handelt es sich bei der Arbeitslosigkeit um einen Spätindikator für die Wirtschaft. Eine marxistische Krisentheorie beginnt mit den Profiten, fährt mit den Investitionen fort und wendet sich dann dem Einkommen und der Beschäftigung zu. Der wichtigste Frühindikator werden also die Profite sein. Im Moment steigen die Unternehmensgewinne noch, wenn auch verlangsamt. Beginnen sie jedoch zu sinken, wird es nicht lange dauern, bis auch die Investitionen in die produktiven Wirtschaftssektoren zurückgehen (Industrie, Information, Verkehr, Produktion fossiler Energieträger usw.). Das wird der Beginn eines umfassenden Einbruchs sein.

Zurzeit sind die US-Unternehmen mit einer sinkenden Nachfrage nach ihren Waren und Dienstleistungen konfrontiert, insbesondere im Bereich der Exporte. Außerdem werden die Zölle die Produktionskosten in die Höhe trei-

GRAFIK 4: DOLLAR-INDEX



GRAFIK 5: ANTEIL DER AUSLÄNDISCHEN WERTSCHÖPFUNG AN DEN US-AUSGABEN



ben, was die Unternehmen durch eine Verringerung der Gewinne bzw. die Entlassung von Angestellten auffangen oder über Preiserhöhungen an die Haushalte weitergeben werden – oder sie tun beides. Hinzu kommen steigende und relativ hohe Zinssätze für die Aufnahme neuer Kredite und für die Bedienung der bestehenden Schulden, sodass sich der Druck auf die Gewinne noch verstärken wird. Die Citibank schätzt, dass das durchschnittliche Gewinnwachstum der Unternehmen in diesem Jahr auf nur 1 % fallen wird. Und eine aktuelle Fed-Studie hat ergeben, dass ein „plötzlicher Stopp“ der chinesischen Importe 7 % der Unternehmensinvestitionen in den USA beeinträchtigen würde. (Grafik 5)

Hinzu kommt, dass Unternehmen, die im letzten Jahr Gewinne gemacht haben, nicht in neue Kapazitäten investieren, sondern stattdessen ihre eigenen Aktien zurückkaufen (in den letzten drei Monaten im Umfang von 500 Milliarden Dollar), um den Aktienkurs ansteigen zu lassen. (Grafik 6)

Auch die US-Haushalte sind in Bezug auf die Wirtschaft nicht so zuversichtlich wie die Maga-Berater:innen oder die Wirtschaftsexpert:innen der Investmentbanken. Das Konsumentenvertrauen ist auf den zweitniedrigsten je gemessenen Wert gesunken. (Grafik 7)

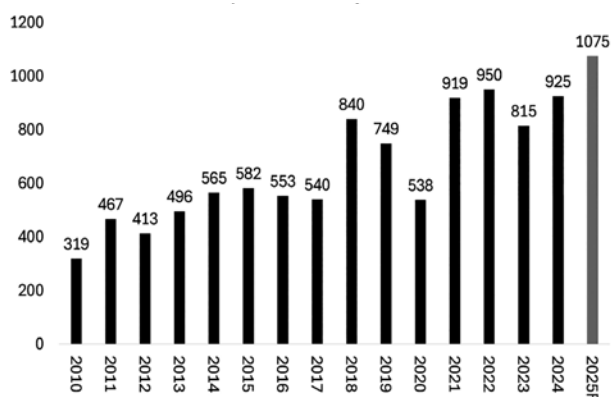
Das ist nicht überraschend, da die Kluft zwischen dem, was die Amerikaner:innen verdienen, und dem, was sie aufbringen müssen, um einen akzeptablen Lebensstandard zu erreichen, immer größer wird. Nach Angaben des Ludwig Institute for Shared Economic Prosperity (LISEP) bleibt für die unteren 60 % der US-Haushalte (gemäß Einkommen) eine „minimale Lebensqualität“ unerreichbar. Die offizielle US-Berechnung der Arbeitslosenquote

von 4,2 % unterschätzt das Ausmaß der ökonomischen Misere erheblich. Berücksichtigt man wie LISEP auch die Lohnabhängigen, die in Niedriglohnjobs feststecken, und die Menschen, die keine Vollzeitbeschäftigung finden können, dann beträgt die Arbeitslosenquote in den USA über 24 %. Die amerikanischen Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen, die im Jahr 2023 im Schnitt nur 38 000 Dollar pro Jahr verdienten, müssten 67 000 Dollar verdienen, um sich das leisten zu können, was ein Haushalt für ein würdiges Leben braucht. Die Wohnungs- und Gesundheitskosten sind in die Höhe geschossen und die Ersparnisse, die es für den Besuch einer staatlichen, öffentlichen Universität braucht, sind auf 122 % gestiegen. Gleichzeitig ist das Medianeinkommen für die unteren 60 % der Lohnempfänger:innen zwischen 2001 und 2023 um 4 % gesunken.

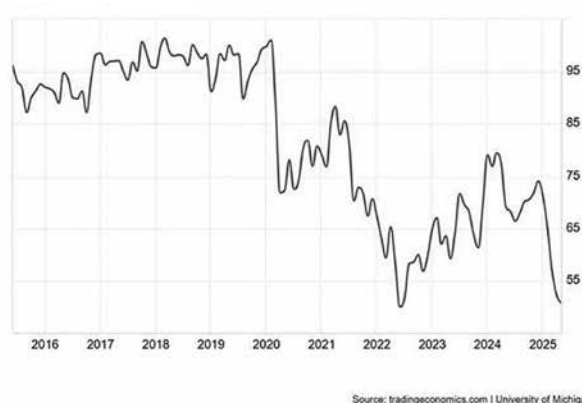
Und nun sollen diese Menschen Trumps „großes, schönes“ Steuergesetz bekommen.

Übersetzung: A. W.

GRAFIK 6: AKTIENRÜCKKÄUFE VON US-UNTERNEHMEN (IN MILLIARDEN DOLLAR)



GRAFIK 7: KONSUMENTENVERTRAUEN IN DEN USA – PUNKTE



ZOLLKRIEG VERSCHÄRFT DIE KRISE

Der Autor schrieb diesen Beitrag zum Zeitpunkt des G7-Gipfeltreffens in Kanada Mitte Juni 2025.

■ Michael Roberts

Die Staats- und Regierungschefs der Gruppe der Sieben (G7) – Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien und die USA – diskutieren zurzeit intensiv in der abgelegenen Stadt Kananaskis (Alberta) in den Ausläufern der kanadischen Rocky Mountains. Es ist das 51. Gipfeltreffen der sieben führenden [westlichen] kapitalistischen Volkswirtschaften. In den Volkswirtschaften der G7 werden immer noch 44 % des weltweiten BIPs erzeugt, obwohl dort nur noch 10 % der Weltbevölkerung leben. Die G7 und einige ihrer kleineren Partner bilden den imperialistischen Kern, den „Globalen Norden“, der die Welt beherrscht.

Worüber diskutieren die G7-Führer? Natürlich über die sich beschleunigende Krise im Nahen Osten nach dem israelischen Angriff auf den Iran, über den fortwährenden Krieg in der Ukraine und die Dringlichkeit weiterer Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen an die Ukraine. Außerdem geht es um die Frage, wie mit den von Trump angeordneten Zöllen umzugehen ist, über die Frage, wie die meisten G7-Regierungen eine Reihe von Kürzungen der internationalen Hilfe für arme Länder umsetzen können (um dadurch Mittel für höhere Rüstungsausgaben freizumachen) sowie über das Bedürfnis einer gemeinsamen Politik gegenüber China.

Zur gleichen Zeit hat sich in Schweden eine Reihe von Tech-Milliardären, Premierministern, Konzernchefs und der König der Niederlande zum 71. Bilderberg-

Treffen im luxuriösen Grand Hotel in Stockholm versammelt, das Schwedens langjährigen Oligarchen, der Familie Wallenberg, gehört.

Die Bilderberg-Gruppe ist ein abgeschirmtes Treffen, bei dem die Macher und Lenker des Weltkapitalismus in Ruhe und geheim die Strategien und Maßnahmen besprechen können, die für den Erhalt des Systems, d. h. des Imperialismus, erforderlich sind. Bei diesem Treffen sind die Spitzen der Nato und des MI6 [brit. Auslandsgeheimdienst] sowie zwei der ranghöchsten amerikanischen Militäroffiziere anwesend, ebenso die Vorstandsvorsitzenden mehrerer großer Rüstungsfirmen wie Palantir, Thales und Anduril. Der Gastgeber der Konferenz, Marcus Wallenberg, leitet sein eigenes Rüstungsunternehmen, Saab, das größte schwedische Rüstungsunternehmen.

Das Hauptthema der Bilderberg-Tagung ist die Frage, wie man China wirtschaftlich, politisch und militärisch strangulieren kann. Der amerikanische MAGA-Republikaner Jason Smith drückte es folgendermaßen aus: Er sei in Schweden gewesen, um „weiter gegen die wirtschaftliche und nationale Sicherheitsbedrohung zu kämpfen, die China für unsere großartige Nation darstellt“. Ein anderer Bilderberg-Teilnehmer, Robert Lighthizer, ein Trump nahestehender Wirtschaftsberater, war der gleichen Meinung: „China ist nach meiner Ansicht eine existenzielle Bedrohung für die Vereinigten Staaten“.

Und genau das ist der Knackpunkt. Es gibt zwei große Themen, die anscheinend weder von den G7-Führern noch von den Bilderbergern erörtert werden, da sie von

den als geopolitische Bedrohung wahrgenommenen „widerspenstigen“ Mächten Russland, Iran und China besessen sind. Die sich verschlechternde Lage der Weltwirtschaft, einschließlich der großen Volkswirtschaften des Globalen Nordens, wird wenig oder gar nicht diskutiert, ebenso wenig die existenzielle Bedrohung von Volkswirtschaften und Völkern durch die Erderwärmung und den Klimawandel. An der Frage zu Letzterem wird immer deutlicher, dass die Regierungen und die Bilderberger nichts mehr in Angriff nehmen; sie ziehen es vor, in einer auf fossilen Brennstoffen basierenden Weltwirtschaft Profite zu machen, solange dies funktioniert.¹

Dies sind jedoch die beiden Angelegenheiten, die wahrscheinlich alle Bemühungen der Wirtschaftslenker des Globalen Nordens zunichtemachen werden. Die großen Volkswirtschaften befinden sich in wachsenden Schwierigkeiten. Darauf deutet der jüngste, äußerst düstere Bericht der Weltbank über die globalen Wirtschaftsaussichten hin. Dort heißt es unter anderem: „Nach unseren Prognosen wird allein der gegenwärtige Umbruch die zu Jahresbeginn erwartete Wachstumsrate des globalen BIP um fast einen halben Prozentpunkt auf 2,3 Prozent beschneiden. Außerhalb von wirklichen globalen Rezessionen ist dies die schwächste Leistung seit 17 Jahren ... Es ist zu erwarten, dass bis 2027 das globale Wachstum des BIPs in den 2020er Jahren durchschnittlich nur 2,5 Prozent betragen wird – das schwächste Wachstum in einem Jahrzehnt seit den 1960er Jahren.“

Die Weltbank weist darauf hin, dass diese Verlangsamung nicht neu ist. „Das Wachstum in den Entwick-

lungsländern ist inzwischen schon drei Jahrzehnte in Folge rückläufig – von durchschnittlich 5,9 Prozent in den 2000er Jahren über 5,1 Prozent in den 2010er Jahren auf 3,7 Prozent in den 2020er Jahren. Diese Entwicklung deckt sich mit dem rückläufigen Welthandel, der von durchschnittlich 5,1 Prozent in den 2000er Jahren über 4,6 Prozent in den 2010er Jahren auf 2,6 Prozent in den 2020er Jahren zurückging. Gleichzeitig haben sich die Investitionen verringert und nehmen die Schulden zu.“

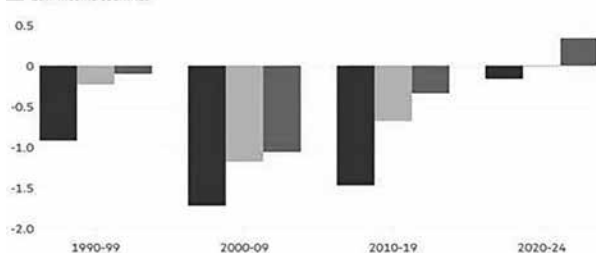
Die Weltbank fährt fort: „Hierunter werden die ärmsten Länder am stärksten leiden. Bis 2027 wird das Pro-Kopf-BIP der Volkswirtschaften mit hohem Einkommen ungefähr auf dem Niveau liegen, das vor der COVID-19-Pandemie erwartet wurde.“, was als solches noch nicht viel aussagt. „Die Entwicklungsländer wären jedoch mit einem um 6 % niedrigeren Pro-Kopf-BIP schlechter dran. *Mit Ausnahme von China könnten diese Volkswirtschaften etwa zwei Jahrzehnte brauchen, um die wirtschaftlichen Verluste der 2020er Jahre wieder auszugleichen* [Hervorhebung durch MR]. Mit anderen Worten: Die ärmsten Länder in diesen bevölkerungsreichsten Gebieten sind weit davon entfernt, Fortschritte bei der Verbesserung des Lebensstandards zu erzielen, und fallen noch weiter zurück. Die Armutsquoten [selbst die von der Weltbank unrealistisch angesetzten, MR] steigen.“² (Grafik 1)

Die OECD, die Agentur der Volkswirtschaften des Globalen Nordens, kommt in einem neuen Bericht zur gleichen deprimierenden Analyse wie die Weltbank. In ihrem jüngsten Wirtschaftsausblick kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Weltwirtschaft auf die schwächste Wachstumsphase seit dem Einbruch 2020/21 zusteuert. „Die schwachen wirtschaftlichen Aussichten werden auf der ganzen Welt zu spüren sein, fast ohne Ausnahme.“ Das gilt auch für die führende imperialistische Macht. Die OECD prognostiziert für die USA eine besonders starke Abschwächung des Wachstums, und zwar von 2,8 Prozent 2024 auf nur noch 1,6 Prozent im nächsten Jahr und 1,5 Prozent 2026. Gleichzeitig wird dort die Inflation bis Ende 2025 auf fast 4 Prozent steigen und dürfte auch 2026 noch über dem Zielwert der US-Notenbank liegen, was bedeutet, dass die US-Notenbank die Zinsen nicht senken wird, was die Schuldenlast der Haushalte und kleinen Unternehmen verringern würde.

In China hat sich das reale BIP-Wachstum von 5 Prozent im letzten Jahr auf 4,7 Prozent in diesem Jahr (immer noch etwa dreimal so stark wie in den USA) und 4,3 Prozent im nächsten Jahr verlangsamt, während

GRAFIK 1: IN DEN 2020ER JAHREN GAB ES BEI DER ARMUTSBEKÄMPFUNG KEINEN FORTSCHRITT MEHR

Progress in reducing poverty has stalled in the 2020s
Average annual reduction in extreme poverty rates* (%)



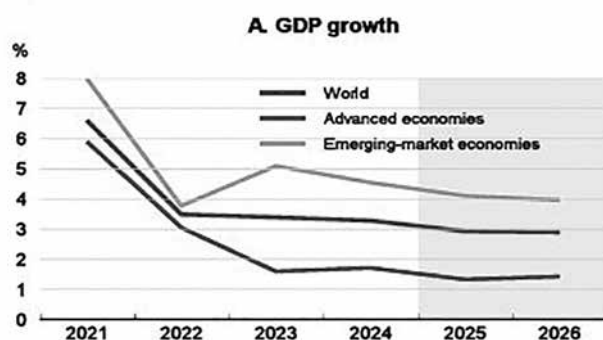
*'Extreme poverty' = living on less than \$3 per day at 2021 purchasing power parity
Source: Mahler, Yonzan, and Lakner (2022); World Bank.

Die Balken stehen für: Schwellenländer, Schwellenländer ohne China, einkommensschwache Länder (=Länder mit einem Durchschnittseinkommen von weniger als 3 \$/Tag)

die Eurozone in diesem Jahr nur um 1 Prozent und 2026 um 1,2 Prozent wachsen wird. Japans Wirtschaft wird in diesem und im nächsten Jahr nur um 0,7 % bzw. 0,4 % wachsen, die Wirtschaft Großbritanniens in diesem Jahr voraussichtlich um 1,3 Prozent, 2026 jedoch nur noch um 1 Prozent. Und in all diesen Prognosen sind die langfristigen Auswirkungen von Trumps Zöllen noch nicht berücksichtigt.³ (Grafik 2)

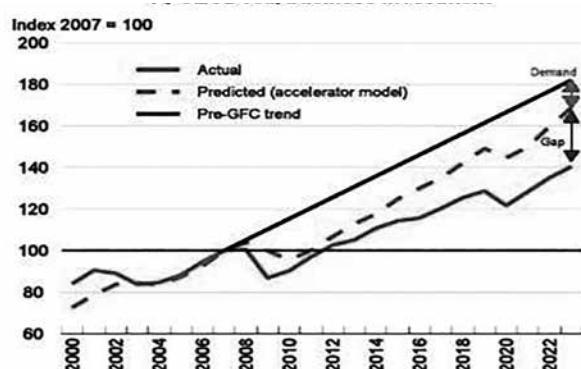
Der Welthandel wird 2025 um 2,8 Prozent und 2026 um 2,2 Prozent zunehmen, was deutlich unter den OECD-Prognosen von Dezember 2024 liegt. Die OECD warnte davor, dass zusammen mit den Handelskonflikten auch die Risiken im Finanzsektor zunehmen, wobei die Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben den Ausgabendruck noch erhöhen wird.⁴

GRAFIK 2: WELTWEIT WIRD SICH DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM ABSCHWÄCHEN.



(mittlere Linie: Weltwirtschaft insgesamt; obere Linie: Schwellenländer; untere Linie: der Globale Norden)

GRAFIK 3: INVESTITIONEN IN DEN OECD-STAATEN.



(obere Linie: Trend vor der Rezession von 2008/09; gestrichelte Linie: OECD-Vorhersage aus dem Jahr 2009; untere Linie: tatsächliche Entwicklung)

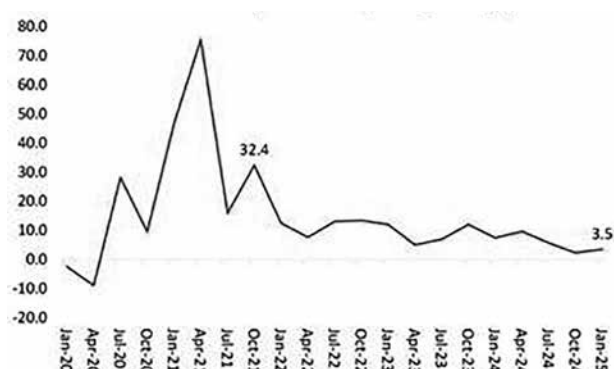
Die Verlangsamung des nationalen Wirtschaftswachstums basiert auf der anhaltenden Abschwächung des Wachstums produktiver Investitionen. (Grafik 3)

Diejenigen Leser:innen, die meine These einer langen Depression in der kapitalistischen Weltwirtschaft in den letzten 18 Jahren verfolgt haben⁵, werden die Linie ab 2008 erkennen, die wie eine „umgekehrte Quadratwurzel“ aussieht. Nach jeder Delle oder Akkumulationskrise (2008 und 2020) haben die großen Volkswirtschaften die vorherige Wachstumsrate der Investitionen nicht wieder erreicht.

Die OECD fasst es so zusammen. „Historisch hohe“ Aktienkurse steigern die Anfälligkeit für negative Schocks auf den Finanzmärkten. Eine lange Periode schwacher Investitionen hat die längerfristigen Herausforderungen für die OECD-Volkswirtschaften erhöht, was die Wachstumsaussichten weiter verschlechtert.“ Gleichzeitig „haben die Unternehmen trotz steigender Gewinne Investitionen in Sachanlagen zurückgefahren zugunsten vermehrter Finanzanlagen und Dividendenzahlungen an die Aktionäre.“

Während sich die Führer und Strategen des globalen Kapitalismus in Kanada und Schweden treffen, um darüber zu diskutieren, wie sie mit Russland, China und dem Iran umgehen sollen, trübt sich die wirtschaftliche Lage in ihren eigenen Volkswirtschaften ein. Gemäß der zweiten Schätzung für das erste Quartal 2025 ist das reale BIP der USA im Vergleich zum letzten Quartal 2024 um 0,2 % gesunken. Besonders besorgniserregend ist der Rückgang der Unternehmensgewinne um 2,9 % gegenüber dem Vorquartal, während die Gewinne der Unternehmen außerhalb des Finanzsektors um 3,5 % sanken. (Grafik 4)

GRAFIK 4: GEWINNE DER NICHTFINANZIELLEN UNTERNEHMEN IM JAHRESVERGLEICH.



Die Gewinnspannen (Verkaufspreis abzüglich der Gesteungskosten) haben ihren Höhepunkt erreicht bzw. überschritten.

Die US-Wirtschaft befindet sich noch nicht in einer Rezession, aber wenn die Unternehmensgewinne weiter zurückgehen, werden auch die Investitionen sinken. Die Wirtschaftsexperten von JP Morgan warnen vor einer Stagflation der US-Wirtschaft. Von Stagflation, einem Begriff aus den 1970er Jahren, spricht man, wenn die landesweite Produktion stagniert, die Inflation aber hoch bleibt oder sogar steigt – das Gegenteil der keynesianischen Theorie. Die Aktienstrategen von JP Morgan schreiben dazu: „Nach dem jüngsten Aufschwung glauben wir, dass eine Schwächephase folgen wird, die der Stagflation ähneln könnte. In dieser Zeit werden voraussichtlich Handelsvereinbarungen abgeschlossen werden.“ Das Verbrauchervertrauen ist nach wie vor schwach: „Die Praxis, unmittelbar vor Zollerhöhungen noch schnell zu bestellen, mag sich ausgewirkt haben, aber angesichts des mit den Zöllen verbundenen Kaufkraftverlusts wird die Kaufbereitschaft der Verbraucher sinken. Selbst wenn die Zölle deutlich unter dem bleiben, was zurzeit angekündigt ist, wird die Lage schlimmer sein als von den meisten zu Beginn des Jahres erwartet.“ (Grafik 5)

Nach Ansicht von JP Morgan werden höhere Gesteuerungskosten und Zinszahlungen die Gewinnspannen schmälern, sodass das Wachstum der Unternehmensgewinne der S&P 500-Unternehmen stark zurückgehen und die US-Wirtschaft stagnieren könnte. Dies habe ich in einem Beitrag vom Februar vorausgesagt, ein Hauch von Stagflation.⁶

Die Konjunkturindikatoren für die anderen großen G7-Volkswirtschaften lassen erkennen, dass diese entweder stagnieren oder sich bereits in einer Rezession befinden. Der zusammengesetzte Einkaufsmanagerindex der

Eurozone vom Mai 2025 deutete darauf hin, dass sowohl der Dienstleistungssektor als auch das verarbeitende Gewerbe in der Region schrumpften, letzteres ist auf dem niedrigsten Stand seit drei Jahren. Angeführt wurde die Schrumpfung im Euroraum von Frankreich (nun schon seit neun Monaten rückläufig) und Deutschland (wo der Dienstleistungssektor so stark schrumpfte wie seit über zwei Jahren nicht mehr). Auch im Vereinigten Königreich setzte sich der Rückgang fort, vor allem im verarbeitenden Gewerbe, das jetzt auf dem niedrigsten Stand seit 19 Monaten ist.

Die Lage in den Volkswirtschaften des Globalen Nordens verschlechtert sich also. Aber das ist nichts verglichen mit der nicht enden wollenden Not der ärmsten Volkswirtschaften, wo der Großteil der Menschheit versucht, über die Runden zu kommen. Die Schuldenlast dieser Länder (das Verhältnis der Schulden zum BIP, die den ausländischen Banken und Regierungen geschuldet werden) steigt weiter an. (Grafik 6)

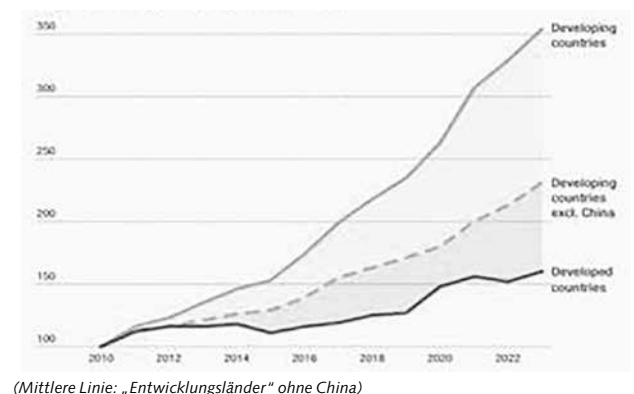
Die öffentliche Verschuldung steigt in den abhängig gehaltenen Ländern doppelt so schnell wie im Globalen Norden.

Die Gesamtverschuldung in den sogenannten Schwellenländern (EMs) ohne China stieg um 3 Prozentpunkte des BIPs und erreichte 2023 126 Prozent des BIPs. In den einkommensschwachen Entwicklungsländern (LIDCs) ist die Verschuldung ebenfalls gestiegen und ist heute höher als vor der Pandemie. Die Beträge für die Rückzahlung der Schulden sind inzwischen größer als die neuen Kredit- und Kapitalzuflüsse. 2023 verzeichneten die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (ohne China) einen Nettoabfluss an den Privatsektor von 30 Mrd. US-Dollar

GRAFIK 5: DIE AKTUELLEN ZÖLLE (IM SCHNITT BEI KNAPP 20 %) LIEGEN SO HOCH WIE SEIT DEN 1930ER JAHREN NICHT MEHR.



GRAFIK 6: DIE ÖFFENTLICHE VERSCHULDUNG STEIGT IN DEN ABHÄNGIG GEHALTENEN LÄNDERN DOPPELT SO SCHNELL WIE IM GLOBALEN NORDEN.



für langfristige Schulden – ein großer Verlust an Entwicklungsmöglichkeiten. Die gesamten Kosten für den Schuldendienst (Rückzahlungen plus Zinszahlungen) aller LMICs [Low- and Middle-Income Countries, Länder mittleren und niedrigen Einkommens] und erreichten 2023 ein Allzeithoch von 1,4 Billionen US-Dollar. Ohne China stiegen die Schuldendienstkosten im Jahr 2023 auf einen Rekordwert von 971 Milliarden US-Dollar, das ist ein Anstieg von 19,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ist mehr als doppelt so hoch wie noch vor zehn Jahren. Die Gesamtauslandsverschuldung der armen Länder erreichte 2023 das noch nie dagewesene Niveau von 8,8 Billionen \$, 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Weltbank verschweigt in ihrem jüngsten internationalen Schuldenbericht diese Realität nicht.⁷ Der Chefökonom der Weltbank, Indermit Gill, drückte es mit deutlichen Worten aus: „Hohe laufende Schuldendienstbelastungen, insbesondere bei den Schulden der öffentlichen Hand, in Verbindung mit den zu erwartenden geringeren finanziellen Spielräumen, könnten einige LMICs dazu zwingen, weniger für andere Prioritäten auszugeben, einschließlich der sozialen Sicherung und öffentlicher Investitionen in Sach- und Humankapital.“ Gill fährt fort: „Vor einem Jahrzehnt, als privates Kapital in die sich entwickelnden Volkswirtschaften strömte, waren Regierungen und Entwicklungsinstitutionen der Meinung, dass dies genau das war, was nötig war, um die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und anderen Entwicklungszielen voranzubringen. ‚Die gute Nachricht ist, dass es weltweit beträchtliche Ersparnisse in Höhe von 17 Billionen US-Dollar gibt und die Liquidität einen historischen Höchststand erreicht hat‘, hieß es damals in einem wichtigen Strategiepapier der Weltbank. Das erwies sich als ein Hirnspin. Seit 2022 haben ausländische private Gläubiger den öffentlichen Schuldnern in den Entwicklungsländern fast 141 Milliarden US-Dollar mehr an Schuldendienstzahlungen abverlangt, als sie an neuen Finanzmitteln ausgezahlt haben. Seit zwei Jahren haben die ausländischen Gläubiger der Entwicklungsländer mehr Geld abgezogen, als sie hineingesteckt haben.“

Gill fasst den Zustand der ausländischen „Hilfen“ und der Kredite der Banken und Investitionseinrichtungen des globalen Nordens an die Regierungen und den Privatsektor des globalen Südens so zusammen: „Dies ist das Ergebnis eines kaputten Finanzierungssystems.“ 2023 gaben die „Entwicklungsländer“ eine Rekordsumme von 1,4 Billionen Dollar aus, nur um ihre Schulden zu bedienen. Das entsprach fast 4 Prozent ihres BIPs. Der größte

Teil des Anstiegs der gesamten Schuldendienstzahlungen bestand aus ausufernden Zinszahlungen, die um mehr als ein Drittel auf rund 406 Milliarden US-Dollar anstiegen.

Neueste Daten der Handels- und Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (UNCTAD) zeigen, dass 54 Länder mehr als 10 Prozent ihrer Steuereinnahmen allein für Zinszahlungen ausgeben. Die durchschnittliche Zinslast der Entwicklungsländer hat sich – bezogen auf die Steuereinnahmen – seit 2011 fast verdoppelt. Mehr als 3,3 Mrd. Menschen leben in Ländern, die heute mehr für den Schuldendienst als für die Gesundheit ausgeben, und 2,1 Mrd. leben in Ländern, die mehr für den Schuldendienst als für Bildung ausgeben.

Gill weiter: „Das Ergebnis ist für viele Entwicklungsländer eine verheerende Umleitung von Mitteln aus Bereichen, die für langfristiges Wachstum und Entwicklung entscheidend sind, etwa Gesundheit und Bildung. Der Druck auf die ärmsten und schwächsten Länder war besonders verheerend ... Mehr als die Hälfte dieser Länder ist entweder in einer Schuldenkrise oder stark gefährdet, dort reinzugeraten. Kein Wunder also, dass private Gläubiger sich zurückgezogen haben ... Es ist einfach, die Sache auf die lange Bank zu schieben und diesen Ländern gerade so viel Geld zur Verfügung zu stellen, dass sie ihren unmittelbaren Rückzahlungsverpflichtungen nachkommen können. Aber das verlängert nur ihren Leidensweg.“

Gill: „Diese Länder müssen schneller wachsen, wenn sie ihre Schuldenlast verringern wollen, und sie brauchen viel mehr Investitionen, wenn sich das Wachstum beschleunigen soll. Beides ist angesichts der Höhe ihrer Schuldenlast unwahrscheinlich: Ihre Rückzahlungsfähigkeit wird sich nie wieder einstellen. Die ärmsten Länder, die in Schuldennot geraten sind, brauchen einen Schuldenerlass, wenn sie eine Chance auf dauerhaften Wohlstand haben wollen.“ Aber ein „Schuldenerlass“ steht nicht auf der Tagesordnung in den Rocky Mountains oder bei den Bilderbergern.

Und dann sind da noch die globale Erwärmung und der Klimawandel. Die globale Erwärmung beschleunigt sich. Neuen Klimavorhersagen zufolge besteht eine siebzigprozentige Wahrscheinlichkeit, dass die globalen Temperaturen in den nächsten fünf Jahren im Durchschnitt 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau liegen werden.⁸ Und es besteht eine achtzigprozentige Wahrscheinlichkeit, dass mindestens ein Jahr zwischen 2025 und 2029 einen neuen globalen Temperaturrekord aufstellt, so die Analyse. Zum ersten Mal haben Klimamodelle aufgezeigt, dass die Möglichkeit besteht, dass schon vor 2030 die globale

Durchschnittstemperatur 2 °C über dem vorindustriellen Niveau liegen könnte.

US-Präsident Trump mag den Klimawandel für einen Mythos halten. Die Weltbank sieht das nicht so. Die Weltbank warnt vor einem Klimanotstand für 1,8 Milliarden Menschen in Südasien, denn es zeichnet sich eine Hitzekrise ab. Die Weltbank hat eine deutliche Warnung vor der wachsenden Bedrohung durch extreme Hitze in Südasien veröffentlicht und prognostiziert, dass bis 2030 fast 1,8 Milliarden Menschen, d. h. etwa 89 % der dortigen Bevölkerung, gefährlichen Temperaturen ausgesetzt sein werden. „Allein im Jahr 2021 herrschten in Ländern wie Bangladesch, Indien, Pakistan und Sri Lanka im Durchschnitt aller Tage während sechs Stunden zu heiße Bedingungen, um gefahrlos im Freien zu arbeiten“, so der Bericht. Es wird erwartet, dass diese Zahl bis 2050 auf sieben oder acht Stunden pro Tag ansteigt, was sowohl die Lebensgrundlagen als auch unmittelbar die Gesundheit bedroht. Nach Angaben der Weltbank haben mehr als 60 % der Haushalte und Unternehmen in der Region in den letzten fünf Jahren extreme Wetterverhältnisse erlebt, und mehr als 75 % erwarten, dass solche Ereignisse im nächsten Jahrzehnt noch zunehmen. (Grafik 7)

Eine deutliche Verlangsamung der Wirtschaft bis hin zur Stagnation bei einer immer noch relativ hohen Inflation, eine lähmende Schuldenlast für die Mehrheit der Weltbevölkerung, die sich für ihr Überleben schinden muss, und eine sich beschleunigende Klimakrise – keines

dieser Themen wird in den Rocky Mountains oder im Grand Hotel in Stockholm diskutiert.

Übersetzung: J. S.

1 Siehe dazu meine Ausführungen unter: <https://thenextrecession.wordpress.com/2024/06/23/fixing-the-climate-it-just-aint-profitable/>

2 Mehr dazu unter: <https://thenextrecession.wordpress.com/2024/10/08/measuring-global-poverty/>

3 Mehr Details unter: <https://thenextrecession.wordpress.com/2025/04/25/there-will-be-blood/>

4 Vgl. dazu: <https://thenextrecession.wordpress.com/2025/03/22/from-welfare-to-warfare-military-keynesianism/>

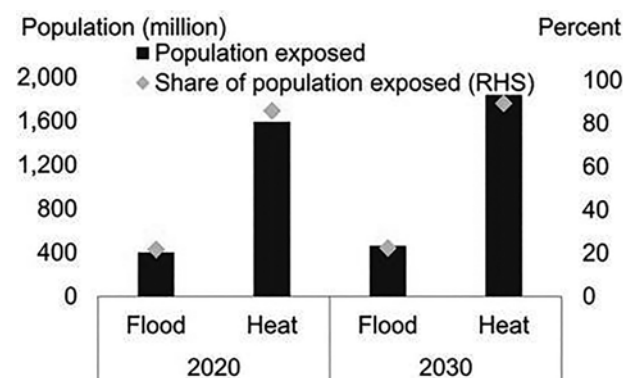
5 <https://thenextrecession.wordpress.com/2024/12/22/revisiting-the-theory-of-long-depressions/>

6 <https://thenextrecession.wordpress.com/2025/02/17/a-whiff-of-stagflation/?fbclid>

7 <https://www.worldbank.org/en/programs/debt-statistics/idr/products>

8 <https://wmo.int/>

GRAFIK 7: ANZAHL DER MENSCHEN (IN MILLIONEN), DIE ÜBERSCHWEMMUNGEN (FLOOD) ODER EXTREMER HITZE (HEAT) AUSGESETZT SIND.



Die Markierungen zeigen den Prozentsatz der jeweils davon betroffenen Bevölkerung an

VORAUSSETZUNGEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU

Damit sich das Land nach Jahren des Kriegs wieder erholen kann, wird es notwendig sein, die Bevölkerung einzubeziehen und bereits während der Übergangszeit demokratische Strukturen aufzubauen, um den nationalen Zusammenhalt nicht zu gefährden.

■ Joseph Daher

Der Sturz des Assad-Regimes am 8. Dezember 2024 hatte Hoffnungen auf eine bessere Zukunft für Syrien geweckt. Der anfängliche Optimismus wurde jedoch durch eine Reihe von Schwierigkeiten gedämpft. Die territoriale und politische Zerrissenheit des Landes, ausländische Einflussnahme und Besatzung sowie konfessionelle Spannungen erschweren die wirtschaftliche Erholung und den dringend benötigten Wiederaufbauprozess des Landes. Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf 250 bis 400 Milliarden US-Dollar geschätzt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist nach wie vor nicht an ihren Wohnort zurückgekehrt, 90 % leben unterhalb der Armutsgrenze, und im Jahr 2024 waren laut UNO 16,7 Millionen Menschen in Syrien (75 % der Bevölkerung) auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Im Mai 2025 kam in Syrien ein neuer Wind der Hoffnung auf, nachdem die USA, die EU und Japan eine Reihe wichtiger Entscheidungen zur Lockerung der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien beschlossen hatten. Vor allem die Erklärung des US-Präsidenten, die Sanktionen zu lockern, wurde in mehreren syrischen Städten mit öffentlichen Feiern begrüßt. Diese Entscheidungen haben bereits zu greifbaren politischen Ergebnissen geführt und die Voraussetzungen für ein weiteres Engagement auf regionaler und internationaler Ebene geschaffen. Sie ermöglichen die Reintegration der syrischen Wirtschaft in die regionalen und globalen Märkte, erleichtern Finanztransaktio-

nen, beleben die Handelsströme und ebnen den Weg für ausländische Direktinvestitionen sowie für die Beteiligung der syrischen Diaspora. In diesem Zusammenhang verstärkte Damaskus seine Bemühungen, regionale und internationale Unternehmen für Investitionen in die Modernisierung der Infrastruktur und in einkommensschaffende Wirtschaftszweige zu gewinnen. So unterzeichnete Damaskus Ende Mai eine Absichtserklärung mit einem Konsortium von Unternehmen (unter anderem aus den USA, Katar und der Türkei) unter der Leitung der katarischen Gesellschaft UCC Concession Investments, um die Investitionen im Energiesektor auf bis zu sieben Mrd. US-Dollar zu erhöhen.

Chancen für eine wirtschaftliche Erholung

Mit anderen Worten: Die Aufhebung der US-Sanktionen hat ein entscheidendes Hindernis für den wirtschaftlichen Aufschwung beseitigt, was in der syrischen Bevölkerung große Hoffnungen geweckt hat. Dazu kommen jedoch noch weitere Faktoren, die einer erfolgreichen Erholung der syrischen Wirtschaft im Wege stehen.

Zunächst muss die Aufhebung der Sanktionen konkretisiert werden, was einige Zeit in Anspruch nehmen könnte. Syrien wurde 1979 auf die US-Liste der Staaten gesetzt, die den Terrorismus unterstützen, und steht seither unter US-Sanktionen. Vor allem das im Dezember 2019 verabschiedete Caesar-Gesetz¹ hat der syrischen Wirt-

schaft enormen Schaden zugefügt, indem es jeden Versuch, das ehemalige syrische Regime zu unterstützen und zum Wiederaufbau des Landes [während der Ära Assad, Anm. d. Ü.] beizutragen, mit Sanktionen belegt. Sowohl das Caesar-Gesetz als auch die Einstufung Syriens als Staat, der den Terrorismus unterstützt, bedürfen der offiziellen Zustimmung durch den Kongress. Allerdings könnte auch Präsident Trump selbst von den Sanktionen Abstand nehmen oder sogar deren informelle Aufhebung in Betracht ziehen.

Die UN-Sanktionen wiederum werden vom Sicherheitsrat und nicht allein von den USA beschlossen. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass es nach einer Entscheidung Washingtons zu einer Lösung kommen wird, da die regionale und internationale Rehabilitierung Syriens rasch voranschreitet.

Allerdings wird die Unsicherheit, was die Aufhebung der Sanktionen betrifft, eine schnelle Rückkehr von Finanzinstitutionen und Geschäftsleuten nach Syrien vermutlich verzögern. Aber auch ohne Sanktionen steht die syrische Wirtschaft vor gravierenden strukturellen Problemen.

Das syrische Pfund ist alles andere als stabil, und das könnte Investoren in ihrem Streben nach schnellen oder mittelfristigen Renditen abschrecken. Die Zerstörung der produktiven Wirtschaftszweige, insbesondere der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft, sowie das anhaltende Handelsbilanzdefizit setzen das syrische Pfund unter Druck. Während der US-Dollar im ganzen Land im Umlauf ist, wird in einigen Regionen im Nordwesten des Landes neben der syrischen Landeswährung immer noch die türkische Lira verwendet.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Die Infrastruktur und die Verkehrsnetze Syriens sind noch nicht wiederhergestellt. Die Produktionskosten sind hoch, insbesondere für Strom. Generell leidet das Land unter einer erheblichen Knappheit an Rohstoffen und wichtigen Energieträgern, was durch eine Aufhebung der Sanktionen zumindest gemildert werden könnte. Die Ölversorgung ist zwar immer noch unzureichend, hat sich aber in letzter Zeit verbessert, da die Lieferungen aus Russland seit Anfang des Jahres zugenommen haben.

Weiters herrscht ein beträchtlicher Mangel an qualifizierten Arbeitskräften – ohne Aussicht auf eine massive Rückkehr dieser Arbeitskräfte in naher Zukunft. Die Privatwirtschaft, die hauptsächlich aus Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen mit begrenzten Kapazitäten be-

steht, muss nach mehr als 13 Jahren Krieg und Zerstörung wiederaufgebaut und umfassend modernisiert werden.

Der Staatshaushalt wurde ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen, was wenig Spielraum für Investitionen lässt, wobei der wirtschaftspolitische Kurs der neuen Machthaber ein kommerzielles Wirtschaftsmodell bevorzugt, das kurzfristige Profite auf Kosten produktiver Wirtschaftszweige anstrebt.

Vor diesem Hintergrund haben zwischen den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern Syriens und den Vertretern aus dem Ausland bereits Gespräche über die wirtschaftliche Erholung und Entwicklung des Landes begonnen. Für einen erfolgreichen und nachhaltigen Wiederaufbau sind jedenfalls drei Faktoren ausschlaggebend:

- erstens ein politischer Übergang unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Schichten,
- zweitens die Schaffung eines Gegengewichts zur herrschenden Macht, um den Handlungsspielraum für eine Demokratisierung in Syrien zu erweitern und
- drittens eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen, um auch den schwächsten Klassen der Gesellschaft, die unter schwierigen Verhältnissen leben, die aktive Teilnahme [an der Politik, Anm. d. Ü.] zu erleichtern.

Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, steht es schlecht um eine wirtschaftliche Erholung Syriens. Und wenn unterschiedliche politische und gesellschaftliche Kräfte übergangen werden, steigt das Risiko der Instabilität. Schlimmer noch: Sollte die neue Regierung an ihrem Kurs festhalten, sind auch bewaffnete Konflikte nicht ausgeschlossen. Auch das Versäumnis, größere Teile der Bevölkerung aktiver in die Übergangsperiode einzubeziehen, könnte dem Ansehen der Übergangsregierung schaden. Ein Mangel an gesellschaftlichem Zusammenhalt würde zudem Kräfte, die ihr eigenes Süppchen kochen, auf den Plan rufen und ethnische Spannungen schüren, was die nationale Einheit weiter untergraben würde.

Die politische Lage nach dem Sturz Assads

Nach dem Zusammenbruch des Assad-Regimes liegt die ganze Macht in den Händen von Hajat Tahrir asch-Scham (HTC), dem Bündnis, das die Offensive gegen die syrischen Regierungstruppen angeführt hatte. Kurz nach seiner Machtübernahme ernannte Ahmed asch-Scharaa, der Kopf der Gruppe, Mohammed al-Baschir zum Chef der Übergangsregierung. Baschir stand zuvor an der Spitze

der Syrischen Heilsregierung² in Idlib, die sich ausschließlich aus Mitgliedern von Hajat Tahrir asch-Scham oder aus Personen, die der Gruppe nahestanden, zusammensetzte. Im Januar 2025 ging asch-Scharaa noch einen Schritt weiter und machte sich selbst zum Interimspräsidenten, bevor er am 29. März eine ihm unterstellte Übergangsregierung ernannte, die das Land bis zu den Wahlen führen sollte.

Nach seiner Machtübernahme bildete asch-Scharaa einen „interimistischen Legislativrat“, nachdem er das Parlament aufgelöst und die Verfassung aufs Eis gelegt hatte. Er ernannte Minister, Sicherheitsverantwortliche und regionale Gouverneure, die allesamt Hajat Tahrir asch-Scham oder ihr nahestehenden bewaffneten Gruppen der Syrischen Nationalarmee angehörten. So wurde Anas Khattab zunächst zum Chef des Geheimdienstes ernannt, bis er im Mai von Hussein al-Salama abgelöst wurde. Khattab ist ein Gründungsmitglied von Dschabhat an-Nusra, einem Vorgänger von Hajat Tahrir asch-Scham, und war dort die wichtigste Führungsfigur in Sicherheitsfragen. Seit 2017 leitete er die inneren Angelegenheiten und die Sicherheitspolitik von Hajat Tahrir asch-Scham. Er kündigte eine Umstrukturierung der Geheimdienste an, während gleichzeitig der Aufbau einer neuen syrischen Armee in Angriff genommen wurde. Die höchsten Positionen in der Armee wurden mit Befehlshabern von Hajat Tahrir asch-Scham besetzt. So wurde Murhaf Abu Qasra zum Verteidigungsminister ernannt und zum General befördert. Über die neue Armee versucht das Regime, seine Kontrolle über die zahlreichen bewaffneten Gruppen in Syrien in den Griff zu bekommen und dem Staat das Waffenmonopol zu verschaffen.

Auch die Schlüsselpositionen in der neuen Übergangsregierung wurden mit Persönlichkeiten besetzt, die Sharaa nahestehen. So behielten Assad asch-Schaibani und Abu Qasra ihre Ämter als Außenminister bzw. Verteidigungsminister bei, während Khattab zum Innenminister ernannt wurde. Die tatsächlichen Befugnisse der Regierung sind jedoch unklar, zumal zur gleichen Zeit der Syrische Nationale Sicherheitsrat, der von Scharaa geleitet wird und sich aus seinen engsten Mitarbeitern (dem Außenminister, dem Verteidigungsminister, dem Innenminister und dem Leiter des Allgemeinen Nachrichtendienstes) zusammensetzt, gegründet wurde, um sich um Sicherheitsfragen und die Politik im Allgemeinen zu kümmern. In diesem Zusammenhang richtete das Außenministerium Ende März das Generalsekretariat für politische Angelegenheiten ein, das mit der Überwachung der innenpolitischen Aktivitäten, der Formulierung allgemeiner politischer Leitlinien

und der Verwaltung der Vermögenswerte der aufgelösten Baath-Partei betraut wurde.

Die Macht hat alle Schlüssel in der Hand

Die neue syrische Regierung hat auch Maßnahmen zur Festigung ihrer Macht über Wirtschaft und Gesellschaft ergriffen. So wurden die Handelskammern des Landes umstrukturiert und die Mehrheit ihrer Mitglieder durch ernannte Personen ersetzt, insbesondere in den Gouvernoren³ Damaskus, Damaskus-Land, Aleppo und Homs. Etliche neue Mitglieder des Verwaltungsrats sind für ihre engen Beziehungen zu Hajat Tahrir asch-Scham bekannt. Das gilt insbesondere für den neuen Vorsitzenden des Verbands der Syrischen Handelskammern, Alaa al-Ali, den ehemaligen Direktor der Industrie- und Handelskammer von Idlib, die ihrerseits Hajat Tahrir asch-Scham nahestand. Mitte April wurde Maher asch-Scharaa, der Bruder von Ahmed asch-Scharaa, zum Generalsekretär des Präsidialamts ernannt, wo er der Präsidialverwaltung vorsteht und als Verbindungsglied zwischen dem Präsidialamt und den staatlichen Organen fungiert.

Auch die Spitzenpositionen von Gewerkschaften und Berufsverbänden wurden mit regimenahen Persönlichkeiten besetzt. Die syrische Anwaltskammer etwa setzt sich aus Mitgliedern des zuvor in Idlib tätigen Freien Anwaltsrats zusammen. Darauf reagierten die syrischen Anwälte mit einer Petition, in der sie demokratische Wahlen zur Kammer forderten.

Die demokratisch fragwürdige Zusammensetzung des neuen Regimes spiegelt sich auch in den Initiativen, Konferenzen und Komitees wider, die mit der Gestaltung der Zukunft Syriens beauftragt wurden. Nachdem man die Konferenz des Syrischen Nationalen Dialogs zunächst verschoben hatte, wurde sie schließlich im Februar 2025 mit rund 600 Teilnehmern abgehalten. Das Procedere wurde jedoch heftig kritisiert. Das Vorbereitungskomitee war nicht einmal zwei Wochen vor der Konferenz gegründet worden, und die Einladungen wurden in der Regel erst zwei Tage vor der Konferenz verschickt, sodass viele geladene Gäste aus dem Ausland nicht teilnehmen konnten. Zudem war die Zeit für Diskussionen in den Arbeitssitzungen – zu den Themen Übergangsjustiz, Wirtschaft, persönliche Freiheiten und Verfassung – auf vier Stunden begrenzt, was einen intensiven Austausch verhinderte. Etliche Teilnehmer, insbesondere aus dem Süden Syriens und den Küstengebieten, fehlten oder waren unterrepräsentiert, und die wichtigsten politischen Organisationen der Kurden, die Autonomieverwaltung

für Nord- und Ostsyrien (AANES) sowie der Kurdische Nationalrat, bemängelten, dass man sie erst gar nicht eingeladen hatte.

Auch die von Ahmed asch-Scharaa im März unterzeichnete provisorische Verfassung wurde von diversen politisch und gesellschaftlich relevanten Kreisen aufgrund ihres Inhalts und der intransparenten Auswahlkriterien bei der Bestellung der Redaktion kritisiert. Teilweise hatte man Bestimmungen aus der vorherigen Verfassung unverändert übernommen. So lautet der offizielle Name des Landes weiterhin Syrisch-Arabische Republik, Arabisch ist nach wie vor die einzige Amtssprache und der Präsident muss ein muslimischer Mann sein. Jedoch ist die islamische Rechtsprechung nunmehr „die Hauptquelle der Gesetzgebung“ und nicht mehr „eine wichtige Quelle der Gesetzgebung“. Die provisorische Verfassung spricht sich zwar für eine Gewaltenteilung aus, relativiert sie jedoch insofern, als sie dem Präsidenten eine breite Palette an Befugnissen einräumt. Der Präsident kann Gesetze einbringen, Dekrete verkünden und ein Veto gegen Entscheidungen des Parlaments einlegen. Außerdem ist er für die Ernennung der Richter des Verfassungsgerichts zuständig, was der Exekutive noch mehr Macht verleiht.

Politik im Interesse des Kapitals ...

Der wirtschaftliche Kurs der Regierung wurde außerhalb eines engen Kreises von Entscheidungsträgern, deren oberstes Ziel der Machterhalt ist, weder besprochen noch mitgetragen. Die Eckpfeiler der neuen Regierung zielen darauf ab, ihr neoliberales Wirtschaftskonzept, inklusive Sparmaßnahmen, durchzuboxen. Eine solche Politik begünstigt in der Regel die Bourgeoisie. Ahmed asch-Scharaa und seine Minister hielten denn auch zahlreiche Treffen mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern sowie mit syrischen Geschäftsleuten im In- und Ausland ab, um sich deren Anliegen anzuhören und ihnen ihre eigenen wirtschaftlichen Vorstellungen zu erläutern.

Vieles deutet darauf hin, dass Hajat Tahrir asch-Scham Privatisierungen fördern und Sparmaßnahmen durchsetzen will. Vor seiner Teilnahme am Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar, dem Sammelbecken der neoliberalen und kapitalistischen globalen Eliten, erklärte [Außenminister, Anm. d. Ü.] Schaibani der *Financial Times*, dass die syrische Regierung beabsichtige, staatliche Häfen und Fabriken zu privatisieren, ausländische Investoren einzuladen und den internationalen Handel anzukurbeln. Er

fügte hinzu, dass die Regierung „öffentlich-private Partnerschaften erkunden werde, um Investitionen in Flughäfen, Eisenbahnen und Straßen zu fördern“. Zudem hat Damaskus die Zölle auf mehr als 260 türkische Produkte herabgesetzt, was der einheimischen Produktion schadet, insbesondere dem verarbeitenden Gewerbe und der Landwirtschaft, die nur schwer mit türkischen Importen konkurrieren können. Die türkischen Exporte nach Syrien beliefen sich im ersten Quartal dieses Jahres auf rund 508 Mio. US-Dollar, was laut dem türkischen Handelsministerium einem Anstieg um 31,2 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2024 entspricht.

... auf Kosten der Bevölkerung

Gleichzeitig setzt die Regierung Sparmaßnahmen um. Im Dezember 2024 wurde der Preis für preisgestütztes Standardbrot von 400 syrischen Pfund auf 4000 syrische Pfund erhöht, wobei gleichzeitig das Standardgewicht von ursprünglich 1500 Gramm auf 1100 Gramm herabgesetzt wurde. Ein Ende der staatlich gestützten Preise für Brot wurde für die folgenden Monate angekündigt, jedoch ohne konkretes Datum. Im Januar 2025 erklärte der Minister für Elektrizität, Omar Chaqrouq, dass die Regierung die Subventionen für die Strompreise reduzieren oder sogar abschaffen werde, da „die [derzeitigen] Preise sehr niedrig sind und weit unter den Herstellungskosten liegen. Das soll aber nur schrittweise erfolgen und nur unter der Voraussetzung, dass die Durchschnittseinkommen steigen.“ Derzeit stellt der Staat den wichtigsten syrischen Städten nicht mehr als zwei Stunden Strom pro Tag zur Verfügung. Der Preis für eine Gasflasche, die zum Kochen verwendet wird, stieg im Januar von 25 000 auf 150 000 syrische Pfund und führte zu einer erheblichen Belastung syrischer Familien.

Auch die Kürzung oder Einstellung der Subventionen für Ölderivate, insbesondere für Treibstoff, Diesel und Benzin, wird sich negativ auf die gesamte Wirtschaft und die Bevölkerung auswirken. So stiegen durch die Aussetzung der Treibstoffsubventionen im Dezember 2024 die Produktionskosten für Landwirte, was die Aussaat für die Weizenernte 2025 erheblich beeinträchtigte.

Zwischen Dezember und Januar kündigte das Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel die Entlassung von einem Viertel bis zu einem Drittel der Staatsbediensteten an, also derjenigen, die nach Ansicht der neuen Machthaber ein Gehalt beziehen, ohne zu arbeiten. Der Minister für Verwaltungsentwicklung, Mohammed al-Skaff, dem das Personal des öffentlichen Dienstes untersteht, ging

sogar noch weiter, indem er erklärte, dass nicht mehr als 55 000 bis 600 000 Beschäftigte benötigt würden, also weniger als die Hälfte der derzeitigen Belegschaft. Seit-her wurden keine offiziellen Zahlen zu den Entlassungen bekannt gegeben. Einige Bedienstete wurden für drei Monate in einen bezahlten Urlaub geschickt, worauf es im ganzen Land zu Demonstrationen von entlassenen oder beurlaubten Beamten kam.

Nichtsdestotrotz hat die syrische Regierung Anfang des Jahres ihr Versprechen bekräftigt, die Gehälter der Staatsbediensteten um 400 % zu erhöhen und einen Mindestlohn von 1,12 Millionen syrischen Pfund (ca. 102 US-Dollar) festzusetzen. Auch wenn dieses Vorhaben in die richtige Richtung weist, wurde es immer noch nicht umgesetzt, obwohl die Höhe der Gehälter angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise nicht ausreicht, die Lebenshaltungskosten zu decken. Ende März wurden die monatlichen Mindestausgaben für eine fünfköpfige Familie in Damaskus auf acht Millionen syrische Pfund (727 US-Dollar) geschätzt.

Was den privaten Sektor betrifft, gab das Ministerium für Wirtschaft und Industrie Ende Mai bekannt, dass die Verpflichtung von Geschäftsleuten und Unternehmern, ihre Beschäftigten bei der Sozialversicherung anzumelden, in Zukunft entfallen würde – unter dem Vorwand, Verfahren zu vereinfachen und Investitionen zu fördern. Nachdem dieser Beschluss als Verstoß gegen die Arbeitnehmerrechte kritisiert wurde, stellte das Ministerium am nächsten Tag klar, dass keine grundsätzliche Aufhebung der Meldepflicht vorgesehen sei, sondern lediglich eine vorübergehende, und zwar bis zum Jahresende, um die Mitgliedschaft in den Handelskammern zu fördern. Diese Klarstellung hat jedoch die Angst vor einer weiteren Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung keineswegs zerstreut.

Während Syrien vor einer der schwersten Ernährungs-krisen der letzten Jahrzehnte steht und eine akute Dürre im Jahr 2025 die einheimische Weizenernte zu dezimieren droht, kursieren Gerüchte, dass die Unterstützung für den Weizenanbau, einen traditionellen Eckpfeiler der landwirtschaftlichen Produktion des Landes, eingestellt werden soll, wie die Website *The Syria Report* unter Berufung auf eine Quelle im Landwirtschaftsministerium berichtet. Bereits vor dem Sturz des Assad-Regimes waren die laufenden Kosten [in der Landwirtschaft, Anm. d. Ü.] konstant hoch, aber seit 2023 haben sich die Preise für Düngemittel verdreifacht, was die Produktionskosten erhöht, den Zugang der Landwirte zu Produktionsmitteln

erschwert und die gesamte landwirtschaftliche Produktion beeinträchtigt.

Das Wiederaufflammen konfessioneller Massaker

Eine der Voraussetzungen für einen gelungenen Wiederaufbau des Landes ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die imstande ist, ein Gegengewicht zur Macht zu bilden. Unter Zivilgesellschaft sind nicht nur lokale und internationale NGOs zu verstehen, sondern auch politische Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände, feministische Gruppierungen, Umweltorganisationen, lokale Vereine usw. Sie müssten in der Lage sein, der neuen autoritären Dynamik im Land und der politischen und wirtschaftlichen Machtkonzentration von Hajat Tahrir asch-Scham die Stirn zu bieten. Um breiten Teile der Gesellschaft die Mitwirkung am wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau zu ermöglichen, ist die Schaffung demokratischer politischer Handlungsspielräume unter Einbeziehung der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere der armen und arbeitenden Klassen, unerlässlich. Der Wiederaufbau darf nicht allein den politischen und wirtschaftlichen Eliten und den reichsten Schichten der Gesellschaft überlassen werden. Dafür sind zwei Voraussetzungen erforderlich: die Gewährleistung von Sicherheit und innerem Frieden sowie die Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage der Mehrheit der syrischen Bevölkerung.

Der innere Frieden in Syrien liegt nach wie vor in weiter Ferne. In einigen Regionen, vor allem in Homs und in den Küstengebieten, herrscht Unsicherheit, die sich in gewalttätigen konfessionell begründeten Übergriffen durch die neuen Sicherheitskräfte und ihnen nahestehende bewaffnete Gruppen entlud, die auch vor Hinrichtungen und Morden nicht zurückschreckten. Im März verübten Hajat Tahrir asch-Scham und die Syrische Nationale Armee konfessionell motivierte Massaker an alawitischen Zivilisten in den Küstenregionen, bei denen Hunderte von Menschen ums Leben kamen. Zwar war die Gewalt von Überbleibseln des Assad-Regimes durch gezielte Angriffe auf Angehörige der Sicherheitskräfte sowie auf Zivilisten ausgelöst worden, doch die Gegenreaktion [des Regimes, Anm. d. Ü.] traf alle Alawiten und folgte einer Logik des konfessionellen Hasses und der Rache. Im April und Mai verübten bewaffnete Gruppen aus dem Umfeld der Regierung Angriffe auf die drusische Bevölkerung, während die Gewalt und die Morde an alawitischen Zivilisten unvermindert fortgesetzt wurden.

Die Verantwortung für die Massaker im März sowie für die Morde an alawitischen Zivilisten und neuerdings auch an den Drusen liegt in erster Linie bei der neuen syrischen Regierung. Sie hat es nicht geschafft, der Gewalt Einhalt zu gebieten, sondern war sogar direkt an den Ausschreitungen beteiligt. Vor allem aber hat sie die politischen Voraussetzungen für die Massaker geschaffen. Es wurde verabsäumt, im Rahmen der Übergangsjustiz, alle Personen und Gruppierungen zu bestrafen, die während des syrischen Konflikts in Kriegsverbrechen verwickelt waren, obwohl das maßgeblich zur Verhinderung von Racheakten und zum Abbau der wachsenden ethnisch-religiösen Spannungen beigetragen hätte. Ahmed asch-Scharaa und seine Verbündeten haben jedoch kein Interesse an einer Übergangsjustiz, da sie mit gutem Grund befürchten, für ihre eigenen Verbrechen und die Übergriffe auf Zivilisten vor Gericht gestellt zu werden. Am 17. Mai gab die syrische Übergangsregierung die Einrichtung von zwei neuen Regierungsorganen bekannt: die Kommission für Übergangsjustiz und die Nationale Kommission für Vermisste. Der im betreffenden Präsidialdekret definierte Auftrag der Kommission für Übergangsjustiz weist jedoch Lücken auf, da er zahlreiche Opfer unberücksichtigt lässt, insbesondere die von Hajat Tahrir asch-Scham und ihren verbündeten bewaffneten Gruppen. Diese selektive Justiz ist äußerst problematisch und könnte neue politische und konfessionelle Spannungen im Land entfesseln.

Mit Maßnahmen zur Rückholung von Staatseigentum und zur Verfolgung von Finanzverbrechen wird auch ein sozio-ökonomischer Aspekt angesprochen. Es geht dabei um die Privatisierung staatlichen Eigentums und die Verteilung von öffentlichem Grund und Boden an Geschäftsleute, die dem alten Regime nahestanden – zum Nachteil der Bevölkerung, die auf ihr Recht, aus öffentlichen Gütern Nutzen zu ziehen, verzichten muss. Im Sinne einer neoliberalen Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums sehen die wirtschaftlichen Schwerpunkte der neuen Regierung Versöhnungsabkommen mit Geschäftsleuten aus dem Umfeld des Assad-Regimes vor, was den eigentlichen Zielsetzungen der Übergangsjustiz widerspricht.

Anfang März unterzeichnete die Regierung ein Übereinkommen mit der [kurdischen, Anm. d. Ü.] AANES und suchte die Nähe zu Teilen der drusischen Bevölkerung in Suweida. Damit soll offensichtlich das Ansehen der Regierung, das aufgrund der Massaker in den Küstengebieten stark gelitten hatte, auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene wiederhergestellt werden. Eine abschließende Bewertung dieser Vereinbarung steht noch

aus, da sich die lokalen Gemeinschaften im Nordosten Syriens und in Suweida dagegen ausgesprochen und mehrheitlich gegen die provisorische Verfassung und die Politik der neuen Machthaber im Allgemeinen demonstriert haben. Vor allem die Weigerung des Regimes, die für die Massaker in den Küstengemeinden verantwortlichen bewaffneten Gruppen zu bestrafen, hatte für Kritik gesorgt. Im April flammten in einigen Teilen des Landes erneut konfessionelle Kämpfe auf, die sich gegen die drusische Bevölkerung richteten. Um die Spannungen abzubauen und einer ausländischen Einmischung in die internen Angelegenheiten des Landes, insbesondere von Seiten Israels, vorzubeugen, schlossen die syrische Regierung und die Vertreter der Drusen Anfang Mai ein Abkommen über Sicherheitsfragen.

Abgesehen von der Gefahr, dass Syrien in einzelne Teile zerfallen könnte, haben einige Staaten, allen voran der Iran und Israel, ein Interesse daran, konfessionelle und ethnische Gewalt zu schüren, um sich als Verteidiger von bestimmten Gruppierungen ins Spiel zu bringen und die Instabilität anzuheizen. So haben israelische Regierungsverantwortliche ihre Bereitschaft erklärt, die syrischen Drusen auch mit militärischen Mitteln zu beschützen. Erst vor kurzem führte Israel nach Kämpfen in der Nähe von Damaskus Warnluftschläge gegen die mehrheitlich drusischen Städte Dscharamana und Sahnaja durch. Die wichtigsten Vertreter der Drusen haben die israelische Einmischung umgehend zurückgewiesen und ihre Loyalität gegenüber Syrien und der Einheit des Landes bekräftigt. Trotz des Abkommens zwischen Damaskus und der AANES hat auch die türkische Armee ihre Drohungen gegen die kurdische Bevölkerung im Nordosten [Syriens, Anm. d. Ü.] nicht vollständig eingestellt.

Ein Gegengewicht zur Staatsmacht

Eine weitere wesentliche Voraussetzung für die Erweiterung des politischen Handlungsspielraums in Syrien ist die Verbesserung der sozio-ökonomischen Grundlagen. Das ist angesichts der massiven Zerstörungen durch den Krieg und der Tatsache, dass 90 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, unumgänglich. Große Teile der Bevölkerung sind von einer Mitwirkung am Wiederaufbauprozess, der in ihrem unmittelbaren und objektiven Interesse liegt, praktisch ausgeschlossen, da sie kaum für die Deckung ihrer Grundbedürfnisse [Miete, Strom, Schulgebühren usw.] aufkommen können.

Der wirtschaftliche Kurs der neuen Regierung hat zu einer zunehmenden Verarmung großer Teile der Bevölke-

rung geführt und die Unterentwicklung der produktiven Wirtschaftszweige Syriens verschärft. Daher sollte die Regierung nicht nur mit ausländischen Geschäftsleuten verhandeln, sondern auch relevante lokale gesellschaftliche und politische Kräfte einbeziehen. Damit sind in erster Linie Gewerkschaften sowie Bauernvereinigungen und andere Berufsverbände gemeint. Ihnen gilt es, den Rücken zu stärken, was durch die Mobilisierung der Wählerschaft im Zuge freier Wahlen sowie durch die Mobilisierung einheimischer Arbeitskräfte erfolgen kann.

Ein Wiedererstarken der demokratischen Massenorganisationen der arbeitenden Bevölkerung ist unumgänglich, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung zu verbessern und den politischen Handlungsspielraum der arbeitenden Klasse im Zuge des Wiederaufbaus zu vergrößern. In dieser Hinsicht waren die Demonstrationen, die im Januar und Februar 2025 in verschiedenen Provinzen von entlassenen Beamten organisiert wurden, vielversprechend, ebenso wie die Versuche, alternative Gewerkschaften oder zumindest Vernetzungsstrukturen aufzubauen. Abgesehen von Protesten gegen die Massenentlassungen forderten die neu entstandenen Gruppierungen höhere Löhne und Gehälter und erteilten den Plänen der Regierung zur Privatisierung von Staatseigentum eine Absage. Allerdings haben die konfessionellen Massaker in den Küstengebieten die Protestbewegung erheblich geschwächt, da befürchtet wurde, dass regimenahe bewaffnete Gruppen mit Gewalt reagieren würden.

Ein ausschließlich von der Elite gesteuerter Wiederaufbauprozess birgt die Gefahr von weiterer sozialer Ungleichheit, Verarmung, Konzentration des Reichtums in den Händen einer Minderheit und Stillstand der produktiven Entwicklung. All diese Faktoren haben den Volksaufstand gegen das Assad-Regime im Jahr 2011 ausgelöst. Es kann daher nur nach hinten losgehen, die Übergangsgesellschaft nach der Ära Assad auf einer solchen Grundlage zu gestalten.

Welche Zukunft hat Syrien?

Zweifellos wäre jeder Nachfolger des Regimes von Baschar al-Assad vor enormen politischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen gestanden. Das ist nicht zu unterschätzen. Allerdings erschwert der politische und wirtschaftliche Kurs von Hajat Tahrir asch-Scham einen erfolgreichen und nachhaltigen Wiederaufbauprozess Syriens während der Übergangsperiode. In der verarmten, sozial wie politisch zerrissenen syrischen Gesellschaft kann es leicht zu neuerlichen Gewaltausbrüchen und zu einer

Eskalation konfessioneller Spannungen kommen, was einer wirtschaftlichen Erholung, geschweige denn einem erfolgreichen Wiederaufbau, alles andere als förderlich wäre. Syrien befindet sich an einem Scheideweg. Wenn keine Schritte zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Demokratisierung unternommen werden, wird der Niedergang des Landes nicht aufzuhalten sein und unter Umständen in die Errichtung eines neuen autoritären Regimes mit neuen Formen der Ausgrenzung münden. Damit wäre der Weg in eine weitere Katastrophe vorgezeichnet.

9. Juni 2025

Übersetzung: E. F.

1 Mit dem US-amerikanischen Caesar Act (2019) wurden verschärfte Sanktionen gegen Vertreter sowie Unterstützer des syrischen Assad-Regimes verhängt.

2 Die Syrische Heilsregierung war eine lokale Verwaltung, die de facto die von der Gruppe Hajat Tahrir asch-Scham kontrollierten Gebiete im Gouvernement Idlib regierte.

3 Ein Gouvernorat ist eine Verwaltungseinheit in einigen arabisch- und französischsprachigen Ländern. Es ist vergleichbar mit einer Provinz oder einem Bezirk und wird von einem Gouverneur als oberstem Beamten verwaltet.



DIE TÜRKEI NACH DER SELBSTAUFLÖSUNG DER PKK

Der Autor beleuchtet vor dem Hintergrund der Selbstaflösung der PKK deren Folgen, die aktuelle politische Lage in der Türkei und den Zustand der dortigen Arbeiterbewegung. **Interview mit Uraz Aydın**

Kannst du die PKK und ihre politische Ausrichtung grob skizzieren? Was unterscheidet sie von anderen linken oder nationalistischen politischen Formationen?

Die Gründung der PKK muss vor dem Hintergrund der Politisierung und Radikalisierung in den 1960er Jahren betrachtet werden, in denen ein Aufschwung der Arbeiterbewegung und eine revolutionäre Radikalisierung, insbesondere unter der Jugend, stattfand. Dies war auch ein Jahrzehnt des Erwachens des kurdischen Nationalbewusstseins. Diese kurdisch-nationale Politisierung vollzog sich vorwiegend innerhalb der Arbeiterpartei der Türkei (TİP), der wichtigsten politischen Formation der Arbeiterbewegung in diesem Jahrzehnt. Gegen Ende der 1960er Jahre, aber vor allem nach der Amnestie von 1974, als Tausende türkischer und kurdischer Aktivist:innen, die seit dem Militärputsch 1971 inhaftiert waren, freigelassen wurden, begannen die revolutionären Kurd:innen, ihre eigenen, unabhängigen Organisationen zu gründen.¹ Die PKK wurde vor diesem Hintergrund, allerdings relativ spät gegründet. In der offiziellen Geschichte der Organisation werden ihre Ursprünge zwar auf 1973 datiert, doch erst 1978 fand der Gründungskongress statt. Zuvor war es ein Kern von Studenten und vor allem Lehrern um Abdullah Öcalan herum. Sie nannten sich die „Revolutionäre Kurdistan“, waren aber vor allem unter dem Namen ‚Apo-cular‘ („Anhänger von Apo“ – Kurzform von Abdullah

bekannt. So hatte die Persönlichkeit Öcalans von Anfang an eine zentrale Bedeutung.

Auf programmatrischer Ebene gab es keine spezifischen Unterschiede zu den vielen anderen Organisationen der kurdischen radikalen Linken, die den bewaffneten Kampf für ein „unabhängiges, vereinigtes, demokratisches und sozialistisches Kurdistan“ in Form zweier Etappen propagierten². In der Zwischenzeit wurden die Waffen jedoch vor allem zur Verteidigung gegen die Angriffe der faschistischen rechtsextremen „Grauen Wölfe“ oder im grassierenden Bruderkrieg innerhalb der revolutionären Linken eingesetzt. Die PKK war eine der beiden größten Gruppen, die nicht davor zurückschreckten, Waffen gegen andere rivalisierende kurdische (und türkische) Gruppen einzusetzen, aber sie war in dieser Hinsicht nicht allein. Somit war die PKK vor dem Putsch von 1980³ eine kurdische revolutionäre Organisation unter vielen anderen.

Welche Rechtfertigung gab es 1984 für eine Strategie des bewaffneten Kampfes gegen den türkischen Staat?

Tatsächlich fasste die PKK vor allem nach 1984 in der lohnabhängigen und bäuerlichen kurdischen Bevölkerung allmählich Fuß. Gehen wir ein wenig zurück. Öcalan verließ die Türkei 1979 während des Ausnahmezustands, aber noch vor dem Putschversuch. Dies war ein entscheidender Faktor für den Aufbau der Organisation. Dadurch

hatte er Zeit, Kontakte zu palästinensischen Widerstandsgruppen in Syrien und im Libanon zu knüpfen und Vorbereitungen für ein mögliches Exil seiner Aktivist:innen zu treffen, damit sie auch eine militärische Ausbildung erhalten sollten. Nach dem Putsch von 1980 rief Apo seine Aktivist:innen dazu auf, heimlich nach Syrien zurückzukehren. Sie wurden im Bekaa-Tal in denselben Lagern wie die Palästinenser im syrisch besetzten Libanon ausgebildet. Einige von ihnen nahmen am Kampf gegen die israelische Invasion im Libanon teil. Die PKK verlor dabei mehrere Dutzend Mitglieder und erlangte damit auch ein gewisses Renommée.

Die PKK nahm den bewaffneten Kampf im August 1984 auf, weil Öcalan der Meinung war, dass seine Armee nunmehr bereit dafür sei. Die Frage des militärischen Kampfes als Methode zur Befreiung Kurdistans wurde nicht anhand jeweils aktueller Bedingungen oder Kräfteverhältnisse beantwortet, sondern war seit 1978 programmatisch festgelegt.

Die Offensive gegen den türkischen Staat wurde bereits 1982 geplant, aber immer wieder verschoben. Zudem operierte Öcalan damals innerhalb des Nahen Ostens, wo die Allianzen und Animositäten zwischen den verschiedenen Staaten und kurdisch-nationalistischen Bewegungen (im Irak und im Iran) in stetem Fluss waren. Dieser instabile Kontext hatte auch auf die Bedingungen des Kampfes Auswirkungen. Die Allianz mit dem im Nordirak dominierenden Barzani-Clan, den er eigentlich als feudalistisch und reaktionär erachtete, war beispielsweise entscheidend, um Lager in den Bergen an der Grenze zur Türkei errichten und so den Guerillakrieg aufnehmen zu können. Während also alle anderen kurdischen und türkischen Gruppen versuchten, ihre Kräfte im Exil, in Syrien, vor allem aber in Europa zu bewahren, war die PKK die einzige, die einen regelrechten bewaffneten Kampf aufnahm. Die Legitimität, die sie sich im Laufe ihrer Offensiven verschaffte, ermöglichte es ihr, immer mehr Menschen zu rekrutieren, obwohl sie vor Ort große Verluste an Kämpfer:innen erlitt.

Ist die angekündigte Auflösung 40 Jahre später nicht ein Scheitern, sowohl auf militärischer als auch auf politischer Ebene?

Ich denke, dass die militärischen Ziele bereits seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr gültig waren. Während für Öcalan bei der Parteigründung und in den 1980er Jahren jedes Ziel unterhalb der Unabhängigkeit (verschiedene Formen der Autonomie, föderative Einheiten ...) als reaktionär galt, hatte der PKK-Führer bereits Anfang der

1990er Jahre, insbesondere nach dem Sturz der bürokratischen Diktaturen, begonnen, seine Konzeption zu revidieren. Er theoretisierte bekanntlich später eine Kritik des Nationalstaats.

Öcalan hatte bereits 1993 versucht, Verhandlungen aufzunehmen. Nach seiner Verhaftung 1999 begann er, einen völlig neuen Kurs zu vertreten, sehr zur Überraschung der PKK-Führer und Aktivist:innen, die sich darauf vorbereiteten, den Krieg und die Selbstmordattentate zu intensivieren. Dieser Kurs zielte darauf ab, den bewaffneten Kampf zugunsten eines dauerhaften Waffenstillstands zu beenden, um den Weg für eine politische Lösung zu ebnen. Damit gab er unbestreitbar das strategische Ziel eines unabhängigen Kurdistans auf. Es folgten zwei weitere Verhandlungsprozesse in den Jahren 2007–2009 und 2013–2015, die leider scheiterten. Die Schaffung der autonomen Zone Rojava in Nordostsyrien muss jedoch auch in diesem militärischen und politischen Rahmen gesehen werden. Die Existenz einer mit der PKK verbundenen Verwaltungsstruktur an der Grenze zur Türkei ist eine wichtige Errungenschaft für die Organisation, gegen den türkischen Staat und gegenüber ihrem historischen Konkurrenten im Nordirak, dem Barzani-Clan und seiner Demokratischen Partei Kurdistans.

Was ist von den heutigen Verhandlungen zu halten?

Wir müssen bedenken, dass die kurdische Bewegung nicht nur eine bewaffnete Bewegung ist. Die PKK hat es geschafft, eine Massenbewegung von mehreren Millionen Menschen zu schaffen, mit verschiedenen zivilen Strukturen, die sich trotz der autoritären Funktionsweise der Organisation mitunter autonom entwickelt haben. Heute scheinen die zivil-demokratischen Basisstrukturen für den Kampf um die Sache des kurdischen Volkes viel wichtiger und effektiver zu sein als die bewaffneten Formationen. Trotz aller Kritikwürdigkeit dieser Bewegung – wie ihr Autoritarismus, ihr Führerfetischismus, die willkürlichen internen Massenexekutionen (insbesondere während der Wende von den 80er zu den 90er Jahren), die Dutzende wahllosen Attentate etc. – muss man anerkennen, dass sie im Laufe der Zeit sehr stark zur Konsolidierung eines Nationalbewusstseins des kurdischen Volkes beigetragen und es vorwiegend links verankert hat, mit feministischen, egalitären Werten und der Brüderlichkeit unter den Völkern. Aus historischer Sicht ist dies ein wichtiger Pluspunkt.

Auf der Verhandlungsebene begann alles mit dem unerwarteten Aufruf des rechtsextremen Parteiführers

und wichtigsten Verbündeten Erdoğan's, Devlet Bahçeli, am 22. Oktober 2024, Abdullah Öcalan solle im Parlament auftreten, um das Ende des bewaffneten Kampfes und die Auflösung der PKK zu erklären. Nach einer Zeit höchst undurchsichtiger Verhandlungen zwischen dem türkischen Staat und Öcalan unter Beteiligung einer Delegation der DEM-Partei (linksreformistische Partei, die aus der kurdischen Bewegung hervorgegangen ist) und der PKK-Führung gab der Gründer der Organisation aus seinem Gefängnis auf der Insel İmralı im Marmara-Meer am 27. Februar 2025 in einem Brief bekannt, dass sich die PKK auflösen solle.

Wir wissen nicht, welche Debatten innerhalb der Organisation geführt wurden. Es hatte bereits in früheren Verhandlungen Spannungen zwischen Apo und dem Präsidialrat der Organisation gegeben. Es ist also schwer vorstellbar, dass die PKK-Führung angesichts eines so abrupt erklärten Prozesses eine schnelle Einigung erzielt hat. Die Führung der Organisation betont nachdrücklich, dass der gesamte Verhandlungsprozess von Öcalan geleitet werden soll, was so verstanden werden kann, dass man keine direkte Verantwortung übernehmen wolle.

Die Entwaffnung der PKK ist zwar eine wichtige Grundlage für eine Entmilitarisierung der kurdischen Frage, auch wenn das Erdoğan-Regime zweifellos versuchen wird, diesen Prozess entlang seiner Interessen zu steuern und insbesondere das Bündnis zwischen der kurdischen Bewegung und der bürgerlich-demokratischen Opposition unter Führung der vom Regime kriminalisierten CHP zu zerschlagen. Dennoch wissen wir immer noch nicht, welche demokratischen Rechte die Kurden nach der Auflösung der PKK genießen werden. Wahrscheinlich wird sich ein Parlamentsausschuss bilden, der die kommenden Maßnahmen festlegt. Diese sollten in einem ersten Schritt die Freilassung politischer Gefangener (mit Verbindungen zur kurdischen Bewegung), die Aufhebung der Bevormundung (Kayyum) der kurdischen Gemeinden und die Rückkehr der Bürgermeister in ihre Ämter, die Wiedereinstellung der „Akademiker für den Frieden“ an ihre Arbeitsplätze und die Möglichkeit für Öcalan, seine Bewegung frei zu führen, mit der Außenwelt zu kommunizieren, Besuche zu empfangen etc. umfassen.

Der kurdischen Bewegung zufolge sollten weitere, eher strukturelle Reformen folgen, die den Status ihrer nationalen Identität und Kultur innerhalb der türkischen Gesellschaft betreffen, was eine neue Verfassung voraussetzen würde. Erdoğan plant gerade, die Verfassung zu ändern, um bei den nächsten Wahlen erneut antreten zu können.

Wird es eine Verfassung sein, die den Kurden Rechte garantiert und gleichzeitig den autokratischen Charakter des Regimes festigt? Diese Frage birgt Kontroversen, aber noch sind wir nicht soweit.

Ein weiteres Problem ist die Reihenfolge, in der die einzelnen Schritte erfolgen werden. Wird der Staat mit der Umsetzung der demokratischen Reformen warten, bis die Waffen vollständig niedergelegt sind, oder werden sich die beiden Prozesse überschneiden? Es scheint, dass Erdoğan sich für die erste Möglichkeit entscheidet – die für die PKK kaum akzeptabel ist –, während Bahçeli in diesem Punkt realistischer zu sein scheint.

Welche politische Entwicklung erlebt die Türkei seit der Bewegung gegen die Inhaftierung des Bürgermeisters von Istanbul, İmamoğlu?

Nach dem 19. März kam es zu einer sozialen Mobilisierung, wie wir sie seit langem nicht mehr erlebt haben. Millionen von Bürger:innen gingen auf die Straße, um die gewählten Bürgermeister, das Wahlrecht, die Demokratie und die Freiheit zu verteidigen. Obwohl die Bewegung äußerst heterogen war, konnte man vor allem bei der studentischen Jugend und den Schüler:innen eine deutliche Radikalisierung beobachten.

Wie so oft nach spontanen Explosionen verebbte die Bewegung nach einer gewissen Zeit. Eine gewisse Dynamik blieb jedoch dank der Boykottkampagnen gegen bestimmte kapitalistische Konzerne, die die AKP unterstützt hatten, eine Zeit lang erhalten. Da es jedoch keine beständigen Ausgangspunkte für soziale Kämpfe, Plattformen und Koordinationen gibt, die den Widerstand aufrecht erhalten könnten – abgesehen von den punktuellen Aufrufen der CHP zu Kundgebungen – muss man zugeben, dass die Bewegung heute auf der Straße an Elan verloren hat, auch wenn die Empörung nach wie vor vorhanden ist.

Doch das Regime setzt seine Repressionen gegen die CHP mit mehreren aufeinanderfolgenden Verhaftungswellen in verschiedenen Gemeinden Istanbul's fort. Elf Bürgermeister befinden sich derzeit in Haft und warten auf ein Gerichtsverfahren. Eine letzte „Anti-Korruptions“-Welle wurde gegen den ehemaligen CHP-Bürgermeister von İzmir und seine Mitarbeiter gestartet (insgesamt sind 160 Personen in Polizeigewahrsam). Heute ist der hundertste Tag der Verhaftung von İmamoğlu und die Anklageschrift ist immer noch nicht fertig. Dies zeigt deutlich, wie vollkommen willkürlich das Regime Erdoğan's agiert. Darüber hinaus gibt es auch einen juristischen Versuch, die CHP zu spalten. Es wurde ein Verfahren wegen angebli-

cher Unregelmäßigkeiten auf dem CHP-Kongress 2023 eröffnet, einem Kongress, auf dem Özgür Özel, der neue Parteivorsitzende, gewählt wurde – ein Führer, der seit der Verhaftung İmamoğlu eine für die CHP ungewöhnlich harte Oppositionspolitik betreibt.

Kemal Kılıçdaroğlu, der ehemalige Parteivorsitzende (und ehemalige Präsidentschaftskandidat, der 2023 gegen Erdoğan verlor), deutet jedoch in einer Art Racheakt an, dass er die Führung der Partei wieder übernehmen könnte, falls der Parteitag abgesagt werden sollte. Er behauptet auch, dass er die Mobilisierung nach dem 19. März für unnötig halte und dass dies eine Frage zwischen İmamoğlu und der Justiz sei. So besteht eine offensichtliche und öffentliche Spannung zwischen dem Team von Kılıçdaroğlu und dem von Özel und İmamoğlu. Inzwischen wurde der Prozess auf September vertagt.

Wie ist der derzeitige Zustand der Arbeiterbewegung?

Die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterbewegung haben in dieser Protestbewegung praktisch keine Rolle gespielt. Die Arbeiterklasse fühlt sich von der Bewegung nicht repräsentiert. Ein erheblicher Teil ist immer noch empfänglich für Erdoğan's Propaganda, obwohl sich die Kaufkraft seit mehreren Jahren dramatisch verschlechtert hat. Und bislang wurden nur sehr wenige Anstrengungen unternommen (insbesondere seitens der radikalen, anti-kapitalistischen, revolutionären Linken), um deutlich zu machen, dass die demokratische und die soziale Frage eng miteinander verbunden sind.

Die demokratischen Bestrebungen müssen mit der Klassenfrage verbunden werden. Der „proletarische Schock“ [zugunsten einer revolutionären Bewusstseinsbildung, AdÜ], von dem Ernst Bloch sprach, ist immer noch der große Abwesende im Kampf gegen das Regime. Dies ist die wichtigste, historisch entscheidendste und schwierigste strategische Aufgabe, vor der die revolutionäre Linke steht. Es geht darum, die kulturell-religiöse Spaltung, deren Aufrechterhaltung und Vertiefung die Hauptwaffe der AKP ist, zu durchbrechen und an ihre Stelle eine Klassenpolarisierung zu setzen.

Aber um auf die Schwäche der Gewerkschaften in der Bewegung zurückzukommen, dafür gibt es mehrere Gründe. Zunächst einmal ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Türkei mit nur etwa 15 % niedrig. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dieser Prozentsatz nur die „gemeldeten“ Arbeiter:innen umfasst, also nicht diejenigen, die schwarz arbeiten. Der tatsächliche gewerk-

schaftliche Organisationsgrad ist also noch niedriger.

Darüber hinaus sind die größten Gewerkschaftsverbände rechtskonservativ und nationalistisch. Einige von ihnen befinden sich voll und ganz im Fahrwasser der AKP. Von ihnen ist also kein Streik zu erwarten, vor allem nicht in der aktuellen politischen Situation. DİSK und KESK sind die am weitesten links stehenden Gewerkschaftsverbände. Aber hier wie auch anderswo sind die Verbindungen zwischen den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern nicht immer sehr eng, und es gibt ernsthafte Zweifel daran, dass sich die Arbeiter:innen massenhaft an diesen Streiks beteiligen würden. Zumal dies mit einem ernsthaften Risiko einhergehen könnte, den Arbeitsplatz zu verlieren, da Gesetze und sogar die Verfassung in diesem Land keine Bedeutung mehr haben. Seit mehreren Jahren wird jeder Streik verboten („aufgeschoben“), da er die nationale Sicherheit gefährden würde.

Dennoch gab es im Juni 2025 einen Streik von 23 000 Beschäftigten der Stadtverwaltung von Izmir mit der völlig berechtigten zentralen Forderung nach Lohnerhöhungen und gleichem Lohn wie die Kollegen, die die gleiche Arbeit machen. Der Streik wurde von der mit dem DİSK verbundenen Gewerkschaft Genel-İş angeführt, die vor allem in den CHP-Rathausverwaltungen organisiert ist und sich mit diesen extrem gut versteht. Der Streik dauerte nur eine knappe Woche und die Beschäftigten erreichten dabei bedeutende Zugeständnisse⁴. Aber die Basis der CHP und die besser gestellten Angestellten reagierten sehr negativ auf diesen Streik: „Ihr spielt der AKP in die Hände, indem ihr unsere Rathäuser schwächt“, „Warum fordern die Müllmänner das gleiche Gehalt wie die Ärzte?“. Diese Reaktion hat uns einmal mehr gezeigt, wie sehr Solidarität und Klassenbewusstsein immer wieder neu aufgebaut werden müssen, selbst (und vielleicht vor allem) in Zeiten der Mobilisierung gegen ein diktatorisches Regime.

Wie ist die Stimmung in der Bevölkerung angesichts der von Israel geführten Kriege?

Der Antizionismus wird ganz offensichtlich von der Bevölkerung fast einhellig geteilt. Es gibt jedoch einige Probleme beim Aufbau einer einheitlichen Bewegung zur Unterstützung Palästinas und gegen die israelische Offensive gegenüber dem Iran. Das islamistische und nationalistische Regime von Erdoğan nimmt natürlich eine antiisraelische Haltung ein und veranstaltet große Solidaritätskundgebungen mit Palästina. Aber der Handel mit Israel und die finanziellen und militärischen Beziehungen zu Tel Aviv gehen nachweislich weiter! Vor kurzem kündigte

Selçuk Bayraktar, Erdoğan's Schwiegersohn und Hersteller der berühmten türkischen Drohnen, die Gründung eines Joint Ventures mit Leonardo an, einem italienischen Unternehmen, das wegen seiner Waffenverkäufe an Israel kritisiert wird und gegen das in mehreren Städten der Welt demonstriert wird. Zudem ist das Radarsystem von Kürecik auf dem NATO-Militärstützpunkt in der Provinz Malatya direkt in das israelische Verteidigungsnetz integriert. Erdoğan's Antizionismus ist also mehr Rhetorik als konkretes Handeln.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass die kurdische Bewegung nur sehr selten zur palästinensischen Frage mobilisiert. Die Beziehungen zwischen der kurdischen Bewegung und dem palästinensischen Widerstand – sei es zwischen Öcalan und Arafat, der PKK und der PLO oder der Hamas – sind seit den 1990er Jahren von Spannungen und Meinungsverschiedenheiten geprägt. In jüngerer Zeit hatte Cemil Bayık, einer der PKK-Führer, die Methoden der Hamas bei der Operation Flood of al-Aqsa am 7.10.2023 kritisiert und erklärt, dass das palästinensische und das jüdische Volk Wege finden müssten, um in Eintracht zu leben. Ein eher konjunktureller Grund liegt jedoch zweifellos in der Unterstützung Washingtons und Tel Avivs für die YPG (die Teil der SDF ist), die als Verbündeter in Syrien wahrgenommen wird. Öcalan hatte diese Situation übrigens scharf kritisiert. Bei seinem Treffen mit der DEM-Delegation am 21. April 2025 hatte er in Bezug auf die SDF behauptet, dass „Israel seine eigene Haschd al-Schaabi“ (pro-iranische Milizen, die im Irak operieren) gebildet habe.

Kann es trotz der Manöver Erdoğan's wieder zu einer Annäherung zwischen der kurdischen Bewegung und der Opposition kommen?

Diese Annäherung zwischen der kurdischen Bewegung und der säkularen bürgerlichen Opposition hat notabene vor allem für die Wahlen funktioniert. Diese beiden Oppositionskräfte brauchten einander, um gegen die Vertreter des Regimes zu gewinnen, sowohl auf kommunaler Ebene als auch bei den Präsidentschaftswahlen. Letztendlich reichte dies nicht aus, um Erdoğan im Jahr 2023 zu stürzen. Es ist sehr schwer, vorherzusagen, wie sich die Kräfteverhältnisse und die Positionen der einzelnen Akteure bis zu den nächsten Wahlen, die für 2028 angesetzt sind, aber höchstwahrscheinlich schon früher stattfinden werden, entwickeln werden. Wird der Friedensprozess bei all der Instabilität und der laufenden und drohenden Kriege im Nahen Osten fortbestehen? Wie wird die CHP aus diesem immensen

Kriminalisierungsversuch hervorgehen? Wird Ekrem İmamoğlu frei und vor allem wählbar sein, um die Opposition gegen Erdoğan zusammenschweißen zu können?

Das Wichtigste aber ist, Strukturen aufzubauen, die in der Lage sind, die Kontinuität der Kämpfe gegen das Regime in verschiedenen Bereichen zu gewährleisten. Ganz gleich ob es um den Kampf gegen die Öffnung der Olivenanbaugebiete für den Bergbau geht, die Frauenbewegung, die Wohnungskrise – die zu einem großen Problem geworden ist –, die LGBTI-Bewegung oder die Mobilisierung der Eltern gegen die Kommerzialisierung und Islamisierung des Bildungswesens – das grundlegende Ziel für die revolutionäre Linke muss darin bestehen, in all diesen Bereichen Strukturen, Koordinationen und Komitees zu aufzubauen, um auf die nächsten sozialen und/oder demokratischen Massenmobilisierungen vorbereitet zu sein und zu verhindern, dass diese Dynamik innerhalb weniger Wochen verpufft.

Aus: *inprecor* vom Juli 2025

Übersetzung: MiWe

1 Der Militärputsch vom 12. März 1971 erfolgte in Form eines Memorandums „nach türkischer Art“, bei dem die Armee zwar nicht direkt die Macht übernahm, aber unter dem Vorwand, die Ordnung wiederherzustellen, eine autoritäre Regierung durchsetzte. Diese Intervention zielte darauf ab, die aufstrebende Arbeiter- und Studentenbewegung zu zerschlagen, und unterzog die revolutionäre Linke einer brutalen Repression. Mit dem Amtsantritt von Bülent Ecevit im Jahr 1973 wurde jedoch eine Amnestie verkündet, die zur Freilassung zahlreicher linker Aktivist:innen führte, die nach dem Putsch inhaftiert worden waren.

2 Unsere Strömung bezeichnet als Etappentheorie, dass die Revolution in abhängigen oder feudalen Ländern in zwei Schritten erfolgen soll: zuerst als nationale oder bürgerliche Revolution, die einen demokratischen und vom Imperialismus unabhängigen Kapitalismus bilden würde, und in einem zweiten Schritt als soziale Revolution. Dieser Auffassung stellen wir die Theorie der permanenten Revolution gegenüber, die besagt, dass die beiden Etappen miteinander vermischt werden müssen, um zum Erfolg zu führen.

3 Am 12. September 80 übernahm das Militär unter Verweis auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten nationalistischen politischen Gruppen die Macht. Dieser Staatsstreich zerstörte die Errungenschaften der Arbeiter- und Volkskämpfe, errichtete eine blutige Militärdiktatur und legte den Grundstein für den autoritären Neoliberalismus in der Türkei.

4 Eine rückwirkende Erhöhung um 30% für die ersten 6 Monate des Jahres und eine Erhöhung um 19% ab Juli. Die Inflationsrate liegt in der Türkei offiziell bei über 35%.

ERNEST MANDEL – MARXIST UND VISIONÄR*

Der Tod von Ernest Mandel vor dreißig Jahren, am 20. Juli 1995, ereignete sich zu einem Zeitpunkt, an dem auf weltweiter Ebene – mit erheblichem Aufwand und einigem Erfolg – versucht wurde, marxistische Theorie zu entsorgen und revolutionäres Engagement als billigen Romantizismus abzutun, den man höchstens jungen Menschen durchgehen lassen sollte.

■ Winfried Wolf

Der am 5. April 1923 in Frankfurt am Main als Sohn eines jüdischen Marxisten flämischer Sprache geborene Ernest Mandel war zum Zeitpunkt seines Todes kein Jugendlicher. Doch sein Enthusiasmus für den Sozialismus erinnerte immer an den eines reifen Jugendlichen und an den eines jüdischen Propheten. Er ähnelte hier im übrigen Jürgen Kuczynski, mit dem er in den letzten Jahren seines Lebens befreundet war. Ernest Mandel hinterließ mehr als fünfzig Bücher zur Analyse des modernen Kapitalismus, darunter grundsätzliche Werke wie die *Marxistische Wirtschaftstheorie* (1962), *Der Spätkapitalismus* (1972) und *Die Langen Wellen im Kapitalismus* (1980), die in zwei Dutzend Sprachen übersetzt wurden.¹

Winfried Roth bezeichnete ihn in einer im Juli 2005 ausgestrahlten Sendung von Deutschlandfunk Kultur als „einen der einflussreichsten Vertreter der so genannten Neuen Linken in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“.² Die SED wiederum hielt Ernest Mandel für so gefährlich, dass sie ihm 1980 ein Buch mit dem Titel *Der wahre Marxismus des Ernest Mandel* widmete. 1990 stellte Ernest Mandel auf einer Veranstaltung, auf der er zusammen mit Jürgen Kuczynski sprach, fest: „Ich gehöre wohl zu den wenigen in Europa, die gleichzeitig in der BRD und in der DDR Einreiseverbot hatten.“³ Das war noch untertrieben: Mandel war die Einreise zeitweilig in rund einem Dutzend Ländern untersagt, so auch in Frankreich, in der Schweiz und in den USA. Der damalige Bundesmi-

nister des Inneren, Hans-Dietrich Genscher, argumentierte am 1. März 1972 im Bundestag, dass „mit der Einreise des belgischen Staatsangehörigen Ernest Mandel ... eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung entstehen“ könnte. Im Übrigen habe Mandel „zum Kreis der Hintermänner der Pariser Mai-Unruhen des Jahres 1968 gehört.“ Auf die Frage des Abgeordneten Zander (SPD) „Kann ich Ihrer Antwort entnehmen, daß das ... eine zeitlich befristete Maßnahme ist?“, antwortete Genscher: „Es liegt an Herrn Mandel, die im Zusammenhang mit ihm entstandenen Befürchtungen dadurch auszuräumen, dass er von seinen revolutionären Zielen abrückt.“ Dieser Aufforderung des famosen freien Demokraten leistete Mandel offensichtlich nicht Folge; das Einreiseverbot wurde sechs Jahre lang, bis 1978, aufrechterhalten.⁴

Mandels Analysen und Schriften beeinflussten Hunderttausende Menschen – allein die deutsche Ausgabe seiner *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie* erlebte eine Gesamtauflage von mehr als 100 000 Exemplaren.⁵ Viele seiner Arbeiten sind erfrischend aktuell, so seine Analysen des späten Kapitalismus und dessen Krisenerscheinungen, die sich heute wie Beiträge zu einer frühen Globalisierungsdebatte lesen. Anlässlich seines Todes gab sich die real existierende marxistische und liberale Prominenz die Ehre und publizierte Nachrufe – Elmar Altvater in der *Süddeutschen Zeitung* („Warten auf

die Weltrevolution“, 22.7.1995), Robert Kurz in der *jungen Welt* („Der letzte Klassenkämpfer“, 22.7.1995), Joachim Bischoff im *Neuen Deutschland* („Symbolgestalt der 68er Bewegung“, 24.7.1995), Rudolf Hickel in der *taz* („Gegen das Chamäleon Kapitalismus“, 22.7.1995) und Karl Grobe in der *Frankfurter Rundschau* („Scharfsinnige Analysen“, 22.7.1995).

Am zehnten Todestag von Ernest Mandel war weitgehend Schweigen angesagt. Die Bücher von Mandel – auch die genannten Standardwerke – sind kaum mehr verfügbar. Die Herausgabe von Gesammelten Werken von Ernest Mandel, die der Neue ISP-Verlag ab Herbst 2005 beginnt, ist ebenso erfreulich wie kühn.

Für mich, der ich 20 Jahre lang mit Ernest Mandel in persönlicher Freundschaft verbunden war und gemeinsam mit ihm drei Bücher veröffentlichte⁶, gab es in der Person Mandel eine dreifache Einheit: Erstens leistete Mandel einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung des Marxismus. Anders als viele eher abgehobene Marxisten war – zweitens – sein Engagement immer mit der Tagespolitik verknüpft. Drittens verfügte Ernest Mandel über eine außerordentliche Überzeugungskraft, die vor allem junge Menschen begeisterte und die sich aus dem persönlichen Beispiel speiste.

Aktueller Marxismus – Aktualität von Mandel
Ernest Mandels Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie haben jenen Charakter, der das Werk von Karl Marx auszeichnet. Er selbst beschrieb diese Methode in der *Marxistischen Wirtschaftstheorie* folgendermaßen: „Wir stützen uns ... auf die namhaftesten Wirtschaftstheoretiker, Ethnologen, Anthropologen, Soziologen und Psychologen unseres Zeitalters, soweit sie Erscheinungen der wirtschaftlichen Aktivität menschlicher Gesellschaften in der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft beurteilen. Was wir zu zeigen versuchen, ist, dass man aus den empirischen Daten der heutigen Wissenschaft das gesamte ökonomische System von Karl Marx rekonstruieren kann ... Die große Überlegenheit der Marxschen Methode im Vergleich mit anderen ökonomischen Schulen beruht in der Tat in jener dynamischen Verbindung von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie.“⁷

Es ist wichtig, den Heißhunger des Kapitals nach Mehrwert mit nackten Zahlen zu belegen. Beeindruckend plastisch wird die Darstellung dann, wenn sie mit historischen Beispielen verbunden und zugleich der Zynismus der Herrschenden dargestellt wird: „Als die Löhne (Ende des 18. Jahrhunderts, W. W.) so tief gefallen sind, dass jeder Feiertag ein Hungertag bedeutet, zeigt sich Napoléon

großherziger als sein Minister Portalis, als er dessen Vorschlag, die Sonntagsarbeit zu verbieten, zurückweist. „Da das Volk jeden Tag ißt, muß ihm auch erlaubt sein, jeden Tag zu arbeiten.““⁸

Die „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“ in Westeuropa, die die Voraussetzung für die industrielle Revolution war und, wie Marx es beschrieb, die „Morgeneröte der kapitalistischen Produktionsära“ darstellt, hängt eng mit der „Entdeckung der Gold- und Silberländer, der Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der einheimischen Bevölkerung in die Bergwerke, ... der Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute“ zusammen.⁹ Ernest Mandel lieferte in einem seiner spannendsten Aufsätze darüber hinaus den Nachweis, dass das aus Nord- und Südamerika im Zeitraum 1503 bis 1660 geraubte Gold und Silber, die aus Indonesien von 1650 bis 1780 herausgeholte Beute, die Gewinne aus dem Sklavenhandel im 18. Jahrhundert, die Gewinne aus der Sklavenarbeit in Britisch Westindien und die Plünderung Indiens im Zeitraum 1750 bis 1800 sich „auf eine Summe von mehr als einer Milliarde Goldpfund addiert, das heißt mehr als den Wert des gesamten Anlagekapitals in allen europäischen Industrieunternehmen um das Jahr 1800.“¹⁰ Das Startkapital für den ersten Einsatz im Großen Spiel des Kapitalismus – Ergebnis eines Raubes bei denjenigen Völkern, die eben deshalb auch 200 Jahre danach überwiegend in Elend leben.

Es fällt schwer zu entscheiden, was der wichtigste Beitrag Mandels für die Weiterentwicklung der marxistischen ökonomischen Theorie ist. Topaktuell bleibt z. B. seine Analyse der Weltwährung Dollar – und des für ihn 1968 absehbaren „Sturzes des Dollars“ mit der Möglichkeit der Herausbildung „einer Reservewährung eines vereinigten Europas“.¹¹ Seine Analyse zur „Konkurrenz Europa – Amerika“ ist auch in der aktuellen Debatte zur Zukunft der EU von Bedeutung. Mandel betonte, dass die EWG sich nur zu einem neuen Staat und damit erst zur Herausforderung für die USA entwickeln könnte, wenn es zu einer „wachsenden internationalen Kapitalverflechtung innerhalb der EWG“, die letzten Endes die national geprägten Konzerne ersetzen würde, kommt.¹²

Spannend zur Begründung des nur theoretischen zeitweiligen Funktionierens und der grundsätzlichen Krisenanfälligkeit jeglicher kapitalistischer Produktion sind Mandels Analysen zur einfachen und erweiterten Reproduktion. Er fügte zu den zwei „Produktionsabteilungen“, die Karl Marx vorsah (die Konsumgüter und die Produktionsgüter herstellende Abteilung), eine dritte Pro-

duktionsabteilung, die Rüstungsproduktion, hinzu. Dieses ausführlich in *Der Spätkapitalismus* entwickelte Thema ist für die aktuelle Debatte zur US-Hochrüstung interessant. Mandel betont dabei einerseits, dass „der Ausdehnung der permanenten Rüstungswirtschaft innere, objektive gesellschaftliche Grenzen gesetzt“ sind. Gleichzeitig unterstreicht er – wie bereits Rosa Luxemburg – die spezifischen Vorteile der Kapitalanlage in der Rüstungswirtschaft im „Spätkapitalismus“ und die Eigendynamik, die ein „militärisch-industrieller Komplex“ entwickeln kann.¹³

Ernest Mandel war als Ökonom auch Pädagoge. Er hielt Hunderte Seminare zum Thema „Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie“. Ein schmales Bändchen mit 76 Seiten Umfang resultierte daraus; es dürfte weltweit mehr als 500 000 mal gedruckt worden sein.¹⁴ Einen ähnlichen Charakter hat Mandels *Einführung in den Marxismus*, die auch in dem kleinen, engagierten ISP-Verlag eine Gesamtauflage von bisher 19 000 Exemplaren erreichte.¹⁵

Engagement in der Tagespolitik

Viele Beiträge zu Ernest Mandel, die seine außerhalb der politischen Ökonomie liegenden Engagements nicht ausblendeten, streifen kurz die „trozkistische IV. Internationale“, um sich dann anscheinend Interessanterem – zum Beispiel seinem Buch *Ein schöner Mord*, Die Sozialgeschichte des Kriminalromans – zuzuwenden.¹⁶ Ohne Zweifel widmete Ernest Mandel einen großen Teil seiner Arbeitszeit dem Aufbau einer revolutionären Organisation – wie dies vor ihm Karl Marx, Friedrich Engels, W. I. Lenin und Leo Trotzki taten. Und zweifellos hatte die von Mandel maßgeblich bestimmte IV. Internationale (mit dem „Vereinigten Sekretariat“) keine große gesellschaftliche Relevanz. Ernest Mandel nahm die Organisationsarbeit so ernst, dass die Erstellung und Veröffentlichung seines ersten, grundlegenden Werkes, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, um viele Jahre hinausgezögert wurde.¹⁷

Doch Mandel war kein Sektierer. Und sein praktisches tagespolitisches Engagement beschränkte sich eben nicht auf kleinteilige Organisationsarbeit. Bei fast allen bedeutenden gesellschaftlichen Ereignissen in seiner politisch aktiven Zeit – beispielsweise im Generalstreik der wallonischen Arbeiterinnen und Arbeiter 1960/61 – war Mandel beteiligt.

Beispiel Kuba: In den Jahren 1963 bis 1965 gab es auf Kuba eine Debatte über die sozialistische Organisation der Ökonomie. Den Ausgangspunkt stellten die Positionen von Ernesto Che Guevara und dem maoistisch geprägten Ökonom Charles Bettelheim dar. Letzterer behauptete, in Kuba habe „das Wertgesetz weiter Gültigkeit“; es existiere „ein

sozialistischer Markt, der berücksichtigt werden“ müsse. Guevara dagegen verteidigte das Primat einer gesellschaftlichen Planung. Ernest Mandel griff 1964 in die Debatte ein; seine Beiträge wurden in den kubanischen Blättern wiedergegeben. Er ergriff Partei für die Position von Guevara und argumentierte, dass die Gültigkeit des Wertgesetzes zwar „nicht bestritten“ werden könnte, es jedoch darum ginge, einen „zähen und langfristigen Kampf zwischen dem Prinzip des bewussten Plans und dem blinden Spiel des Wertgesetzes“ zu führen.¹⁸ Che argumentierte gemeinsam mit Mandel: „Der ökonomische Sozialismus ohne kommunistische Moral interessiert mich nicht. Wir kämpfen gegen das Elend, aber gleichzeitig kämpfen wir gegen die Entäußerung. Eines der wichtigsten Ziele des Marxismus ist es, das ... Gewinnstreben als psychologische Motivation aus der Welt zu schaffen ... Der Marxismus wird, wenn er sich nicht um das Bewusstsein kümmert, zu einer bloßen Methode der Verteilung werden, er wird sich dann aber nie zu einer revolutionären Moral entwickeln.“¹⁹

Beispiel erste westdeutsche Krise: 1966/67 kam es in der BRD zu einer ersten Rezession. Obgleich der sprunghafte Anstieg der offiziellen Arbeitslosenzahl auf 750 000 beim heutigen Rückblick lächerlich erscheint, stellte diese Krise einen tiefen Einschnitt in der BRD-Geschichte dar. Die deutsche Studentenrevolte 1967–1969 und die „wilden Streiks“ 1969 und 1973 wurden durch sie beeinflusst. Auf der politischen Ebene waren die Antworten eine Große Koalition (1966–1969) bzw. die sozialliberalen Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt (1969–1982). Wenige Monate nach dieser Rezession erschien ein Büchlein von Mandel zu diesem Thema. Es erlebte binnen weniger Monate acht Auflagen und hatte den Charakter einer Art angewandter marxistischer Wirtschaftstheorie. Ernest Mandel skizzierte am Ende dieser 60-Seiten-Schrift, wie eine sozialistische Alternative zum aktuellen Kapitalismus aussehen müsste und endete dann mit den Sätzen: „Ist das eine Utopie? Es ist genauso utopisch wie die Proklamierung der Gleichheit der Menschen ... vor den Adligen des 15. oder 16. Jahrhunderts. Die materiellen Vorbedingungen zur Verwirklichung dieser freien sozialistischen Gesellschaft bestehen im Westen bereits heute. Die Alternative ist deutlich: Entweder erscheint der Gevatter Trend ... mit wachsender Erwerbslosigkeit, wachsender Ungleichheit, wachsender Unfreiheit und immer autoritärer ausgerichtetem Staat, oder wir erreichen die sozialistische Umgestaltung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse.“²⁰ Da es nicht zur Umgestaltung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse kam, marschierte seither der „Gevatter Trend“. Und dies in

einem Maß – mit im Frühjahr 2005 mehr als fünf Millionen offiziell registrierten Erwerbslosen – wie dies Ende der sechziger Jahre kaum vorstellbar war.

Beispiel BRD 1968: Der Internationale Vietnam-Kongress, der im Februar 1968 in Westberlin stattfand, stellte den Höhepunkt der westdeutschen Studentenrevolte dar. Liest man heute die dort gehaltenen Referate und Debattenbeiträge – von Tariq Ali (London), Rudi Dutschke (Berlin), Erich Fried (London) oder Alain Krivine (Paris) – und vergleicht man diese mit dem Beitrag von Ernest Mandel, so springt bei letzterem sofort die enorme Spannkraft zwischen (politischer) Ökonomie und (ökonomisch abgeleiteter) Politik ins Auge. Mandel stellte am Beginn seiner Rede fest: „Die Aggression des amerikanischen Imperialismus und die konterrevolutionäre Rolle Washingtons sind kein geschichtlicher Zufall.“ Er sah darin nüchtern ein Resultat des „Prozesses der internationalen Konzentration und Zentralisation des Kapitals.“ Dieser Prozess führe „zu einer Polarisierung der Kräfte auf weltweiter Ebene, bei der der amerikanische Imperialismus notwendig die globalen Interessen der stärksten, konsequentesten und aggressivsten Strömungen des Kapitals zum Ausdruck“ bringe. Mandel argumentierte in den folgenden Abschnitten ökonomisch (neue Abhängigkeit der USA von den Rohstoffen Eisenerz und Rohöl, Überkapazitäten in den USA, die im Ausland Anlagefelder suchen), um dann strikt politisch zu schlussfolgern: „Das ist der rationale Sinn und das ist die Erklärung des Kriegs in Vietnam: die Warnung an alle Völker der Welt. Wenn sie es wagen sollten, für ihre Emanzipation zu kämpfen, werden sie dafür durch unzählige Ruinen und Tote bezahlen müssen – wie in Vietnam.“²¹

Mandel orientierte als einer der wenigen Redner auf dem Kongress auf den Feind in der eigenen Region: Notwendig sei „eine allgemeine, einheitliche Aktion gegen die Nato in Europa.“ Er verwies dabei auf den „Plan Prometheus“, einen Nato-Plan, der 1967 in Griechenland umgesetzt worden war und zu dem faschistischen Regime unter Patakos und Papadopoulos geführt hatte. In der Schlussklärung des Kongresses hieß es dann in Punkt 3: „Gegen Nato-Basen in westeuropäischen Ländern wird in Aktionen und Demonstrationen eine Kampagne ‚Zerschlagt die Nato‘ geführt. In allen Ländern wird der Austritt aus der Nato ... gefordert.“²²

Mensch und Visionär

Die letzten Sätze von Ernest Mandel auf dem Vietnam-Kongress sind beispielhaft für die Kombination von Analyse und Vision, auch für die Verbindung zwischen

der Stringenz einer „pessimistischen“ rationalen Analyse und dem Optimismus des revolutionären Engagements. Mandel bilanzierte wie folgt: „Ihr kennt alle die scharfen Worte von Karl Marx, dass das Kapital auf die Welt gekommen ist, beschmutzt und befleckt mit Blut und Dreck, und wenn ihr die Geschichte des Ursprungs des Kapitals kennt, wenn ihr wisst, wie eine gerade Linie geht von den Sklavenhaltern und den Sklaventransporten bis zu den Finanziers der ersten großen Textilfabriken in Frankreich und England, dann wisst ihr, dass diese Worte von Karl Marx keine Übertreibung und keine romantische Verunglimpfung, sondern den Ausdruck der historischen Wahrheit darstellen. Heute erleben wir, wie das Kapital auch untergeht in derselben Form, wie es entstanden ist, das heißt, beschmutzt von Blut und Dreck, indem es versucht, größte Gräueltaten in weltweitem Ausmaß gegen all diejenigen Völker zu begehen, die den Kampf gegen das Kapital aufgenommen haben. Aber diese Gräueltaten sind nutzlos, das Kapital ist zum Tode verurteilt. Unsere Pflicht ist es, nicht passive Beobachter dieses historischen Prozesses zu sein, sondern uns darin einzuschalten.“²³

Meine erste persönliche Begegnung mit Mandel hatte ich 1971 als 22-jähriger in der Garderobe des Otto-Suhr-Instituts in Westberlin. Nach einem Seminar mit Mandel zur „Übergangsgesellschaft“, an dem zweihundert Studierende teilgenommen hatten, wollten meine Freundin und ich, noch tief beeindruckt von Vortrag und Diskussion, unsere Mäntel in der Garderobe abholen. In dem ansonsten leeren Raum stand nur noch – Ernest Mandel. Wir waren einigermaßen verunsichert. Mandel ging auf uns zu, stellte sich vor und gab uns die Hand.

Am 23. September 1978 trafen sich in Oostende konspirativ Ernest Mandel und der zukünftige Multimillionenerbe eines Zigarettenimperiums, der damals mit der Vierten Internationale sympathisierte. Ein befreundeter Berliner Anwalt und ich waren mit von der Partie. Besprochen werden sollte, wie der jugendliche Erbe mit dem ihm bald anvertrauten Industriekonzern umgehen sollte und welche Ideen für erste zu finanzierende revolutionäre Projekte es geben würde.²⁴ Beim ersten Thema plädierte Mandel für den sofortigen Verkauf des Unternehmens. Er begründete dies damit, dass ein Linker an der Spitze eines solchen Konzerns seines Lebens nicht sicher sein könnte. Kurz darauf verfuhr der Erbe so. Bei den zu finanzierenden Projekten hatte ich die zugegebenermaßen kleinkrämerische Idee des Kaufs einer Druckerei für revolutionäre Pamphlete. Ernest Mandels Vorschlag lautete: Aufkauf einer internationalen Fluglinie. Bei dieser sollte dann

einerseits *business as usual* gelten, andererseits sollten die in Sachen Weltrevolution wichtigen Flugreisen „für unsere Genossen“ gratis sein. Der Vorschlag für ein frühes *miles & more*-Programm wurde – soweit ich weiß – nicht realisiert.

Diese Debatten über große „Investitionen“ in die revolutionäre Sache fanden in einer Zeit statt, in der sich Ernest Mandel in außerordentlich prekären finanziellen Verhältnissen befand. Ähnlich wie im Fall des Widerspruchs zwischen persönlichen Publikationswünschen und der Organisationsarbeit sah Mandel jedoch seine eigene materielle Reproduktion als sekundär und der „revolutionären Sache untergeordnet“ an.²⁵

Ernest Mandel sagte von sich selbst, er sehe viel durch „die rosarote Brille“. Sein Glaube an den Menschen und an dessen Fähigkeit zu sozialem Verhalten und zu emanzipativer Revolte bestimmte sein Engagement. Eine solche Einstellung dürfte charakteristisch sein für Revolutionäre. Es war ausgerechnet der „pragmatische“ W. I. Lenin, der postulierte: „Ein Revolutionär muß träumen können“. Doch Mandels „rosarote Brille“ trug auch zu „blinden Flecken“ und gravierenden Fehleinschätzungen bei.

Die von Trotzki übernommene Charakterisierung der Sowjetunion als „degenerierter Arbeiterstaat“ und die Bezeichnung anderer nichtkapitalistischer Gesellschaften wie China und DDR als „bürokratisierte Arbeiterstaaten“ oder als „Übergangsgesellschaften“ beinhaltet zwar formal, dass eine politische Revolution mit der Durchsetzung eines demokratischen Sozialismus ebenso möglich sei wie eine kapitalistische Restauration. Indem der grundlegende Charakter dieser Gesellschaften jedoch positiv besetzt war und als fortschrittlich charakterisiert wurde, und indem das Moment der jahrzehntelangen Erstarrung dieser Gesellschaften und der durch und durch konterrevolutionären Politik der jeweils herrschenden Nomenklatur unterbeleuchtet wurde, wurden politische Fehleinschätzungen begünstigt. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember 1979 wurde von Mandel kaum und von der IV. Internationale nicht kritisiert bzw. die Forderung nach einem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan wurde von beiden abgelehnt. Dies trug im Übrigen zum Austritt von Tariq Ali aus der IV. Internationale bei.²⁶

Die Einzigartigkeit der Vernichtung des jüdischen Volkes und die besondere Bedeutung des deutschen Nationalsozialismus hat Mandel lange Zeit nicht wahrgenommen. Sein 1986 in London erschienenes Buch *The Meaning of the Second World War* [dt.: *Der Zweite Weltkrieg*] erwähnt den Holocaust eher am Rande. Erst in der deutschen Fassung von 1991 gab es – auch auf mein Drängen hin – ein ergän-

zendes Kapitel zum „Historikerstreit“, in dem erstmals die Singularität von Auschwitz umfassend hervorgehoben wurde.²⁷

Die damit verbundene unterschiedliche Sichtweise verstärkte sich mit der „Wende“. Sie war überlagert von der bereits skizzierten Einschätzung, die Sowjetunion, DDR und China seien „deformierte“ oder „degenerierte Arbeiterstaaten“, in denen eine „politische Revolution“ zur Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft auf der Tagesordnung stünde. Mandel sah in den Ereignissen 1989 bis 1991 in der UdSSR, DDR und Mittel- und Osteuropa fast ausschließlich die Chance zur Durchsetzung eines authentischen Sozialismus. Die Gefahren, die mit einer „deutschen Einheit“ verbunden waren, ignorierte er weitgehend. Die Parole „Nie wieder Deutschland“, der ich mich 1990 verbunden fühlte und mit der im Juni 1990 für eine Demonstration von 20 000 Menschen geworben und vor einem erstarkenden, imperialistischen Deutschland gewarnt wurde, lehnte Mandel strikt ab. Noch 1993 schrieb er mit Blick auf die Debatte zur „deutschen Einheit“: „Hinter unserer Differenz steckt ein interessantes Problem: der Unterschied zwischen Nationalismus (den wir als reaktionär bekämpfen) und Nationalgefühl, Identifizierung mit der Nation, das fortschrittlich ist.“²⁸

In Mandels Buch über Gorbatschow heißt es kategorisch: „Man sollte die Hypothese der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ausklammern. Wer annimmt, dass der liberale Flügel der Bürokratie aus einer Restauration des Kapitalismus Nutzen ziehen könnte, verkennt ... die weitreichenden Privilegien der sowjetischen Bürokratie, die bei einer solchen Entwicklung viel mehr verlieren als gewinnen würde.“²⁹

Inzwischen kann nicht bestritten werden, dass die führende Kraft bei der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion bzw. in Russland, in den mittel- und osteuropäischen Staaten, in China und in Vietnam jeweils aus dem Zentrum der vormals Kommunistischen Parteien kommt. Die Privilegien, die diese Schicht in den nichtkapitalistischen Gesellschaften genossen, konnten nicht nur in die kapitalistische Ära hinübergerettet werden. Vielfach haben die Ex-KP-Bürokraten und heutigen „Oligarchen“ größere Privilegien als vor der Wende. Die DDR bzw. die neuen Bundesländer in der BRD stellen nur insofern einen Sonderfall dar, als es hier der ehemaligen SED-Elite zunächst verwehrt wurde, diesen Transformationsprozess mit ähnlich hohem persönlichem Einsatz mitzugestalten und an ihm teilzuhaben. Auf diese Weise kam es zu einem „Sonderweg“, der jedoch bisher zumindest auf Ebene der

Bundesländer Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ähnliche Ergebnisse zeitigt wie wir diese aus Russland, Mittel- und Osteuropa und China kennen.

Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher begründete 1972 das Einreiseverbot für Mandel – das wie bereits erwähnt sechs Jahre aufrechterhalten wurde – so: „Die Entscheidung über die Zurückweisung (Mandels beim Zwischenstopp auf dem Flughafen Frankfurt/M. und dann das Einreiseverbot, W. W.) galt nicht dem marxistischen Wissenschaftler Mandel. Sie galt vielmehr dem Revolutionär Mandel.“³⁰

Heute sind die Erkenntnisse des marxistischen Wissenschaftlers Mandel von größerer Bedeutung als die eine und andere Position des Revolutionärs Mandel. So trug Mandel zur Weiterentwicklung der „Theorie der langen Wellen“ der Konjunktur bei. Während frühere Vertreter dieser Theorie wie Parvus, N. D. Kondratieff und J. Schumpeter von einem Automatismus ausgingen, wonach auf lange (20 bis 30 Jahre währende) Wellen mit expansivem Grundton und hohen Wachstumsraten solche (ungefähr ebenso lange) mit depressivem Grundton und niedrigen Wachstumsraten folgen – und die dann wiederum erneut in eine lange Welle mit hohen Wachstumsraten übergehen würde –, betonte Mandel, dass eine neue expansive Phase keiner inneren ökonomischen Logik folgen würde. Es seien in der Regel außerökonomische, politische Aspekte gewesen, die zu einem solchen Umschlag beigetragen hätten. So nannte er u. a. die Niederlagen der Arbeiterbewegung im Faschismus (in Deutschland und Italien), den Zweiten Weltkrieg und die damit zusammenhängende massiv erhöhte Ausbeutungsrate als solche politisch bedingten Faktoren am Beginn der langen Welle nach dem II. Weltkrieg und als rationale Erklärung des „Wirtschaftswunders“.

Interpretiert man die Ereignisse im Gefolge der Wende 1989–1991 als eine Restauration des Kapitalismus in Gebieten, in denen rund 1,5 Milliarden Menschen und damit ein Viertel der Weltbevölkerung leben und in denen sich gewaltige, für die kapitalistische Produktion wichtige Ressourcen befinden, dann gab es am Ende der letzten langen Welle mit depressivem Grundton erneut weitreichenden politische Veränderungen, die einen neuen Aufschwung des Kapitalismus möglich machen würden. Mitte 1991 schrieb Ernest Mandel in einem Brief: „Die Frage, die Du bezüglich der mittelfristigen ökonomischen Perspektive stellst, ist die Gretchenfrage für die kommenden Jahre. Ich bin mit Dir einer Meinung, dass sie eng verbunden ist mit jener der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR (Osteuropa ist zu klein, um eine neue expansive lange

Welle abzusichern) und deren totaler Integration in den Weltmarkt. Eine erste Tendenz in diesem Sinne hat gewiß begonnen. Aber es liegt ein weiter Weg zwischen Anfang und Ende.“³¹

Inzwischen ist die Restauration des Kapitalismus in Russland eine Tatsache. Vor allem kam es auch zur Restauration des Kapitalismus in China, was zum Zeitpunkt der zitierten Debatte kaum Thema war. Anfang der neunziger Jahre ahnte niemand, dass der neue – bereits stark von westlichen Konzernen durchsetzte – Kapitalismus in China sich bald als expansiver als der russische erweisen würde.

Insofern spricht einiges dafür zu prüfen, inwieweit wir es heute mit einer neuen politökonomischen Weltlage zu tun haben. Ganz offensichtlich gibt es zwei sich überschneidende und widersprüchliche Prozesse: Auf der einen Seite haben wir weiterhin die niedrigen Wachstumsraten und die tiefen Krisenerscheinungen im „klassischen Kapitalismus“ in Nordamerika, Westeuropa und in den USA. Auf der anderen Seite gibt es seit rund eineinhalb Jahrzehnten hohe Wachstumsraten in den zum Kapitalismus transformierten Gesellschaften von Mittel- und Osteuropa und vor allem in China.

Mandel beendete seinen Beitrag in unserem gemeinsam verfassten und 1977 erschienenen Buch *Ende der Krise oder Krise ohne Ende?* mit Sätzen, die in vieler Hinsicht auch heute Gültigkeit haben: „Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre bestätigt, dass das kapitalistische System ... sich, historisch gesehen, im Todeskampf befindet. Doch wir wissen, dass Todeskampf noch nicht automatisch Verschwinden bedeutet ... Wenn ... nicht rechtzeitig eine revolutionäre Arbeiterpartei aufgebaut wird, eine Partei mit Masseneinfluß ..., gleichzeitig jedoch die gesellschaftlich-ökonomischen Widersprüche immer explosiver werden, dann ist es möglich, dass die imperialistische Bourgeoisie ... ein zweites Mal zu ‚Heilmitteln‘ Zuflucht nimmt, mit denen sie die Krise der dreißiger Jahre ‚löste‘. Sie würde sich dann bemühen, der Arbeiterklasse weltweit schwere Niederlagen beizubringen, die Profiteure mit Hilfe der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter und einer erneut verstärkten Rüstung langfristig anzuheben und versuchen, die gesellschaftliche Stabilität durch einen ‚starken Staat‘, wenn nicht durch eine blutige Diktatur zu erlangen. Sie würde wieder Kurs auf Krieg nehmen. Das wären – in der Epoche der atomaren und biologischen Waffen – noch unendlich katastrophalere ‚Heilmittel‘, als sie es zu Zeiten Hitlers waren. Die allgemeine Krise der internationalen kapitalistischen Wirtschaft zeigt uns immer

wieder die Aktualität des historischen Dilemmas: Sozialismus oder Barbarei!³²

Mit dem Namen Ernest Mandel und seinem Engagement bleibt die Überzeugung verbunden, dass es sich lohnt, der kapitalistischen Barbarei zu trotzen und sich für eine alternative, sozialistische, demokratische Gesellschaft in Wort und Tat einzusetzen.

Aus: Theoriebeilage *Avanti*² Rhein-Neckar Juni 2023

* [Dieser Text wurde am 1. November 2005 verfasst. Es ist unklar, ob und wo er außer auf der Homepage von Winfried Wolf veröffentlicht wurde. Offensichtliche Fehler haben wir korrigiert. W. A. 23.6.2023]

1 Eine relativ umfassende Bibliographie mit 46 deutschsprachigen Büchern von Ernest Mandel findet sich in: Gilbert Achcar (Hg.), *Gerechtigkeit und Solidarität*, Ernest Mandels Beitrag* zum Marxismus, Köln (Neuer ISP-Verlag) 2003, S. 271 ff.

2 Winfried Roth, „Theoretiker der globalen Krisen – Ernest Mandel zum zehnten Todestag“, Deutschlandfunk Kultur, 20. Juli 2005, 19.30 h.

3 Zitiert in Deutschlandfunk Kultur, a. a. O., Manuskript.

4 Aktuelle Stunde Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode – 174. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 1. März 1972, Protokoll Seiten 10083 ff.

5 Ernest Mandel, *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt/M. (Verlag Neue Kritik) 1967.

6 Ernest Mandel / Winfried Wolf, *Weltwirtschaftsrezession und BRD-Krise 1974/75*, Frankfurt/M. (ISP-Verlag) 1976; Ernest Mandel / Winfried Wolf, *Ende der Krise oder Krise ohne Ende?*, Berlin (Wagenbach Verlag) 1977; Ernest Mandel / Winfried Wolf, *Cash, Crash & Crisis*, Profitboom – Börsenkrach und Wirtschaftskrise, Hamburg (Rasch und Röhring) 1988.

7 Ernest Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1970, S. 16.

8 A. a. O., S. 141.

9 Karl Marx, *Das Kapital*, Erster Band, MEW, Bd. 23, Berlin (Dietz Verlag) 1972, S. 779.

10 Ernest Mandel, „Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt“, in: *Folgen einer Theorie – Essays über Das Kapital*, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1971, S. 77.

11 Ernest Mandel, *Der Sturz des Dollars*, Eine marxistische Analyse der Währungskrise, Westberlin (Edition Prinkipo) 1973 (der zitierte Aufsatz trägt das Datum 1.12.1968), S. 145.

12 Ernest Mandel, *Die EWG und die Konkurrenz Europa – Amerika*, Frankfurt/M. (Europäische Verlagsanstalt) 1969, S. 51. In derselben Schrift findet sich auch eine Passage, die ebenso typisch wie fatal ist für die marxistische Position in dieser Zeit: „Aus all den Überlegungen sollte man keineswegs den Schluß ziehen, die Arbeiterbewegung Westeuropas habe ein Interesse daran, den Prozeß der internationalen Kapitalverflechtung zu bremsen ... Erstens wäre es sowieso utopisch, der Entwicklung der Produktivkräfte entsprechende

wirtschaftliche Veränderungen verhindern zu wollen ... Und zweitens liegt die historische Rolle der Arbeiterbewegung ... keineswegs darin, sich dieser oder jener Interessensgruppe des Großbürgertums ... zu unterwerfen ... Der internationalen Kapitalverflechtung muß die Alternative der historischen Notwendigkeit eines sozialistisch vereinten Europa entgegengesetzt werden und nicht jene des Rückfalls in bürgerliche Kleinstaaterei.“ (S. 99). Mandel argumentiert hier wie teilweise Marx und Engels im 19. Jahrhundert, mit dem Unterschied, dass die Entwicklung der Produktivkräfte zu dieser Zeit überwiegend fortschrittlich war, wohingegen sie im 20. Jahrhundert überwiegend destruktive Tendenzen zum Ausdruck bringt. In derselben Schrift von E. Mandel findet sich dann allerdings auch die folgende Passage: „Das Fortschreiten der internationalen Kapitalverflechtung schwächt unvermeidlich das wirtschaftliche Potential der Gewerkschaften. Diese Schwächung ist nur relativ, solange die internationale Kapitalverflechtung noch in ihrem Anfangsstadium steht. Sie wird absolut, sobald diese Verflechtung einen bestimmten Punkt erreicht hat, an dem Quantität in Qualität umschlägt, d. h. an dem sich die entscheidenden Eigentumspositionen der entscheidenden Produktionsmittel über mehrere oder alle EWG-Mitgliedstaaten verteilen. Es ist offensichtlich, dass die Lütticher Stahlarbeiter die Streikwaffe kaum noch erfolgreich im Wirtschaftskampf anwenden könnten, wenn sich die Eigentümer über sechs Länder verteilen.“ (S. 100). Darauf lässt sich nur mit einem „C’est ça!“ antworten, wie es Ernest oft tat. Wobei es dann jedoch unverständlich ist, weshalb man einen Prozess, der die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften schwächt, nicht kritisieren und sich diesem nicht entgegenstellen soll. Immerhin gab es dutzendfach Anlässe, dies konkret zu tun: so im Fall der vielen Erweiterungen der EWG/EG/EU oder im Fall des Maastricht-Vertrags (von 1992). Und in einigen Ländern, so in den skandinavischen Staaten und in Österreich, gab es eine starke, auch fortschrittlich geprägte Bewegung gegen einen EWG/EG/EU-Beitritt. Zur Debatte EU-Entwicklung vgl. Winfried Wolf, *Fusionsfieber*, Oder: Das große Fressen, Köln (PapyRossa) 2001, S. 101 ff.

13 Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/M (Suhrkamp). 1972, S. 272 u. S. 286.

14 So entstand die Schrift Ernest Mandels, *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie*, aus Referaten, die Ernest 1963 auf einem Schulungslehrgang der französischen linkssozialistischen Parti Socialist Unifié (PSU) hielt, die 1960 aus dem Zusammenschluss von drei sozialistischen Organisationen hervorgegangen war. Siehe Anmerkung 5.

15 Das Buch wurde von Willy Boepple, einem verdienten Kommunisten und alten Freund von Ernest Mandel, übersetzt. Ich durfte 1979 als damaliger ISP-Verantwortlicher die Herausgabe der ersten Auflage betreuen und das Lektorat besorgen. Inzwischen gibt es die siebte Auflage: Ernest Mandel, *Einführung in den Marxismus*, Köln (Neuer ISP Verlag) 2002.

16 Ernest Mandel, *Ein schöner Mord*, Sozialgeschichte des Kriminalromans, Frankfurt/M. (Athenäum) 1987. Gisela Mandel schrieb mir dazu am 29.8.1978: „Als ich vor 15 Jahren vom SDS zur Vierten nach Belgien ging, war ich entsetzt zu sehen, dass Ernest sich nachts um 2 h ... mit Krimis vor dem Schlafengehen eine halbe Stunde erholte. Ich hatte nie einen gelesen. Das tat man im Berliner SDS nicht. Inzwischen bin ich wie Ernest ... ‚professioneller Krimileser‘ ... Ich könnte Dir in Brüssel eine Kartei von rund 60 Krimi-Schriftstellern

anbieten ... Wenn Ernest über 80 wird (denn bis dahin hat er bereits genügend Bücherpläne), so wird er ein materialistisches Buch über Goya und eine Soziologie des Krimis schreiben. Goya finde ich eine duftende Idee. Aber das mit den Krimis mag ihm gerne ein anderer Marxist vorher abnehmen.“

17 Er schrieb dazu in einem Brief an mich, datiert auf den 4.3.1977: „Ich habe mehr Verständnis für Deine Schwierigkeiten als Du das glauben könntest. Ich habe mich nämlich mit einem ganz ähnlichen Problem konfrontiert gesehen und sehr darunter gelitten. Im Jahre 1947 brach ich mein Uni-Studium abrupt ab um (23 Jahre alt) in der Führung der Internationale * hauptamtlich tätig zu sein. Meine Doktorarbeit habe ich dann genau 25 (!) Jahre später fertiggestellt ... Mein erstes Buch brauchte genau 10 (!) Jahre Arbeit, nebenbei* (neben der Org.-Tätigkeit), bevor es gedruckt wurde (1952–1962), und ich habe mich oft gefragt ... ob sich die Org.-Routine wohl lohnt, und ob ich nicht, auch für die Internationale, mehr hätte erreicht, wenn ich zwei oder drei Bücher wie das ‚Traité‘ (die ‚Wirtschaftstheorie‘, W. W.), z. B. über die Übergangsgesellschaften und über die Revolutionen in der Dritten Welt geschrieben hätte.* Heute ... bin ich [in]dessen überzeugt, dass ich richtig gewählt habe.“

18 *Nuestra Industria*, 6/1964, Havanna.

19 „Una profecía del Ché“, in: Jean Daniel, *Escorpion*, Buenos Aires 1964.

20 Ernest Mandel, *Die deutsche Wirtschaftskrise*, Lehren der Rezession 1966/67, Frankfurt/M. (EVA) 1969, S. 56.

21 *Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus*, Internationaler Vietnam-Kongreß Westberlin, Westberlin (SDS Westberlin) 1968, S. 124 ff.

22 A.a.O., S. 160.

23 A.a.O., S. 134.

24 Nach: Brief von E. M. an mich vom 16.8.1978.

25 In zwei Briefen an mich beschrieb Gisela Mandel, Mandels Frau, diese Situation. Am 16.4.1977 schrieb sie: „Wir, d. h. Ernest und ich, stehen finanziell schlecht. ... Ihr mögt das nicht glauben, aber es ist eine Tatsache, da unsere Privatfinanzen direkt mit denen der IV. liiert sind, so daß ich jetzt manchmal noch nicht einmal genügend Geld habe, um zu tanken.“ Am 10.5.1977 hieß es: „Ich bin nun meist in Paris und habe, ohne daß er (Ernest M., W. W.) es weiß, für morgens sehr früh und abends spät Jobs als Putzfrau angenommen mit 7 Mark die Stunde, um uns, d. h. mich ohne seine Unterstützung, einigermaßen über Wasser zu halten. Er wundert sich zwar, wie wenig ich ausbebe von dem, was er mir gibt, aber ich finde immer eine Ausrede ... Bis jetzt haut das hin, aber irgendwann wird er dahinter kommen, und ich bin sicher, daß es dann in 13 Jahren zum ersten Mal einen persönlichen Streit geben wird. Bis jetzt waren alle politisch.“

26 Am 31.10.1980 schrieb Mandel: „Zu Afghanistan: Meine Position bleibt unverändert: gegen Einzug (Einmarsch, W. W.), gegen Abzug, wie Trotzki zu Finnland. Du unterschätzt die Bürgerkriegsdimension. Wenn heute Abzug, dann Djakarta, d. h. alle Linke, ob pro oder anti Moskau werden umgebracht. Das bestätigen auch die paar afghanischen Genossen, die wir gewonnen haben, obwohl sie im übrigen eher Deiner Position zuneigen.“ Vor allem Tariq Ali betonte in seiner Kritik an dieser Position der IV. Internationale, dass der sowjetische Einmarsch den islamischen Fundamentalismus steigern

müsste. Ich antwortete in einem Brief an E. M. vom 9.11.1980: „Ich bin mir weder sicher, ob es bei einem sowjetischen Abzug tatsächlich zu einem ‚Djakarta‘ kommen muß. Vor allem bin ich mir nicht sicher, ob ein solches ‚Djakarta‘ nicht gerade durch Moskau herbeigeführt wird. ... Im übrigen gilt: Wenn man den Einmarsch verurteilt und seine guten Gründe dafür hat, muss man auch den Abzug fordern.“

27 Ernest Mandel, *Der Zweite Weltkrieg*, Frankfurt/M. (ISP-Verlag) 1991. Brief W. W. an Mandel vom 5.2.1989 und Antwort von E. M. an W. W. vom 20.2.1989.

28 Brief E. M. an W. W. vom 8.3.1993. In meiner Antwort (Brief vom 13.6.1993) heißt es: „Das stößt bei mir auf heftigen Widerspruch, soweit es ein imperialistisches Land und soweit es Deutschland betrifft. ... Was soll daran fortschrittlich sein, wenn jemand in Deutschland erklärt, er ‚identifiziere sich mit der deutschen Nation‘. Ganz abstrakt ist denkbar, dass er meint, er liebe die deutsche Kultur, die Landschaft in Deutschland etc. ... Im konkreten gesellschaftlichen Kontext jedoch wird jedes Nationalgefühl in Deutschland sich als reaktionär erweisen. ... Ich gebe zu bedenken, dass bei den Folgen der Wiedervereinigung, den ökonomischen und den national-reaktionären, wir, rückblickend betrachtet, sicher nicht übertrieben haben.“

29 Ernest Mandel, *Das Gorbatschow-Experiment*, Ziele und Widersprüche, Frankfurt/M. (Athenäum) 1989, S. 19. Dort heißt es auch: „Eine Revolution von oben (zur Restauration des Kapitalismus) würde also bedeuten, dass sich die herrschende Klasse oder Klassenfraktion selbst liquidiert. Das hat es in der Geschichte noch nie gegeben und das wird auch in Zukunft nicht eintreten.“ (Ebenda, S. 272.)

30 Bundestagsprotokoll vom 1. März 1972.

31 Brief E. M. an W. W. vom 26.6.1991.

32 Ernest Mandel / Winfried Wolf, *Ende der Krise oder Krise ohne Ende?*, a.a.O., S. 110 f.



VIER SCHLÜSSELELEMENTE FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG

Für den Erfolg von Klimaschutz-Kampagnen unter abhängig Beschäftigten kommt es auf das Zusammenwirken verschiedener Kräfte an.

■ Aaron Niederman

Seit einigen Jahren haben Klimaaktivist:innen auf der ganzen Welt damit zu kämpfen, angesichts steigender Temperaturen und Klimakatastrophen die Dynamik ihrer Bewegung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig sehen sich die abhängig Beschäftigten schweren Angriffen ausgesetzt, Donald Trump und andere rechtsgerichtete Politiker beschneiden ihre sozialen und politischen Rechte. In Deutschland zum Beispiel ist die rechtsextreme AfD auf dem Vormarsch und wurde in den letzten Wochen in Umfragen erstmals stärkste Partei, während die ehemals massive Kampagne *Fridays for Future* nur noch ein Schatten ihrer selbst ist.

Auf den ersten Blick sieht die Sache eher trostlos aus. Doch genauer betrachtet gibt es doch einige Hoffungsschimmer. Die Partei Die LINKE hat bei den letzten Wahlen überraschend gut zugelegt und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben in ihren jüngsten Tarifverhandlungen erneut Stärke bewiesen. In Berlin und anderen Großstädten kam diese Stärke in einer Reihe wichtiger Streiks zum Ausdruck – abhängig Beschäftigte aus verschiedenen Sektoren gehen gemeinsam mit Klimaaktivist:innen unter dem Motto „Berlin steht Zusammen“ (BSZ) auf die Straße.

BSZ ist die jüngste Form der Kampagne „Wir-fahren-zusammen“ (WFZ), einem Bündnis von *Fridays for Future* und Ver.di. Ihr Bündnis hatte zu gemeinsamen Aktionen

in über 70 Städten in ganz Deutschland geführt und zum größten Streik von Ver.di seit 1992 beigetragen. Das Bündnis, das nun auch auf die Niederlande und Österreich ausgedehnt wird, ist ein Paradebeispiel für die Organisation der als „Just Transition“ bezeichneten Kampagne. Es ist ein festgelegter und bisweilen engmaschiger Ansatz für die Organisation von abhängig Beschäftigten. Dieser Ansatz, der auch als „climate-labour turn“ bezeichnet wird, zielt darauf ab, sich für bessere Arbeitsbedingungen in einer grünen Wirtschaft einzusetzen, wobei häufig die Unterstützung der Klimabewegung und der Einsatz von „Verhandeln für das Gemeinwohl“-Techniken angestrebt wird (Bargaining for the Common Good). Im Falle der Organisation für einen gerechten Übergang zur Dekarbonisierung weiten die abhängig Beschäftigten ihren Kampf über Löhne und Sozialleistungen aus und fordern die klimafreundliche Umstellung ihrer Branchen.

Auf der Grundlage der Analyse einer Reihe von Dekarbonisierungsprojekten, die von abhängig Beschäftigten betrieben werden, wollen wir hier deutlich machen, dass vier Faktoren für ihren Erfolg entscheidend sind: eine gute Organisation am Arbeitsplatz, Unterstützung durch die Bevölkerung, ein klarer alternativer Produktionsplan und öffentliche Finanzierung/Gemeineigentum. Auf der Grundlage dieser vier Schlüsselfaktoren zeige ich dann Verbesserungsmöglichkeiten und Lücken im Ökosystem

der Bewegung auf, wo Arbeiter:innen, Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen zusammenkommen können, um eine gerechte grüne Zukunft verwirklichen zu können.

Arbeiter:innen und Klimabewegung: Eine natürliche Allianz

Wir-fahren-zusammen ist ein besonderes strategisches Bündnis mit dem Potenzial für breite Nachahmung. WFZ wurde ins Leben gerufen, nachdem die Fridays for Future 2019 in Deutschland mit der Mobilisierung von 1,4 Millionen Menschen für Furore gesorgt hatten. Danach jedoch schrumpfte die Zahl der Teilnehmer:innen, da sie ihre Ziele – vor allem einen 100-Milliarden-Euro-Sonderfonds, der zum Teil für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur verwendet werden sollte – nicht erreicht haben. Dieses Scheitern kann auf viele Faktoren zurückgeführt werden. Oft wird hierzu die COVID-19-Pandemie und die Beschwichtigung der Klimaforderungen durch die Grüne Partei genannt.

In der Folge suchten die desillusionierten Klimaaktivist:innen nach neuen Taktiken. Viele besuchten den von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gesponserten Kurs „Organizing for Power“ und versuchten, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbünden, um ihrem Kampf Auftrieb zu verschaffen. Der öffentliche Nahverkehr war zwar nur ein Teil ihres Kampfs gegen den Klimawandel, aber er ist einer der wenigen Sektoren, die zur Erreichung der Klimaziele ausgebaut werden sollten (anstatt zu schrumpfen oder umzubauen), und weist eine zweifelsfreie Verbindung zur ökologischen Nachhaltigkeit auf (anders als beispielsweise die Pflegearbeit oder die Abwasserentsorgung). Gleichzeitig sahen sie, dass Ver.di trotz ihrer hohen Mitgliederzahlen alles andere als militant war, durch rechtliche Hindernisse, die „politische Streiks“ verhinderten, eingeschränkt und bei der Nutzung von Medien und Technologie nicht auf der Höhe der Zeit war. Daher boten sie der Gewerkschaft Organisations-, Kommunikations- und politische Unterstützung für den Kampf um Stärkung und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs an – bereits eine der zentralen Forderungen der Klimabewegung. Die WFZ-Aktivist:innen wandten sich an die Öffentlichkeit, sammelten Unterschriften für eine Petition, organisierten öffentliche Veranstaltungen und führten Informationskampagnen durch, die auf den Grundsätzen von *Bargaining for the Common Good* basierten.

Auf Gewerkschaftsseite wurden Audits, Resolutionen und neue Tarifverträge im Kampf für Klimagerechtigkeit genutzt.

Wir Fahren Gemeinsam, das österreichische Pendant von WFZ, arbeitete besonders eng mit ihrer Partnergewerk-

schaft VIDA zusammen und viele ihrer Mitglieder wurden in die Strukturen der VIDA integriert und fungierten als ehrenamtliche Gewerkschaftsorganisator:innen. Insgesamt gelang es beiden Kampagnen, öffentliche Unterstützung für die Beschäftigten zu gewinnen und ihre Forderungen zu politisieren. Im jüngsten Kampagnenzyklus in Deutschland unterstützten und vernetzten die Aktivist:innen die Beschäftigten in Krankenhäusern, in der Abfallentsorgung und im Transportwesen und stellten eine Infrastruktur für die Koordination der Arbeit in den Sektoren und Arbeitsplätzen zur Verfügung, vergleichbar einem Teil der Arbeit des *Emergency Workplace Organizing Committee* in den Vereinigten Staaten. Diese Bewegung zeigt, wie Klimaaktivist:innen Lücken der Arbeiterbewegung in ihrer Aktivität für ökologische Ziele füllen können.

Trotz dieser Synergieeffekte hat das Bündnis jedoch mehrere Defizite. Erstens wurde es gegründet, als die Klimabewegung stärker und gut organisiert war – das ist heute nicht mehr der Fall, vor allem bei den jugendlichen Klimagerechtigkeitsgruppen. Die deutschen Aktivist:innen änderten ihren Schwerpunkt und versuchten, antifaschistische Bewegungen unter Studis aufzubauen. Außerdem war der Aufbau dieses Bündnisses ein langsamer Prozess. Viele der Aktivist:innen bevorzugten einen Ansatz, der Abkürzungen ablehnt und von der verstorbenen Jane McAlevey inspiriert wurde. Sie ziehen es vor, die Macht der Arbeiter:innen von unten nach oben aufzubauen, anstatt eine große Zahl von Aktivist:innen zu mobilisieren, was bei Gewerkschaftsmitgliedern den Verdacht der Kooptation aufkommen lassen könnte. Dies ermöglicht zwar tiefere Verbindungen und eine echte Zusammenarbeit (statt eines oberflächlichen Bündnisses), aber es erfordert Zeit. Und schließlich ist es der Bewegung nicht gelungen, das zu nutzen, was viele Organisatoren als „Moment des Wirbelwinds“ bezeichnen – natürliche Wendepunkte, die Massenaktionen und sozialen Wandel auslösen.

NGO bieten Unterstützung, Gewerkschaften initiieren Reformen

Seit dem Aufkommen der Bewegung für eine gerechte Transformation in den 1990er Jahren haben verschiedene NGO und Gewerkschaften Interessengruppen zusammengebracht, politische Maßnahmen vorgeschlagen und interne Reformen eingeleitet. Auch wenn die NGO nicht im Zentrum der organisierten Arbeiterbewegung stehen, können sie Einblicke und Unterstützung für einen Übergang bieten.

Die in Britannien ansässige *Campaign against Climate Change* hat beispielsweise mehrere *One Million Climate Jobs*

Reports veröffentlicht, auf die sich die Gewerkschaften beziehen können, um für die Transformation (den Übergang) zu argumentieren. *Trade Unions for Energy Democracy* ist ein Bündnis von mehr als 120 Gewerkschaftsorganisationen. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation und der Internationale Gewerkschaftsbund führen mehrere laufende Forschungs- und Organisationsprojekte zum Thema gerechter Übergang durch. Auf lokaler Ebene organisiert die *Green Workers Alliance* den Sektor der sauberen Energien in den USA, *Climate and Community* entwickelt klima- und wirtschaftspolitische Strategien, die in die gewerkschaftlichen Kämpfe einfließen können, der Niederländische Gewerkschaftsbund (FNV) verbindet in seinem Mondiaal-Projekt die Arbeit für einen gerechten Übergang mit Solidarität mit dem Globalen Süden, und Gruppen wie *Climáximo* in Portugal oder das *Labor Network for Sustainability* in den USA agieren abwechselnd als Bewegungsorganisationen und Organisatorinnen von Konferenzen, wie etwa bei der von *Climáximo* veranstalteten Global Climate Jobs Conference im Jahr 2023.

Auf Gewerkschaftsseite wurden Audits, Entschließungen und neue Tarifverträge im Kampf für Klimagerechtigkeit eingesetzt. Die Gewerkschaft Unite im Südwesten Englands bildet „grüne Vertreter“ aus, die sich für größere Veränderungen in der Lieferkette einsetzen und Umweltprüfungen nutzen, um die Prozesse am Arbeitsplatz durch neue Tarifforderungen zu reformieren. SEIU 26 in Minnesota führte den ersten „gewerkschaftlich genehmigten Klimastreik“ durch, als Hauswarte das US-Arbeitsrecht umgingen, indem sie ein „grünes Schulungsprogramm“ beantragten und von Klimagruppen wie dem *Sierra Club* und dem *Minnesota Youth Climate Strike* unterstützt wurden. *Amazon Employees for Climate Justice* organisierte eine Arbeitsniederlegung von fast 2000 Beschäftigten, erstellte einen umfassenden „Nicht-Nachhaltigkeitsbericht“ und fordert – gestützt auf Organisation und direkte Aktionen – von Amazon, dass es seine Klimazusage einhält.

Kampf gegen Entlassungen, Finanzierung des Wandels

Kämpfe von Arbeiter:innen gegen Entlassungen sind weit verbreitet, aber die Beschäftigten von Lucas Aerospace und die Erstellung ihres Lucas-Plans werden oft als einer der innovativsten und effektivsten Fälle von Widerstand bezeichnet. Als die Arbeiter:innen von den Massenentlassungen erfuhren, schlossen sie sich in allen 15 Betrieben zu einem „Kombinat“ zusammen und entwickelten mit Unterstützung von sympathisierenden Akademikern einen Plan, um nützliche Produkte für die Gesellschaft wie Solarzellen, Wärmepumpen und Schienenfahrzeuge herzustellen.

Daraufhin sagte die Unternehmensleitung die Entlassungen ab. Obwohl der Plan vor allem wegen mangelnder staatlicher Unterstützung nicht umgesetzt wurde, inspiriert dieses Vorhaben weiterhin die Arbeiter:innen, Alternativen zu bestehenden Produktlinien vorzuschlagen – insbesondere zu denen, die infolge der Klimakrise veraltet sind.

Die Automobilarbeiter von Campi Bisenzio bei *Collettivo di Fabbrica – Lavoratori GKN Firenze* oder kurz GKN sind ein hervorragendes Beispiel für diese Inspiration. Im Jahr 2021 wurden die 422 Beschäftigten des Werks abrupt entlassen, wobei die Unternehmensleitung Verlagerungen ins Ausland und Deindustrialisierung im Zusammenhang mit der „grünen Wende“ als Grund angab. Als Reaktion darauf besetzten die Arbeiter die Fabrik – eine Aktion, die an die Arbeiterkämpfe in Buenos Aires erinnert – und erhielten durch Demonstrationen, Musikfestivals und vieles mehr große Unterstützung aus der Stadtbevölkerung und der Klimabewegung. Ähnlich wie beim Lucas-Plan arbeiteten die Arbeiter:innen mit Forscher:innen der nahegelegenen Universität zusammen, um über eine Bestandsaufnahme der Fabrik einen Umrüstungsplan für die Produktion von Elektrofahrrädern und Solarzellen zu entwickeln. Der letzte Teil war die Finanzierung. GKN entschied sich zunächst für ein genossenschaftliches Modell und startete eine Crowdfunding-Kampagne, die über 1 Million Euro einbrachte. Jetzt drängen sie die Regionalregierung, die Umstellung finanziell zu unterstützen. [...]

2023 erfuhr die United Auto Workers (UAW) in Belvidere, Illinois, dass Stellantis sein Werk stilllegen und 1350 Beschäftigte entlassen würde. Daraufhin wehrte sich die UAW mit dem historischen Big Three Stand-up Strike und erreichte die Zusage, das Werk bis 2027 wieder zu eröffnen und ein ganz neues Werk für Elektrofahrzeugbatterien zu errichten, das Tausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen schaffen würde. Bestandteil dieser Wende ist eine besondere vertragliche Bestimmung, die den Beschäftigten das Recht einräumt, gegen Werksschließungen in anderen Regionen zu streiken. Außerdem beinhaltet sie eine „Rahmenvereinbarung“, die künftige Beschäftigte in der Elektrofahrzeugindustrie der Big Three in den Vertrag einbezieht.

Dieser Sieg demonstrierte nicht nur die Macht von „*Bargaining to Organize*“, sondern war auch ein Sammelplatz für eine desorganisierte US-Klimabewegung. Aktivist:innen beteiligten sich an den Streikposten und das *Labor Network for Sustainability* organisierte ein Solidaritätsschreiben von über 150 Gruppen (überwiegend aus der Klimagerechtigkeitsbewegung) zur Unterstützung der UAW. Jetzt hat die Basisbewegung UAWD [Unite All

Workers for Democracy] einen Ausschuss für die Umstellung auf Elektrofahrzeuge ins Leben gerufen.¹ [...]

Streiks und Rückschläge

Dennoch: Jedem Sieg auf diesem Weg stehen unzählige Niederlagen gegenüber. In Österreich schloss MAN Steyr sein Lkw-Werk mit über 2000 Beschäftigten, als die Gewerkschaft ÖGB sich entschied, für Abfindungen zu kämpfen, und ATTAC es nicht schaffte, Unterstützung für die Umstellung der Produktion zu mobilisieren. Seitdem gehen Projekte wie *Con Labour* und Aktivisten wie Iris Frey der Frage nach, wie der Sektor umstrukturiert werden kann und wie mit Finanzierungs- und Eigentumsfragen umzugehen ist.

Trotz des isolierten Kampfs hätten die österreichischen Arbeiter:innen von den Prozessen profitieren können, die in einem ähnlichen Kampf im spanischen Baskenland entwickelt wurden, wo die Arbeiter:innen Szenarien durchspielten, um die Stärken von vier möglichen Produktionsoptionen und drei potenziellen Eigentumsmodellen zu analysieren. Schließlich baten die Arbeiter:innen die lokale Regierung um finanzielle Unterstützung, die ihnen jedoch mit der Begründung verweigert wurde, sie investiere bereits über private Unternehmen in den Übergang und könne keine Gewerkschaften finanzieren. Daraufhin wurde die Fabrik geschlossen.

Green Jobs Oshawa (GJO) zeigt eine weitere Variante desselben Phänomens. Im Jahr 2018 kündigte GM die Schließung seines Werks in Oshawa an, wovon über 2 500 Arbeitsplätze betroffen wären. Beschäftigte der kanadischen Autoarbeitergewerkschaft kamen mit Gemeindemitgliedern und Wissenschaftler:innen wie Sam Gindin zusammen, um eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, die zu dem Schluss kam, dass die Schließung die Region über 15 000 Arbeitsplätze (und Milliarden Dollar an BIP) kosten würde. Die Studie untersuchte dann zwei wichtige Produktionsszenarien, die zu Rentabilität führen, den Verlust von Arbeitsplätzen vermeiden und die Emissionen verringern würden.

In beiden Fällen betonte GJO, dass für den Übergang zu klimaschonender Produktion öffentliches Eigentum und öffentliche Auftragsvergabe erforderlich seien, und führte eine Reihe einschlägiger Fälle in den USA an, in denen Unternehmen für vergleichbare Projekte Steuergutschriften und Bundesdarlehen erhielten, wie z. B. die Entscheidung von Illinois, 827 Millionen US-Dollar an Rivian zu überweisen, oder die Vergabe eines zinsgünstigen Darlehens über 425 Millionen Dollar an Tesla. Darüber

hinaus erwähnten sie, wie in der jüngeren Geschichte Regierungsvertreter private Unternehmen dazu gezwungen haben, ihre Produktion umzustellen, so etwa Trump 2020 während der Pandemie. Alles in allem hat GJO den Grundstein für einen fortgesetzten Kampf um staatliche Beteiligungen gelegt, es aber nicht geschafft, die Fabrik zu halten. Die Arbeiter:innen und die breite Öffentlichkeit müssen stärker werden, um öffentliches Eigentum zu erzwingen.

In ähnlicher Weise haben sich insbesondere die Gewerkschaften in Frankreich und Wales bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine andere Produktion hervorgetan, sowohl innerhalb der jeweiligen Branche als auch darüber hinaus. 2020 begann ein von der *Confédération générale du travail* (CGT) organisierter Kampf, als Renault die französischen Arbeiter:innen drängte, ihre Tarifverträge an schwächere Verträge in anderen Ländern anzugleichen. Die Gewerkschaft erarbeitete daraufhin einen eigenen Vorschlag, um die Produktion regional neu zu verteilen, mehr kleine Elektrofahrzeuge zu produzieren, die heimische Fertigung von Elektrobatterien auszubauen und sogar alte Fahrzeuge zu recyceln.

2023 kündigte Tata Steel in Wales Entlassungen und Pläne zur Verringerung der Produktion im Zuge der Umstellung auf Elektroöfen an, aber Unite entwarf eine Alternative. Die Gewerkschaft schlug vor, den Ofen so lange in Betrieb zu halten, bis er keine Auswirkungen mehr auf die Belegschaft hat, und gleichzeitig weitere Elektroöfen mit grünem Wasserstoff zu bauen als Teil eines Plans für eine neue Produktionsstätte. Die Gewerkschaft schlug auch Pläne zur Wiederbelebung der Industrie in der gesamten Region vor.

Leider ignorierte Renault im Fall der CGT den Vorschlag der Gewerkschaft und unterzeichnete einen über drei Jahre laufenden Sozialtarifvertrag mit zwei anderen Gewerkschaften, das weder der langfristigen Arbeitsplatzsicherheit noch der Energiewende Priorität einräumte. In ähnlicher Weise lehnte Tata Steel den Plan von Unite ab – der Hochofen wurde stillgelegt und die Beschäftigten wurden entlassen. Wie im Fall von GJO reichen Übergangspläne ohne eine stark organisierte Belegschaft und die Unterstützung der Öffentlichkeit nicht aus.

Die Öl- und Gasarbeiter in der schottischen Nordsee befinden sich in einer ähnlichen Situation, aber *Platform London* und *Friends of the Earth Scotland* (FOE) haben sie mit ihrem Bericht „Our Power“ proaktiv zusammengebracht, um Stärke aufzubauen und Forderungen aufzustellen, bevor die Entlassungen angekündigt wurden. Ähnlich wie WFZ sahen auch diese Organisationen für

Klimagerechtigkeit eine Chance zur Unterstützung. Ab 2020 veranstalteten sie sechs Workshops zur Entwicklung von Forderungen, sammelten dann über Telefonanrufe Feedbacks zu den Forderungen und verschickten schließlich eine Umfrage, zu der über 1000 Antworten eingingen. Insgesamt wurden zehn Forderungen² aufgestellt, die jeweils eine Zustimmung von über 90 Prozent erhielten und Ausbildungsprogramme, Arbeitervertretung, Lohnuntergrenzen, öffentliches Eigentum und mehr betreffen.

Die Politik beschäftigte sich kaum mit diesem Bericht. Die einzige Reaktion seit der Veröffentlichung kam im März 2025, als die britische Regierung eine Untersuchung über die Zukunft der Energiegewinnung in der Nordsee einleitete, die Ende April abgeschlossen werden sollte. Dieses Projekt zeigt zwar einen effektiven Prozess zur Einbeziehung der Arbeiter:innen, stößt aber auf ein ähnliches Hindernis wie die französischen und walisischen Kämpfe: die Umsetzung.

Vorläufige Siege

Die Aktionen von FNV Metaal in den Niederlanden und Unite/GMB in Großbritannien zeigen, wie sich Arbeiter:innen nicht nur gegen Entlassungen wehren, sondern auch greifbare Schritte für einen gerechten Übergang zu klimafreundlicher Produktion erreichen können. Für FNV Metaal begann dies im Jahr 2019, als Tata Steel 1600 Entlassungen in seinem niederländischen Werk ankündigte. Als Reaktion darauf organisierte die Gewerkschaft eine Umfrage zur Streikbereitschaft sowie eine Hotline, um Forderungen aufzustellen, und trat schließlich in einen 24-tägigen Streik – mit dem Ergebnis, dass sich die Geschäftsleitung zu einem Verzicht auf Entlassungen bis 2026 verpflichtete.

Daraufhin schlossen sich die Arbeiter:innen mit Wissenschaftler:innen und Professor:innen zusammen, um die Arbeitsgruppe „Zeester“ zu gründen und einen Plan zu erstellen, der den Übergang zu grünem Stahl und den Ausbau der Offshore-Windenergie fordert. Zusätzlich zu dem Druck, den der Streik erzeugt hatte, fand dieser Plan auch die Unterstützung der Klimabewegung. Tata Steel akzeptierte den Vorschlag, inzwischen hat das Unternehmen bereits Verträge zur Produktion von grünem Stahl unterzeichnet.

Bei vielen dieser Beispiele wird deutlich, dass die Priorisierung von Organisationsarbeit der Schlüssel zu einem gerechten Übergang, also einer Konversion klimaschonende Produktion ist.

2020 kündigte Rolls Royce in Großbritannien an, weltweit 9000 Arbeitsplätze abzubauen, verbunden mit

Plänen zur Verlagerung der Produktion von Britannien nach Singapur. Als Reaktion darauf streikten die von Unite und GMB organisierten Beschäftigten in drei Werken über neun Wochen lang und erreichten eine Vereinbarung, die Fabriken für bis zu zehn Jahre nicht zu schließen. Während des Prozesses bildeten sie ein von Arbeiter:innen geführtes „Kombinat“ und erarbeiteten gemeinsam mit ihrem örtlichen Abgeordneten einen Vorschlag für einen „Green New Deal“. Das Kombinat verfügt über einen Streikfonds, verwendete das Geld aber vor allem für Medienkampagnen, um Rolls Royce unter Druck zu setzen, damit das Unternehmen ein „Kompetenzzentrum“ einrichtet, um die Entwicklung und Herstellung kohlenstoffneutraler Technologien zu unterstützen.

Diese erfolgreichen Fälle zeigen, wie wichtig es ist, eine starke Organisationsarbeit mit einem klaren Übergangsplan zu kombinieren. Dennoch stellt sich die Frage, wie sie ihre Kämpfe weiter voranbringen können, etwa indem sie eine breitere Unterstützung der Öffentlichkeit aufbauen und für eine öffentliche Finanzierung und öffentliches Eigentum eintreten.

Die Lücken füllen: Organisation, Kommunikation und proaktiver Aufbau von Bündnissen

Bei vielen dieser Beispiele wird deutlich, dass die Organisation der Schlüssel zum Erfolg für einen gerechten Übergang ist. CGT in Frankreich und Unite in Wales sind Paradebeispiele: Ihre Visionen waren zwar gut recherchiert und artikuliert, aber ihre mangelnde Umsetzung war auf eine nicht mobilisierte Belegschaft zurückzuführen. Im Gegensatz dazu zeigt GKN, wie ein Ansatz zur Organisation der Belegschaft die Arbeiter:innen dazu bringen kann, die Übergangspläne aktiv zu unterstützen.

Es gibt eine Vielzahl von Ideen, welche Art von Organisationsmaßnahmen am wirksamsten sind, einige besonders relevante finden sich in dem Artikel von Marilyn Sneiderman und Stephen Lerner, der sich auf das Modell der Union Cities und die Kampagne *Justice for Janitors* stützt³. Eine besonders treffende Empfehlung lautet, Tarifverhandlungen zur Stärkung der Organisationsarbeit zu nutzen. Ein Beispiel dafür ist der Fall der UAW in Belvidere, wo eine Bestimmung des Tarifvertrags den Weg für mehr fabrikübergreifende Kämpfe und damit für sektorale Verhandlungen ebnete.⁴

Um Bündnisse zu schließen und die Unterstützung der Öffentlichkeit zu gewinnen, müssen sowohl Klimaaktivist:innen als auch Gewerkschafter:innen ihr Anliegen strategisch ausrichten. Vonseiten der Beschäftig-

ten schaffen Botschaften, die sich an „Bargaining for the Common Good“ (Verhandlungen für das Gemeinwohl) orientieren, die Grundlage für ein positives Engagement in der Klimabewegung. Auf der Seite der Klimabewegung zeigt beispielsweise der Bericht „Our Power“, wie selbst Begriffe wie „gerechter Übergang“ oder „Umstellung“ polarisierend wirken können. Umstrukturierung und Diversifizierung der Produktion sind bereits gang und gäbe und könnten einen eher neutralen Ausgangspunkt darstellen. Generell sollten sich Nicht-Arbeiter:innen von den Wir-Fahren-Zusammen-Aktivist:innen inspirieren lassen, wenn es darum geht, wie sie mit wirtschaftlichen Forderungen agitieren, anstatt den Fokus auf das Klima zu setzen – vor allem zu Beginn einer Kampagne.

Zusätzlich zur Vermittlung ihrer Botschaften sollten Klimaaktivist:innen proaktiv sein und Bündnisse aufbauen, bevor es zu einem Wendepunkt kommt. Andernfalls riskieren sie ein Ergebnis wie bei MAN Steyr, wo sich die Arbeiter:innen, als ihre Arbeitsplätze bedroht wurden, gegenüber externer Unterstützung verschlossen. Klimaaktivist:innen sollten organische Ansatzpunkte finden, so wie Wij Reizen Samen in den Niederlanden den Busfahrern zur Seite stand, die gegen die Verlagerung ihres Unternehmens kämpften⁵. Wenn dann ein Wendepunkt kommt, können Aktivist:innen in Aktion treten, die bereits mit den Gewerkschaftsstrukturen verbunden sind und wissen, wo sie Lücken füllen können.

WFZ zeigt, wie diese Arbeit im allgemeinen Sinne möglich ist, während GKN zeigt, wie die Kämpfe der Arbeiter:innen der Klimabewegung helfen können, ihre eigene Organisation voranzutreiben. Strategisch gesehen täten Klimaaktivist:innen gut daran, einen Schritt zurückzutreten und die potenziellen Allianzen in der Gesellschaft zu analysieren, wie z.B. beim öffentlichen Verkehr und etwa der anlaufenden Kampagnen *Fare Free London* [für Nulltarif im Londoner ÖPNV]. Abgesehen von spezifischen Sektoren sollten Klimaaktivist:innen die Wendepunkte der Arbeiterbewegung am Horizont als mögliche Momente für den Aufbau von Bündnissen betrachten. In den USA zum Beispiel ist der Aufruf der UAW zur Angleichung der Tarifverträge und zum Generalstreik⁶ erst in drei Jahren akut. Bis dahin gibt es Zeit und Möglichkeit für den Aufbau von Klimabündnissen.

Übergangspläne, öffentliches Eigentum und mögliche Schlussfolgerungen

Diese Fallstudien zeigen, dass die Beschäftigten nicht erwarten können, dass ihre Bosse oder Politiker Übergangs-

pläne erstellen, die ihren Rechten den Vorrang einräumen. Mehr noch, sie machen deutlich, wie die Ankündigung von Schließungen und Entlassungen den Kampf für einen gerechten Übergang sofort schwächt – die Beschäftigten werden misstrauisch, wenn es um Unterstützung von außen geht, und entscheiden sich stattdessen vielleicht eher dafür, höhere Abfindungen zu fordern. Hätten die Beschäftigten bereits Pläne, wie ein Übergang aussehen könnte, könnten sie sofort reagieren und dafür kämpfen.

Daher sollten sich die Arbeiter:innen in den vom Übergang betroffenen Sektoren proaktiv in Verbänden organisieren und sich an lokale Universitäten oder Forschungseinrichtungen wenden, um Unterstützung zu bekommen. Climáximo, das Next Economy Lab, das Con Labour Project und Climate and Community sind für diese Art von Arbeit gut positioniert. Khem Rogaly von Common Wealth hat diesen Prozess für den militärischen Sektor in Britannien in seinem *Lucas Plan for the Twenty-First Century* durchgezogen, während Martin Lallana den oben erwähnten Szenario-Ansatz verwendet.

Derzeit gibt es weder eine Vorlage noch ein Handbuch für die Organisation dieser Bündnisse. Die Erstellung eines Plans ist ein technisches, organisatorisches und finanzielles Unterfangen und erfordert daher eine Vielzahl von Unterstützungssystemen. Dennoch gibt es Ähnlichkeiten zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen und Sektoren, sodass es möglich und notwendig ist, diese Lücke zu schließen – Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler:innen sollten sich proaktiv darum bemühen.

Zwischen diesen vier Faktoren – gute Organisation am Arbeitsplatz, Unterstützung durch die Öffentlichkeit, alternativer Plan und Finanzierung – gibt es eine Vielzahl von Aufgaben, die zu leisten sind, um im Kampf für einen gerechten Übergang Erfolg zu haben.

Wie der Fall GKN zeigt, stellt die Finanzierung selbst dann ein erhebliches Hindernis dar, wenn die Arbeiter:innen einen Plan haben, gut organisiert sind und von der Öffentlichkeit und der Klimabewegung unterstützt werden. Selbst mit der internationalen finanziellen Unterstützung von GKN machen die Kosten des Übergangs und die Trennung von der globalen Lieferkette die finanzielle Belastung für das Unternehmen zu hoch. Auch unabhängig davon ist die Rolle der Regierung eine zentrale Frage, denn es geht auch um den gesellschaftlichen Nutzen einer Umstellung der Produktion.

Im Fall von Tata Steel plädiert Max Vancauwenberge für eine Abkehr von staatlichen Subventionen und vertritt

die Auffassung, dass profitable Unternehmen rechtlich zur Umstellung verpflichtet werden sollten, anstatt steuerliche Anreize zu schaffen. Außerdem plädiert er für eine Vergesellschaftung des Energiesektors, die den Bürger:innen und nicht den multinationalen Unternehmen zugutekommt. In ähnlicher Weise argumentiert Khem Rogaly, dass die Regierung bereits den militärisch-industriellen Komplex subventioniert und daher für einen Übergang zu gesellschaftlich nützlichen Gütern nicht einmal neue Finanzierungsquellen erforderlich sind. Er fügt die Forderung hinzu, ein Forschungs- und Entwicklungsunternehmen (eine Art Kombinat) zu gründen, das den Übergang steuert, und drängt auf eine staatliche Koordinierung durch bestehende Initiativen wie Great British Energy, Transport for London und ScotRail.

Alles in allem fehlt es ihm und vielen der oben genannten Vorschläge für einen Übergang lediglich am politischen Willen, sie umzusetzen. Seth Klein greift dies in seinem Buch *A Good War: Mobilizing Canada for the Climate Emergency* (Ein guter Krieg: Mobilisierung Kanadas für den Klimanotstand) auf und argumentiert, dass ein „kriegszeitlicher“ Ansatz zur Umstellung der kanadischen Wirtschaft möglich ist. Unabhängig davon, ob es sich um eine Umstellung des Militärs oder einer anderen kohlenstoffintensiven Industrie handelt, sollten alle Gruppen, die sich in diesem Bereich engagieren, untersuchen, wie die Arbeiter:innen außerordentlichen Druck auf die Regierung ausüben können, damit sie Forderungen nach öffentlichem Eigentum und öffentlicher Beschaffung nachkommt. Kampagnen rund um die öffentliche Stromversorgung wie Public Grids in den USA könnten als Referenzpunkte dienen.

Abschließend geht Hilary Wainwright, eine langjährige Aktivistin und Autorin eines Buches über den Lucas-Plan, in ihrem Beitrag „Beating the Climate Clock“ auf diese von Arbeiter:innen geführten Kämpfe ein: *Workers, citizens and state action in the UK*⁷. Sie argumentiert, dass diese Arbeiterkämpfe eine Form von in die Zukunft weisender Politik darstellen, deren Arbeit für einen Übergang partizipatorische demokratische Prozesse betont, die sonst in repräsentativen Demokratien selten sind. Der Kampf der Arbeiter:innen in einer Fabrik mag zwar lokal begrenzt sein, aber wenn sie sich für öffentliches Eigentum organisieren, legen sie den Grundstein dafür, dass andere Fabriken und Sektoren diesem Beispiel folgen. [...]

Neben diesen vier Faktoren – also der Organisierung am Arbeitsplatz, der Unterstützung aus der Bevölkerung, des alternativen Plans und der Finanzierung – gibt es eine Reihe weiterer Aufgaben, die es für die Durchsetzung

eines gerechten Übergangs zu bewältigen gilt. Gleichzeitig gibt es eine Vielfalt aktiver Gruppen, es kommt darauf an, dass sie zusammenwirken und ihre Kräfte bündeln. Sicher, Gewerkschaften sollten den Schwerpunkt auf die Organisierung legen, die Klimaschutzbewegung sollte sich auf die Unterstützung der Öffentlichkeit konzentrieren, Wissenschaftler:innen sollten alternative Produktionspläne entwerfen und Politiker:innen sollten sich für die Finanzierung starkmachen. Doch wenn die entsprechenden Gruppen und Regionen jede für sich wirken, dann besteht die Gefahr, dass der Übergang nicht vorankommt und die Zeit gegen uns arbeitet oder – schlimmer noch – dass die extreme Recht und die technokratischen Eliten stärker werden als die Bewegung für einen Übergang.

Die angeführten Beispiele zeigen, wie das Zusammengehen verschiedener Kräfte auf der unteren Ebene aussehen kann, aber ohne einen starken Kern, etwa eine internationale branchenübergreifende Gewerkschaft – oder, besser noch, eine internationale sozialistische Partei – kann diese Ebene kaum überschritten werden. Klimaaktivist:innen, Gewerkschafter:innen, Wissenschaftler:innen und Menschen aus der Zivilgesellschaft können diese Aufgabe nicht länger vor sich herschieben. Wir müssen zusammenfinden, um den dringend notwendigen Kampf für einen grünen Übergang zu organisieren.

Aaron Niederman forscht zu Dekarbonisierungskampagnen von abhängig Beschäftigten.

Quelle: Zur Zeit der Fertigstellung der vorliegenden Übersetzung lag uns nur das engl. Original des Autors auf der Website der RLS vor, das inzwischen durch eine von der Stiftung in Auftrag gegebene Übersetzung ersetzt worden ist.

Übersetzung: J. S.

1 <https://jacobin.com/2024/02/electric-vehicle-workers-just-transition-uaw>

2 <https://platformlondon.org/resource/our-power-offshore-workers-demands-for-a-just-energy-transition/>

3 <https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/10957960221144966>

4 <https://jacobin.com/2024/09/stellantis-bellvidere-plant-uaw-reopen>

5 <https://www.duic.nl/algemeen/transdev-neemt-stokje-over-van-qbuzz-en-gaat-10-jaar-lang-bus-en-tramverkeer-verzorgen-in-utrecht/>

6 <https://www.thenation.com/article/activism/general-strike-2028-unions-labor-movement/>

7 <https://www.tni.org/en/article/beating-the-climate-clock>

UDO FILTHAUT GEB. HEIBER

17.01.1951 - 11.07.2025

Freund, Genosse, Mensch

■ W. A.

Völlig überraschend ist unser Genosse Udo Ernst Filthaut am 11. Juli 2025 in Oberhausen gestorben. Sein plötzlicher Tod ruft uns schmerzhaft in Erinnerung, wie verletzlich das Leben und wie kostbar die uns gegebene Zeit ist.

Mit Udo verlieren wir einen sehr lieben Freund, einen langjährigen Genossen und solidarischen Mitmenschen.

Geboren wird er am 17. Januar 1951 in dem kleinen bayrischen Dorf Graßlfing unweit von Dachau. Seine Mutter Margarethe Heiber (geb. Kochanowski) ist als Hausfrau tätig. Sein Vater Ernst Albert Heiber arbeitet als Eisenbahner. Beide Eltern stammen aus der im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstörten Ruhrmetropole Essen.

Udo wird katholisch getauft und nach seinem Vater mit dem zweiten Vornamen Ernst benannt. In seiner Jugend ist er Ministrant. Infolge des nah erfahrenen sexuellen Missbrauchs durch Priester entwickelt sich bei ihm ein tiefes Misstrauen gegenüber der katholischen Kirche im Besonderen und gegen Religion im Allgemeinen.

Auch die Volksschule ist für Udo ein Alptraum mit Lehrerinnen, die Kinder wegen ihrer Armut demütigen und sich von Eltern reicher Kinder gerne beschenken lassen. Eine der oft unterschätzten, aber lange nachwirkenden Auswirkungen des Faschismus ist, dass Erwachsene – wie Udo selbst erfährt – Kinder nach Belieben „schurigeln“ dürfen.

Nach dem Abschluss der Volksschule 1965 in München beginnt Udo in einer ortsansässigen Firma für Sanitärgrößhandel eine Ausbildung zum Kaufmann im Groß- und Einzelhandel. Seit dem Wendejahr 1968 arbeitet er als kaufmännischer Angestellter bis 1982.

Einen tiefen Bruch in Udos Arbeitsleben bedeutet die Entscheidung, sich nach der Geburt seiner Tochter Anna Magdalena als Hausmann zu engagieren und der Kindererziehung zu widmen. Seine Partnerin Elfriede bestreitet unterdessen den Großteil des Familienunterhalts.

Daneben ist er ab 1982 als Zusteller der *Süddeutschen Zeitung* tätig. Nach einem schweren Unfall im Jahr 2000 muss Udo diese Tätigkeit bis 2004 unterbrechen.

Im selben Jahr organisiert sich Udo in der neu gegründeten Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Einige Zeit danach kommt er in Kontakt mit der Münchner Ortsgruppe des RSB/IV. Internationale. Sein Engagement vor Ort – nicht zuletzt als Mitorganisator der jährlichen Proteste gegen die internationale „Sicherheitskonferenz“ – machen ihn auch bei den Behörden bekannt. Wenn er frühmorgens als Zeitungsträger auf Tour ist, fährt über einen längeren Zeitraum immer wieder die Polizei neben ihm her.

Udo ist keiner dieser leider auch in der Linken oft anzutreffenden blutleeren und sauertöpfischen Dogmatiker. Solidarität und Menschenrechte sind für ihn Leitlinie im Großen wie im Kleinen. Seine Offenheit für Neues, sein Interesse für Literatur und (Jazz-)Musik kennzeichnen ihn genauso wie seine Begeisterung für ausgedehnte Radtouren und eine bewusste Esskultur.

2010 wählen seine Kolleg:innen ihn, den konsequenten Gewerkschafter, in den Betriebsrat der ZVZ Zentrum GmbH, eines von der *Süddeutschen* abhängigen Unternehmens. Um den „lästigen Betriebsrat und eine aufmüpfige Belegschaft“ loswerden zu können, kündigt die Firmenleitung im Frühjahr 2012 den 53 dort tätigen Zusteller:innen und schließt die ZVZ aus „wirtschaftlichen Gründen“. Danach wird Udo erwerbslos.

Im RSB engagiert sich Udo auf Bundesebene als gewähltes Leitungsmitglied für den Aufbau einer in der Arbeitswelt verankerten demokratischen, sozialistischen Organisation ein.

Am 23. Mai 2013 zieht es Udo der Liebe wegen nach Oberhausen. Dort fühlt er sich bald „richtig zu Hause“.

Sein außerparlamentarisches Engagement gemeinsam mit der dortigen RSB- und späteren ISO-Ortsgruppe ist so vielfältig, dass wir es nur grob skizzieren können: aktiv in der Roten Hilfe, im Kampf gegen BR-Mobbing und unter dem Pseudonym Ernst Kochanowski für unsere Publikationen, Mitbegründer des Essener Krankenhaus-

bündnisses und des Oberhausener Bündnisses für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung, Gründungs- und Vorstandsmitglied des Bildungsvereins Solidarische Gesellschaft e.V. sowie des Vereins zur Förderung eines öffentlichen und solidarischen Gesundheitswesens NRW e.V.

Er selbst fasst diesen unermüdlichen Aktivismus einmal für die Zeitschrift *Avanti* O.so zusammen: „Jetzt, zum Jahresende, könnten wir ganz im Stile des Zeitgeistes verweilen und [...] versuchen, unsere Arbeit quantitativ zu bewerten. Ganz so, aber ironisch gebrochen, wie es uns die ‚sozialen Medien‘ lehren: Tausende von Flugblättern haben wir verteilt – unzählige Stunden im Protest gegen Nazis wie ‚Bürger gegen Politikwahnsinn‘ verbracht – uns an einer 2-stelligen Zahl von Demonstrationen, sogar bundesweit, beteiligt – last but not least auch etliche Veranstaltungen durchgeführt, Filme gezeigt und in mannigfachen Zirkeln gegen das System konspiriert. Kurz, alles was Lieschen M. und Otto N. von Roten Socken erwarten oder befürchten.“

Unser herzliches Beileid gilt den Angehörigen Udos, insbesondere seiner Frau Petra und seiner Tochter Anna Magdalena.

Wir werden Udo nicht vergessen!



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

IRAN NACH DEM „WAFFENSTILLSTAND“

Weshalb der am 24.6. vereinbarte Waffenstillstand zwischen Israel und dem Iran so fragil ist, zeigt dieser Artikel, der sich mit den strategischen Plänen Israels und seiner Funktion als Kettenhund des westlichen Imperialismus in der Region befasst.

■ Houshang Sepehr

Bei der Analyse der militärischen Intervention Israels und nachfolgend der USA gegen den Iran müssen mindestens drei wesentliche Aspekte berücksichtigt werden:

- 1 Dieser Krieg ist ein Krieg um die Hegemonie in der Region, mit dem Ziel, den schwindenden Einfluss des westlichen Imperialismus wiederherzustellen;
- 2 Dieser Krieg zielt darauf ab, Israels strategische Interessen in der Region zu unterstreichen;
- 3 Dieser Krieg ist Teil des israelischen Siedlungsprojekts in Palästina.

Jede Position zu Israels Krieg gegen den Iran muss vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Nach Trumps plötzlicher Ankündigung eines Waffenstillstands zwischen dem Iran und Israel – gefolgt von ersten Dementis und späteren Bestätigungen – entsteht allmählich der Eindruck, als wäre der direkte Krieg Israels gegen den Iran beendet. Die Medien des iranischen Regimes verkaufen ihren Anhängern eine Erfolgsgeschichte, während Trump den Waffenstillstand als eine friedensnobelpreiswürdige Leistung darstellt. Aus den folgenden Gründen sind wir jedoch der Ansicht, dass der Waffenstillstand bestenfalls eine fragile und vorübergehende Pause in einem größeren und längeren Krieg ist.

Warum der Waffenstillstand nicht von Dauer sein wird

Grundsätzlich ist ein Waffenstillstand – im engeren Sinne – das Ergebnis einer bestimmten Kriegssituation, in der

beide Seiten demonstrieren konnten, dass sie gleichstark sind, also ein Kräftegleichgewicht besteht, so dass eine realistische Einschätzung ergibt, dass eine Fortsetzung des Konflikts nur zu gegenseitiger Zerstörung führen würde, ohne klare Aussicht auf einen Sieg für eine Seite.

Eine solche Situation hat es freilich während des 12-tägigen Krieges nie gegeben: Israel war eindeutig im Vorteil, während die Islamische Republik offensichtliche Schwächen in ihren Verteidigungsfähigkeiten aufwies, nachrichtendienstlich verwundbar war und nicht adäquat zurückschlagen konnte. Dies zeigt nicht nur, dass der Waffenstillstand künstlich ist, sondern auch, dass die Wahrscheinlichkeit, ein vertragliches Abkommen mit den USA zu erreichen, mehr denn je sinkt. Eine Einstellung der Feindseligkeiten scheint nur um den Preis weitreichender Zugeständnisse in nuklearen, ballistischen und regionalen Fragen möglich, die mit rechtlichen und politischen Garantien einhergehen und verhindern, dass diese Zugeständnisse in Zukunft in Frage gestellt werden – mit anderen Worten: eine offizielle Kapitulation des Teheraner Regimes.

Andererseits folgt die Beendigung des Krieges in diesem Stadium auch keiner strategischen Logik für Israel als Kriegspartei. Bisher bleibt selbst die Erreichung der Minimalziele dieses Krieges – nämlich die Zerstörung der nuklearen Kapazitäten der Islamischen Republik – fraglich¹, ganz zu schweigen von der Durchsetzung politischer oder militärischer Garantien, um eine künftige Wiederherstellung dieser Kapazitäten zu verhindern.

Der Waffenstillstand könnte daher aus israelischer Sicht einen taktischen Grund haben, nämlich Zeit zu gewinnen, um Lücken im Verteidigungsbereich zu schließen. Gegen Ende des Konflikts hatte die Anfälligkeit der israelischen Verteidigungssysteme erheblich zugenommen. Außerdem hatten die erfolgreichen Cyberangriffe der Islamischen Republik die israelischen Warnsysteme gestört, was bis zum letzten Tag dieses jüngsten Krieges nicht behoben werden konnte. Die jüngste Ankündigung der deutschen Regierung, in Israel einen „Cyberdome“ einzurichten, soll dazu dienen, diese taktischen Lücken zu schließen.

Hinzu kommt, dass es keinerlei schriftliche Dokumente, explizite Bedingungen oder rechtsverbindliche Verpflichtungen zwischen den beiden Parteien gibt, die von unparteiischen Dritten bestätigt wurden, was an sich schon den fragilen und zeitlich begrenzten Charakter dieses angeblichen Waffenstillstands beweist. Ganz zu schweigen von den zahlreichen, seit jeher bestehenden Verstößen Israels gegen seine schriftlichen Verpflichtungen – von den Osloer Abkommen bis hin zum schriftlichen Waffenstillstand mit dem Libanon im vergangenen November –, was zeigt, dass für Tel Aviv keine rechtliche Vereinbarung wirklich bindend ist.

Zwar gehören widersprüchliche Aussagen, konfuse Entscheidungen und strategische Inkohärenz zu Trumps Markenzeichen, und er hat dies bei seinen politischen Maßnahmen zumeist auf die Spitze getrieben (sei es bei den Zöllen oder dem jüngsten militärischen Krieg). Doch die schlechte Bilanz des jüngsten Konflikts in politischer und medialer Hinsicht hat ihn nach eigenen Angaben dazu veranlasst, auf der Grundlage des zwölfjährigen Krieges mögliche Verhandlungen mit der Islamischen Republik über ein neues Abkommens (JCPOA 2) zu führen. Wenn das scheitert, könnte er Israel grünes Licht für die Wiederaufnahme des Krieges geben.

Wie bereits erwähnt, spielen auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle, die den neuerlichen Konflikt mit dem Iran für die USA nicht unattraktiv machen: Der relative Anstieg des Ölpreises während des kurzen Krieges hat die Förderung von US-Schieferöl wieder angekurbelt und viele im Energiegeschäft tätige Banken dazu veranlasst, sich von OPEC-Öl wegen der geopolitischen Risiken abzuwenden und stattdessen Terminkontrakte auf Schieferöl abzuschließen.

Es war deutlich zu sehen: Sobald die Islamische Republik mit der Sperrung der Straße von Hormus drohte, kehrte Trump mit seinem berühmten Wahlkampfslogan „*Drill, baby, drill*“ zurück auf die Bühne und versprach

seinen wichtigsten Unterstützern, den amerikanischen Ölkonzernen, noch höheren Profit. Dieser Punkt ist umso wichtiger, als einige dieser Unternehmen nur wenige Wochen vor diesem Konflikt aufgrund des Ölpreisverfalls kurz vor der Schließung standen. Ein Anstieg um nur 10 bis 20 Dollar pro Barrel hätte sie aus dieser Sackgasse herausholen und wieder in die Gewinnzone bringen können.

Aufgrund der höheren Förderkosten für leichtes Schieferöl im Vergleich zu Schweröl wird geschätzt, dass diese Unternehmen bei einem Preis unter 50 Dollar pro Barrel in eine Krise geraten und ihre Produktion nicht mehr rentabel ist. Bei 55 Dollar können sie sich gerade noch halten, bei 60 Dollar könnte sich ihre Lage stabilisieren, und bei 65 Dollar oder mehr könnte die Fracking-Industrie in den USA wachsen und sich weiter entwickeln.²

Der militärische und politische Zweck des Waffenstillstands

Während die Islamische Republik den Waffenstillstand offiziell als Ergebnis ihrer militärischen Überlegenheit darstellt, insbesondere durch den abgesprochenen und symbolischen Angriff auf den amerikanischen Stützpunkt Al-Udeid in Katar, und die offizielle Lesart der USA ihn auf das entschlossene Eingreifen Washingtons zur „vollständigen Zerstörung“ der iranischen Nuklearkapazitäten zurückführt, liest sich die israelische Version ganz anders.

Israel bezeichnet diesen Waffenstillstand als taktische und vorübergehende Maßnahme³, die mit impliziten Bedingungen verbunden ist, darunter die vollständige Kontrolle des iranischen Luftraums und die sofortige Wiederaufnahme der Angriffe im Falle jeglicher Versuche zum Wiederaufbau militärischer oder nuklearer Anlagen.

Abgesehen von dieser vagen Interpretation des Waffenstillstands durch Israel ist es unserer Meinung nach nicht auszuschließen, dass dieser „Waffenstillstand“ selbst eine Kriegstaktik ist, die darauf abzielt, die Sicherheitsvorkehrungen um hochrangige iranische Verantwortliche zu lockern, ihre Verfolgung zu erleichtern und gezielte Attentate auf hochrangige Persönlichkeiten, insbesondere auf Khamenei oder andere hochrangige Militärs, zu verüben, die Israel während des laufenden Konflikts nicht eliminieren konnte.

Die ausdrücklichen Erklärungen israelischer Politiker, die die Option einer Ermordung Khameneis ins Spiel bringen, sowie das Geständnis eines iranischen Verantwortlichen über einen gescheiterten Versuch Israels, die Chefs der drei Streitkräfte zu töten⁴, sowie die Aufrecht-

erhaltung der Kriegs-Sicherheitsvorkehrungen durch das Regime während vier bis fünf Tagen nach dem Waffenstillstand scheinen diese Hypothese seitens der iranischen Sicherheitsdienste zu bestätigen. Zu diesen Vorkehrungen gehören: die Verschiebung der Beerdigung der Kommandeure des Korps der Revolutionsgarden, die Weigerung Khameneis, tagelang in der Öffentlichkeit zu erscheinen, die Verlängerung des Verbots von Inlands- und Auslandsflügen und die Fortsetzung des Home-Office in den Verwaltungen.

Man muss beachten, dass dieser direkte Krieg die Fortsetzung eines früheren indirekten Konflikts ist, der sich im Laufe des vergangenen Jahres verschärft hatte und zu fast täglichen Morden, Cyberangriffen, Sabotageakten, Brandstiftungen und Schikanen oder Stellvertreterkriegen geführt hatte. In den letzten Monaten vor dem direkten militärischen Konflikt hatte ein Stellvertreterkrieg sogar zur Schwächung und Lähmung der regionalen Armeen der Islamischen Republik geführt.

Aus dieser Sicht stellt der derzeitige Waffenstillstand keine Unterbrechung des Konflikts selbst dar, sondern lediglich eine Veränderung der Form und der Mittel der Kriegsführung – einen Übergang von offenen Angriffen zu verdeckten, indirekten und durch Mittelsmänner ausgeführten Aktionen, wie es zuvor der Fall war.

Allerdings wird der Stellvertreterkrieg nach den Erfahrungen dieses jüngsten direkten Krieges anders ausfallen als zuvor. Angesichts des nun deutlich günstigeren Kräfteverhältnisses für Israel könnte eine neue Phase des indirekten Krieges folgendermaßen aussehen: wiederholte Verletzungen des iranischen Luftraums, gezielte politische und militärische Attentate und parallel dazu Propaganda des Regimes, um diese Angriffe herunterzuspielen oder zu leugnen und sie als Unfälle oder Naturkatastrophen darzustellen.

Für die Islamische Republik ist dieser Waffenstillstand eine einmalige Gelegenheit, die Repression, Massenverhaftungen und Hinrichtungen auszuweiten und mit Gegnern abzurechnen, die sie zuvor aus Angst vor Volksaufständen nicht so offen ins Visier nehmen konnte. Ein Krieg bietet den idealen Nährboden für die Schaffung eines Klimas der Unterdrückung im eigenen Land.

Der vorgefertigte Vorwurf der Spionage oder der Kollaboration mit einem feindlichen Staat ermöglicht es nicht nur, Verhaftungswellen, Folter, harte Urteile oder Todesstrafen zu legitimieren und zu forcieren, sondern auch die Unterdrückung afghanischer Migrant:innen und nationaler Minderheiten zu verschärfen.

Außerdem wird das Regime unter dem Vorwand des Ausnahmezustands und der Aufstockung des Militärbudgets den wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiterklasse erhöhen und die Verantwortung des Staates für die Versorgung mit grundlegenden Gütern und öffentliche Dienstleistungen weiter einschränken.

Was folgt daraus?

Der derzeitige fragile Waffenstillstand ist nur eine kurze und vorübergehende Pause. Er markiert einen Wandel des Konflikts von einem direkten zu einem indirekten Krieg sowie der Kriegsführung von Raketen und Kampfflugzeugen hin zu gezielten Attentaten und Sabotageakten am Boden. Während dieser Zeit sieht die Bevölkerung keine Raketen mehr auf städtische Gebiete einschlagen und glaubt, der Krieg sei vorbei, während der Konflikt in Wirklichkeit auf hinterhältigere Weise unter der Oberfläche des Alltags weitergeht.

Für die Islamische Republik stellt dies eine Gelegenheit dar, die Unterdrückung im Inland zu verstärken und ein Klima politischer Friedhofsruhe zu schaffen. Die Verbreitung der Illusion eines dauerhaften Waffenstillstands oder gar eines möglichen Friedens – sei es durch die Intervention internationaler Institutionen, westlicher oder östlicher kapitalistischer Mächte oder durch Zugeständnisse der Islamischen Republik in ihren Verhandlungen mit den USA – dient nur einem Ziel: den Blick von den strukturellen und systemischen Ursachen dieses Krieges abzulenken, nämlich den Merkmalen der Weltwirtschaftspolitik, die ihn hervorbringt, und den einzigen wirklichen Ausweg auszuschließen: die Revolution.

In Zeiten wie diesen bleibt nicht aus, dass opportunistische und reformistische Kräfte auf Seiten der Linken diesen Konflikt auf einen manichäischen Gegensatz zwischen „Gut“ und „Böse“ zu reduzieren versuchen. Sie bekämpfen Alle, die sich sowohl gegen imperialistische Aggressionen als auch gegen das bestehende Regime wenden. Dabei genügt es momentan, durch die Straßen von Teheran zu gehen, um willkürlichen Durchsuchungen ausgesetzt zu sein, und beim geringsten Anzeichen von Dissens können persönliche Gegenstände zur Erstellung einer Strafsakte und zur Rechtfertigung einer Verhaftung verwendet werden.

Angesichts dessen ist Klassenunabhängigkeit keine idealistische oder theoretische Haltung, sondern eine praktische Notwendigkeit. Im Folgenden werden wir eine solche Position als „dritte Front“ bezeichnen.

Die ersten zehn Tage des Krieges haben den meisten Menschen, die in Israel einen möglichen Befreier gesehen hatten, die Augen geöffnet. Die folgenden zehn Tage waren geeignet, die Illusionen bestimmter politischer Strömungen, insbesondere der zögerlichen Linken, zu zerstreuen, die zuletzt zur Verteidigung des gefährdeten Vaterlandes beinahe in die Reihen der Revolutionsgarden getreten wären!

Diese Strömungen greifen unablässig die Anhänger einer „dritten Front“ an, die sich sowohl gegen Einmischungen von außen als auch gegen das Unterdrückerregime stellen. Sie verteidigen den Klassenkampf nur in Friedenszeiten, in Kriegszeiten predigen sie Klassenfrieden! Dabei vergessen sie jedoch naiv, dass sie es sind, die sich mit der Islamischen Republik arrangieren, und nicht umgekehrt!

Warum sollte die Islamische Republik mit ihrem gut ausgestatteten Arsenal an Raketen, Drohnen, Vasallen im Ausland, Geheimdiensten, dreierlei Streitkräften und einer mächtigen Propagandamaschinerie kleine Gruppen „linker“ Propagandisten brauchen, es sei denn, um sie als Fürsprecher oder Mitläufer zu missbrauchen? Diese politischen Tendenzen messen dem „drohenden aktuellen Krieg“ eine enorme Bedeutung bei, als hätte es in der Geschichte nie Weltkriege gegeben und als hätte die internationale revolutionär-sozialistische Bewegung keine Tradition, keine Theorie und keine klare Antwort im Sinne der Arbeiterklasse auf die Frage des Krieges!

Diese Leute bezeichnen die dritte Front als „Kathedersozialisten“, während sie eigentlich, um nicht bloß auf dem Papier zu agieren, die Unterdrücker aktiv unterstützen müssten, an Regierungsversammlungen teilnehmen, bei der Identifizierung verdächtiger Personen helfen, Anhänger der „dritten Front“ als „Agenten Israels“ denunzieren und im Namen der „Stärkung des Feindes“ jeden Streik oder jede Arbeiterbewegung unterbinden etc. Damit würden sie zumindest eine konsequente Haltung in dieser reaktionären Position zeigen!

Eine weitere rechte Strömung innerhalb der sogenannten Linken, die sich zum jüngsten Krieg äußert, ist diejenige, die unter dem Vorwand, die „Dritte Front“ (Opposition zu beiden Kriegsparteien) zu unterstützen, dieses Konzept vollständig seines Klasseninhalts entleert hat und stattdessen die Intervention von Organisationen vorschlägt, die die bestehende Ordnung garantieren, wie die Vereinten Nationen, die Internationale Atomenergie-Organisation etc. Der Krieg selbst ist jedoch aus den bestehenden Verhältnissen entstanden, und die Rolle dieser Institutionen besteht gerade darin, ihn zu rechtfertigen.

Die Geschichte hat gezeigt, dass Kriege zwischen kapitalistischen Staaten unabhängig vom Willen und den Kräften der Revolutionäre entstehen. Daher ist es die Aufgabe der Revolutionäre, die Taktiken des Klassenkampfes an die sich verändernden Bedingungen anzupassen und nicht die revolutionäre Strategie komplett zu verwerfen. Denn Revolutionen finden niemals im Labor oder unter isolierten Bedingungen statt, und jede Perspektive, die versucht, Kampffronten zu hierarchisieren oder zu priorisieren, wird sich letztendlich auf die Seite einer dieser Fronten stellen.

Dieser kurzlebige Waffenstillstand ist zwar eine Gelegenheit für den äußeren Aggressor und die repressiven Kräfte im Inneren, sich zu sammeln, aber er muss auch eine Gelegenheit für die Arbeiter:innen, Frauen, Studierenden und kämpfenden Völker sein, sich zu konsolidieren und die Initiative wieder zu ergreifen.

Dies ist eine Chance:

- für theoretische Vertiefung, und Aufklärungskampagnen zur Darlegung der Interessen der Konfliktparteien und als Beitrag zur Verschärfung des Klassenkonflikts durch die Stärkung der „dritten Front“;
- für den Ersatz sicherer und verschlüsselter Kommunikationsmittel (im Falle einer Unterbrechung des Internets);
- für das Erlernen von Erster Hilfe und logistischen Vorbereitungen (Medikamente, Lebensmittel, Bargeld und in bestimmten Gebieten und unter der Voraussetzung eines sicheren Zugangs auch Waffen);
- für den Wiederaufbau der nach der Unterdrückung der Revolte von 2022 zerstreuten Gruppen;
- für eine sozialistische Intervention in den wenigen aktiven unabhängigen Gewerkschaften und Kollektiven und Stärkung der Verbindungen zu denen, die sich im Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten wiedererkennen, mit Blick auf die „dritte Front“ (obwohl glücklicherweise die Mehrheit der Erklärungen, insbesondere der Gewerkschaften, sich gegen beide Kriegsparteien ausgesprochen hat, herrschen nach wie vor Missverständnisse über die Gründe des Konflikts und illusionäre Hoffnungen auf eine Intervention durch äußere Institutionen wie der UNO – statt sich auf die tatsächliche Macht der Arbeiterklasse selbst zu stützen);
- und andere Initiativen dieser Art.

Aus: <https://alencontre.org/> vom 25. Juli

Übersetzung: MiWe

1 Ein durchgesickter Bericht des Pentagons über die Ergebnisse des US-Angriffs auf Fordow stellt das tatsächliche

Ausmaß der Zerstörung dieser Atomanlagen in Frage: <https://edition.cnn.com/2025/06/24/politics/intel-assessment-us-strikes-iran-nuclear-sites>

Außerdem ist der Verbleib von 400 Kilogramm auf 60% angereichertem Uran weiterhin unklar, während zudem über die Existenz anderer versteckter Atomanlagen der Islamischen Republik von amerikanischen und israelischen Geheimdiensten spekuliert wird. So soll es beispielsweise nur wenige Minuten von der Anlage in Natanz entfernt einen weiteren unterirdischen Komplex geben, der sich unter dem Berg „Kolang Gazla“ befindet und tiefer als Fordow liegt. Der Zugang zu diesem Komplex wäre viel schwieriger und er könnte als Lager für dringend benötigtes angereichertes Uran oder als Montageausrüstung für Zentrifugen dienen. In den letzten Jahren wurde der Bau und die Entwicklung dieses Komplexes in den USA vom Institute for Science and International Security (ISIS) überwacht und dokumentiert: https://isis-online.org/uploads/isis-reports/documents/New_Security_Perimeter_Around_Natanz_Mountain_Area_Final_April_23_2025.pdf

2 <https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2025-06-24/israel-iran-conflict-ceasefire-or-not-the-world-is-swimming-in-oil>

3 Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz: „Dieser Waffenstillstand ist nicht das Spielende, sondern eine taktische Pause. Wenn der Iran glaubt, dass er diese Pause nutzen kann, um wieder aufzurüsten, irrt er sich gewaltig.“ – Zitat aus der *New York Times* vom 24. Juni 2025.

Eyal Zamir, Stabschef der israelischen Armee: „Wir stehen am Ende einer wichtigen Phase, aber der Kampf gegen den Iran ist noch nicht vorbei.“

Benjamin Netanjahu, Ministerpräsident Israels: „Wir haben diese vorübergehende Maßnahme akzeptiert, weil die ursprünglichen Sicherheitsziele Israels erreicht wurden. Aber täuschen Sie sich nicht: Das ist kein Frieden, sondern nur eine Pause.“ – Zitat aus dem *Wall Street Journal*, 23. Juni 2025.

4 Versuchter Mord an hochrangigen Vertretern des iranischen Regimes durch Israel: Am 26. Chordad (Mitte Juni) 2025 wurde dieser Versuch zunächst von Vahid Jalili, Vizepräsident des iranischen Staatsfernsehens (IRIB), erwähnt und dann von Peseschkian, dem Präsidenten der Islamischen Republik, aufgegriffen.

NEU bei ISP



IV. Internationale

Manifest für eine ökosozialistische Revolution Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!

Herausgegeben von:

BfS (Schweiz), ISO (Deutschland),
SOAL (Österreich)

64 Seiten, 4,00 € zzgl. Porto 2,00 €

2025, ISBN 978-3-89 900-161-7

Das kapitalistische Profitstreben vergrößert die soziale Ungleichheit und zerstört unseren Planeten und somit den einzig verfügbaren Lebensraum. Statt besinnungslos die Produktion immer weiter und ungeachtet der realen Bedürfnisse voranzutreiben, treten wir für einen demokratischen und revolutionären Sozialismus ein, der den ökologischen und anderen drängenden Herausforderungen gerecht wird.

Das vorliegende Manifest der Vierten Internationale, angenommen auf dem 18. Weltkongress, plädiert für eine andere – ökosozialistische – Gesellschaft und entwirft dafür Übergangsforderungen, die an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Unser zentrales Anliegen hierbei ist, die Kämpfe gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zusammenzuführen und damit den Erfolg zu ermöglichen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

DIE HÜGELJUGEND IN ISRAELS MILITÄRSTRATEGIE IN DER WESTBANK

Immer häufiger greifen Siedlermilizen mit Unterstützung der israelischen Politik Palästinenser:innen im besetzten Westjordanland an, um sie zu vertreiben und Land zu beschlagnahmen.

■ **Meron Rapoport**

Letzte Woche, nur wenige Tage nachdem israelische Streitkräfte drei Palästinenser erschossen, als sie Siedler deckten, die das palästinensische Dorf Kafr Malik im Westjordanland gewaltsam stürmten, brandete eine ungewöhnliche Welle der Empörung durch die israelische Politik und die Medien ... jedoch nicht wegen der toten Palästinenser, sondern weil kurz darauf Siedler auf israelische Soldaten losgegangen waren.

Am Freitagabend griffen Siedler, die in Israel gemeinhin als „Hügeljugend“ bezeichnet werden, Soldaten an, die auf einem Außenposten in der Nähe von Kafr Malik, nordöstlich von Ramallah, stationiert waren. Am folgenden Tag stürmte dieselbe Gruppe einen nahe gelegenen Militärstützpunkt.

Für die Militärs kam die Aggression ihrer eigentlichen Bündnispartner unerwartet, gar verstörend, waren sie doch seit langem daran gewöhnt, den Siedlern bei ihren Überfällen auf palästinensische Gemeinden Geleitschutz zu geben. Auch ist der Begriff „Hügeljugend“ in Teilen wohl überholt, denn ihre Struktur, ihre Taktik und ihr wachsendes Selbstvertrauen lassen darauf schließen, dass sie inzwischen eher als paramilitärische Organisation denn als informelle Ansammlung radikalisierte junger Siedler fungiert.

Premierminister Benjamin Netanjahu, Verteidigungsminister Israel Katz und Politiker aus dem gesamten poli-

tischen Spektrum Israels, sowohl der Regierungskoalition als auch der Opposition, verurteilten die Angriffe auf die Soldaten umgehend. Die ständigen Gewaltmaßnahmen dieser Siedlergruppen gegen Palästinenser seit Jahren hingegen bleiben ohne politische oder rechtliche Konsequenzen.

Staatlich sanktionierte Gewalt

Die Zunahme der Siedlermilizen ist kein neues Phänomen. Während der Zusammenstöße zwischen Juden und Palästinenser:innen im Mai 2021 führten koordinierte Siedlermilizen gleichzeitig Angriffe auf palästinensische Dörfer im gesamten Westjordanland durch. Diese Milizen agieren nicht spontan, sondern im Rahmen einer Organisation, der mehrere hundert bewaffnete Männer angehören.

Neu hingegen ist die offensichtliche Formalisierung ihrer Operationen unter der derzeitigen israelischen Regierung. Seit Bezalel Smotrich, der auch als israelischer Finanzminister fungiert, die Kontrolle über die Zivilverwaltung im Westjordanland übernommen hat, agieren diese Milizen offenbar in enger Abstimmung mit einem weiterreichenden strategischen Ziel: die Ausweitung der israelischen Kontrolle über das Gebiet C, das etwa 60 Prozent des Westjordanlandes ausmacht, wodurch die Möglichkeit der Gründung eines künftigen palästinensischen Staates de facto verhindert wird.

Zentraler Bestandteil dieser Strategie ist die Ausbreitung der so genannten „Hirtenfarmen“, eines Siedlungsmodells, das es den Siedlern ermöglicht, große Landstriche ohne formale Regierungsgenehmigung und mit wenig oder gar keinem militärischen Widerstand in Besitz zu nehmen. Diese Farmen umfassen in der Regel anfangs nur wenige Siedler, manchmal bloß zwei oder drei, dehnen sich aber schnell über weite Gebiete aus.

Durch diese Außenposten gelingt es kleinen Gruppen von Siedlern, oft in Allianz mit der Hügeljugend, die Kontrolle über weite Landstriche zu erlangen. Die Siedler, die diese Farmen betreiben, schüchtern systematisch die palästinensischen Hirten und Bewohner:innen ein und vertreiben sie gewaltsam, wodurch de facto „ausgegrenzte“ Zonen ohne offizielle Annexion geschaffen werden.

Für die im Westjordanland lebenden Palästinenser:innen sind weder Gewalt noch Enteignung durch diese Milizen neu oder Einzelfälle. Die jüngsten Angriffe auf israelische Soldaten haben jedoch kurzzeitig die Aufmerksamkeit auf diese Gruppen gelenkt und einen Alltag aufgedeckt, den die Palästinenser:innen seit langem ertragen müssen, nämlich dass sich Teile der Siedlerbewegung zu organisierten Milizen entwickeln, die ungestraft Landraub begehen.

Smotrichs Strategie

Unter Smotrichs Ägide werden nun viele dieser Farmen legalisiert. Gleichzeitig häufen sich die (anscheinend gezielten und koordinierten) Angriffe auf palästinensische Hirten und Beduinengemeinschaften östlich der Alon-Straße, insbesondere im Jordantal. Das Ziel dieser Angriffe liegt auf der Hand: die Vertreibung der Palästinenser:innen aus dem Gebiet.

Neuerdings dringen die Siedlermilizen von der Alon Road aus nach Westen vor und rücken auf die Regionen Nablus und Ramallah zu. Einerlei, ob die Milizen auf direkten Befehl von Smotrich selbst vorgehen oder nicht, die Ziele sind eindeutig identisch. Beide arbeiten darauf hin, die israelische Kontrolle über das Gebiet C zu festigen und die palästinensischen Bewohner:innen zu vertreiben. Smotrichs offensichtliches Ziel ist es, diese annektierten Gebiete so weit wie möglich von Palästinensern zu säubern, um die Zahl derer, die Anspruch auf die Staatsbürgerschaft haben, zu verringern.

Ein Beispiel für diese stillschweigende Zusammenarbeit wurde nach den Ereignissen vom vergangenen Freitag deutlich. Smotrich erklärte, dass das Schießen auf Juden „eine rote Linie“ darstelle, die nicht überschritten werden

dürfe, und stellte unmissverständlich fest, dass es verboten sei, auf Juden zu schießen.

Die Siedler hatten zunächst behauptet, ein 14-jähriger Junge sei von israelischen Soldaten erschossen worden, obwohl sich später herausstellte, dass der Junge verletzt worden war, als er an einem ganz anderen Ort Steine auf Soldaten warf. Dennoch schloss sich Smotrich der Version der Hügeljugend an. Der Angriff auf den Militärstützpunkt am folgenden Tag zwang den Finanzminister, sich vom Vorgehen der Siedler öffentlich zu distanzieren, doch die gemeinsamen strategischen Interessen beider Seiten bleiben intakt.

Die Zunahme der Angriffe auf Palästinenser in letzter Zeit könnte auf die Sorge des israelischen Finanzministers zurückzuführen sein, dass die Regierung auseinander bricht oder dass er in der nächsten Regierung nicht mehr vertreten sein wird. In den meisten Umfragen kommt Smotrichs zionistische Nationalreligiöse Partei nicht über die Wahlhürde.

Smotrich ist einer der raffiniertesten und schärfsten Politiker in Israel und verfügt über ein ausgeprägtes historisches Bewusstsein. Die aggressive Expansion bewaffneter Siedlermilizen im Westjordanland ist nicht einfach eine zufällige Abfolge isolierter Angriffe, sondern Teil von Smotrichs Ambitionen, im Falle eines Regierungswechsels unumkehrbare „Fakten vor Ort“ zu schaffen.

Er könnte mit seiner Berechnung durchaus Recht haben. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass eine künftige israelische Regierung Hirtenfarmen oder Außenposten im Westjordanland auflösen wird, und noch unwahrscheinlicher, dass sie vertriebene Palästinenser auf das Land zurückkehren lassen wird, von dem sie vertrieben wurden.

Möglicherweise hat Smotrich auch die Konturen des Nahostplans der Trump-Administration im Sinn, den er öffentlich kritisiert hat. Nach diesem Plan würde ein Großteil des Gebiets C an Israel angegliedert werden, während ein fragmentierter palästinensischer Staat in Form isolierter Enklaven im gesamten Westjordanland existieren würde.

Smotrichs offensichtliches Ziel ist es, sicherzustellen, dass in diesen annektierten Gebieten so wenig Palästinenser:innen wie möglich leben, um die Zahl derer, die Anspruch auf die Staatsbürgerschaft oder volle Rechte im israelischen Staat hätten, zu verringern.

Der anhaltende Krieg im Gazastreifen prägt auch das Denken der Siedlermilizen und stärkt Smotrich und den Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben Gvir. Dadurch ist eine laissez-faire-Situation entstanden, die diese

Akteure zu ermutigen scheint, ihre Agenda im Westjordanland zu forcieren.

Die Wunschträume der Siedler

Die Siedler hegen seit langem den Ehrgeiz, das Westjordanland seiner palästinensischen Bevölkerung zu entledigen. Jahrelang wurde dieses Ziel weithin als unerreichbar angesehen, selbst unter den Siedlern. Die nahezu vollständige Zerstörung des Gazastreifens und die zunehmende öffentliche Wahrnehmung, dass die ethnische Säuberung des Gazastreifens nahezu explizit zu einem der Kriegsziele von Premierminister Netanjahu geworden ist, haben die Siedlergruppen jedoch in dem Glauben bestärkt, dass ein solches Szenario auch im Westjordanland möglich sein könnte.

Eine ethnische Säuberung im Westjordanland würde jedoch weitaus größere logistische und politische Herausforderungen mit sich bringen als in Gaza. Anders als im Gazastreifen sind im Westjordanland Palästinenser und Siedler als Bevölkerung stärker miteinander verflochten. Darüber hinaus würde Jordanien (das direkt an der Grenze liegt) mit Sicherheit weit weniger tolerant reagieren als Ägypten, falls Israeli versuchen sollte, Hunderttausende von Palästinenser:innen gewaltsam auf jordanisches Gebiet zu zwingen.

Dennoch scheinen einige der Methoden, die das israelische Militär derzeit in Gaza anwendet, allmählich auch im Westjordanland Einzug zu halten, wenn auch in kleinerem Maßstab. In den letzten Monaten wurden große Teile der Flüchtlingslager von Tulkarm und Dschenin sowie andere Gebiete mit Bulldozern geräumt, und Hunderte von Häusern wurden von den israelischen Streitkräften abgerissen.

Die Bilder aus diesen Gebieten ähneln zunehmend denen aus dem Gazastreifen. Auch wenn das Westjordanland noch nicht genauso viele Verheerungen wie in Gaza erlebt, kann das, was sich dort abspielt, durchaus als Vorbereitung für die weiterreichenden Pläne Smotrichs und der Siedlermilizen zur „Säuberung“ wesentlicher Gebiete von Palästinensern angesehen werden.

Wer schlägt härter zu?

Der Angriff von Siedlermilizen auf die israelische Armee am vergangenen Freitag stellte eine seltene Ausnahme von den ungeschriebenen Regeln dar, die seit langem das Verhältnis zwischen Siedlern und dem Militär im Westjordanland regeln. Dieser „Unfall“ löste innerhalb Israels einige Kritik aus. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass diese

Kritik nennenswerte Auswirkungen auf das Vorgehen der Milizen oder den weiteren Verlauf der Siedlungsexpansion und der Vertreibung der Palästinenser:innen haben wird.

Verteidigungsminister Israel Katz, der vor kurzem die Anwendung von Verwaltungshaftbefehlen gegen jüdische Siedler aufhob (und damit die Kompetenzen der jüdischen Abteilung des Inlandgeheimdienstes Schin Bet schwächte), hat nun die Bildung einer neuen Polizeieinheit angekündigt, die sich mit der Gewalt von Siedlern befassen soll. Katz zufolge werden die israelische Armee und der Schin Bet in gewissem Umfang beteiligt sein, aber die Einheit wird in erster Linie von Polizeibeamten geleitet werden.

In der Praxis besteht jedoch kaum ein Zweifel daran, dass die Ernennung des Kommandeurs der Einheit die Zustimmung von Ben Gvir erfordert, der die Polizei beaufsichtigt und weithin als Verbündeter der Siedlerbewegung gilt. Die Schaffung dieser Einheit dient offensichtlich weniger dazu, die Gewalt der Siedler einzudämmen, sondern vielmehr als politisches Manöver zur Beeinflussung der Öffentlichkeit. Es geht wohl eher darum, von Kritik abzulenken, als sich ernsthaft mit den anhaltenden Angriffen auseinanderzusetzen.

Öffentliche Kritik an israelischen Soldaten ist in Israel weitgehend unpopulär, und selbst Israelis aus der Mitte und der rechten Mitte lehnen Gewalt von Siedlern gegen Palästinenser:innen ab. Diese Faktoren stellen eine potenzielle Bedrohung für das politische Vorhaben von Smotrich und der Siedlermilizen dar. Doch trotz dieser inneren Spannungen ist es unwahrscheinlich, dass das Vorhaben als solches zum Scheitern gebracht wird.

Smotrich und Ben Gvir, die als prominenteste Vertreter der Siedlerbewegung in der Knesset fungieren, sind mittlerweile so fest in der israelischen Regierung verankert, dass man sich kaum vorstellen kann, dass diese Agenda von innen heraus ernsthaft in Frage gestellt wird.

Wie es bei gewaltbereiten Bewegungen dieser Art häufig der Fall ist, könnte es jedoch extremere Kräfte geben, die Smotrich und Ben Gvir als zu moderat oder zu wenig engagiert für ihre Sache ansehen. Letztlich handelt es sich jedoch um einen Wettstreit zwischen Fraktionen, die von einer eskalierenden Radikalität angetrieben werden. Es ist ein Wettstreit darum, wer härter zuschlägt.

Aus: *Middle East Eye* vom 4. Juli

Übersetzung: MiWe



SOLIDARITÄT MIT GAZA IST NICHT ANTISEMITISCH

Die Massenbewegung der Solidarität mit der Bevölkerung von Gaza und Palästina weltweit wird als antisemitisch abgestempelt und ist Repressionen ausgesetzt, sowohl kollektiv durch das Verbot von Palästina-Solidaritätsorganisationen als auch gegen Einzelpersonen, darunter viele Akademiker:innen, die entlassen wurden, weil sie den israelischen Völkermord in Gaza verurteilten.

■ Dave Kellaway

Einer der letzten Fälle dreht sich um das große Glastonbury-Musikfestival in Großbritannien. Die pro-palästinensische Rap-Gruppe Kneecap aus Belfast wurde bereits stigmatisiert, indem sie vom Livestream der BBC von der Veranstaltung ausgeschlossen wurde. Das Duo Bob Vylan¹ war jedoch auf dem Livestream zu sehen, so dass ihr Ruf „Death to the IDF“ (Tod der israelischen Armee), der von der Menge aufgenommen wurde, live übertragen wurde. Dies hat für große Aufregung gesorgt, mit Forderungen nach der Entlassung des BBC-Vorsitzenden, polizeilichen Ermittlungen und Anfragen im Parlament. Währenddessen geht der Völkermord weiter und löst weit weniger Verurteilungen aus.

Die *Daily Mail*, die BBC, Kulturministerin Lisa Nandy und die meisten Mainstream-Medien haben Maßnahmen gegen den Musiker Bobby Vylan wegen antisemitischer Hassrede gefordert, weil er den berüchtigten Ruf „Tod der IDF“ (Israelische Armee) angestimmt hat. Tatsächlich lügt die Mail und verleumdet Vylan auf ihrer Titelseite, indem sie behauptet, er habe zum Tod von Israelis aufgerufen.

Wer ist hier antisemitisch?

Die Behauptung, die Parole „Tod der IDF“ sei antisemitisch, ist selbst antisemitisch im Sinne von mindestens zwei der in der IHRA-Arbeitsdefinition des Antisemitismus aufgeführten Beispiele für Antisemitismus. Darin heißt es, dass Folgendes als antisemitisch betrachtet wird:

- Das Verantwortlichmachen der Jüdinnen und Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Jüdinnen und Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nichtjüdinnen und Nichtjuden.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Jüdinnen und Juden für Handlungen des Staates Israel.

Bob Vylan hat nie unterstellt, dass Juden als Volk für das Fehlverhalten der IDF verantwortlich seien oder dass Juden kollektiv für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich seien. Hätte er „Tod den Juden“ oder „Israelis“ gerufen, wäre eine Grenze überschritten worden. Das tat er nicht.

Viele Jüdinnen und Juden außerhalb Israels sind der Meinung, dass die IDF das jüdische Volk in keiner Weise repräsentiert, da sie Hunderte von Menschen erschießt, die an den vom Militär kontrollierten Lebensmittelverteilungsstellen für Lebensmittel anstehen, und durch ihre Bombenangriffe Zehntausende von Kindern tötet. Eine Minderheit jüdischer Menschen innerhalb Israels lehnt das Vorgehen der IDF ebenfalls ab. Jüdische Menschen, die gegen den Völkermord sind, lehnen es vehement ab, dass sie in irgendeiner Weise für das verantwortlich gemacht werden, was die IDF im Gazastreifen und im Westjordanland tut. Sie sagen: Nicht in unserem Namen.

In seiner gesamten Geschichte hat sich der israelische Staat als Synonym für die jüdische Religion, Gesellschaft und Kultur dargestellt. Folglich wird jede Kritik an seinem Handeln automatisch als antisemitisch definiert. Nur weil fast alle Mitglieder der IDF jüdischen Glaubens sind, ist sie noch lange keine jüdische Körperschaft. Die meisten US-Soldat:innen identifizieren sich wahrscheinlich mit der christlichen Religion und Kultur, aber die massenhafte Opposition gegen ihre Aktionen in der ganzen Welt, von Vietnam bis Irak, hat sie niemals als christlich verstanden. Als Regierungen und Medien den Aufruf zur Vernichtung der ISIS unterstützten, behauptete niemand, dies sei islamfeindlich, nur weil die Mitglieder der ISIS fast immer islamischen Glaubens sind.

In der Erklärung von Bob Vylan nach dem Aufsehen, das das Duo erregt hat, wird dieser Punkt mit Nachdruck betont:

„Wir sind nicht für den Tod von Juden, Arabern oder irgendeiner anderen Ethnie oder Gruppe von Menschen“, schrieb das Duo am Dienstag in einem Beitrag auf Instagram. „Wir sind für die Zerschlagung einer gewalttätigen Militärmaschinerie – einer Maschine, deren eigene Soldaten angewiesen wurden, ‚unnötige tödliche Gewalt‘ gegen unschuldige Zivilisten anzuwenden, die auf Hilfe warten. Einer Maschine, die einen Großteil des Gazastreifens zerstört hat.“

Vylan hat sicherlich gute Gründe, die *Daily Mail* und andere, die ihn des Antisemitismus beschuldigen, zu verklagen.

Was die „Tod der“-Parole bedeutet

Wenn man gegen eine völkermörderische Besatzung kämpft, bei der täglich Hunderte von Familienangehörigen, Freunden und Nachbarn bombardiert und getötet werden, ist es eine gerechte, menschliche und logische Reaktion, die Niederlage und sogar den Tod der Soldaten zu fordern, die einen töten. So wird die offizielle Ideologie während des Zweiten Weltkriegs gegen die deutsche Armee argumentiert haben. Es war ein Krieg – auf Leben und Tod – gegen das deutsche Volk, der nicht immer als Krieg gegen die Nazis oder Faschisten definiert wurde. Als Mensch mit schwarzer Hautfarbe, der sich des Kolonialismus und dessen gewaltsamer Unterdrückung bewusst ist, brachte Vylan seine Solidarität mit dem gerechten Widerstand des palästinensischen Volkes gegen seine Besatzer zum Ausdruck.

„Tod der ...“ als Parole hat auch einen politischen, metaphorischen Sinn: Wir wollen die Niederlage dieser brutalen Armee, wir wollen, dass das aufhört. Sie kann mit Appellen an Israelis kombiniert werden, den Dienst zu verweigern. Wenn Iraner:innen „Tod den Amerikanern“ skandieren, würden sie im Allgemeinen antworten, dass sie nicht die gewöhnlichen Amerikaner hassen, sondern ihre imperialistische Regierung und Armee.

Im Allgemeinen haben das Establishment und die Regierungen akzeptiert, dass der künstlerische und kulturelle Kontext für das, was als extreme Äußerung gilt, sich von einer Straßendemonstration oder einer politischen Versammlung unterscheidet. John Betjeman forderte in seinem Vorkriegsgedicht, Slough zu bombardieren, weil dort seiner Meinung nach all das zerstört wurde, was für ihn eine Art britisches Ideal war. Bob

Dylan feiert in seinem Lied „Masters of War“ den Tod der Kriegstreiber

And I hope that you die
And your death will come soon
I'll follow your casket
By the pale afternoon
And I'll watch while you're lowered
Down to your deathbed
And I'll stand over your grave
'Til I'm sure that you're dead²

Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendjemand gefordert hätte, Dylan wegen Hassreden strafrechtlich zu verfolgen.

Keine Parole für Massensolidarität

Ob sich die Palästina-Solidaritätsbewegung eine solche Parole zu eigen machen sollte, ist eine ganz andere Frage. Eine solche Parole ist für die große Mehrheit der Menschen weniger klar und verständlich. Der politische Sinn eines gerechtfertigten Widerstands gegen die Besatzung ist hier viel weniger zugänglich.

Eine erfolgreiche Strategie der palästinensischen Solidarität erfordert nicht, dass wir die Menschen vom Recht auf bewaffneten Widerstand oder gar von der militärischen Niederlage der israelischen Armee überzeugen. Viel wichtiger sind Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) sowie eine Änderung der Politik unserer eigenen Regierung.

Während des Vietnamkriegs gab es in der Solidaritätsbewegung in den USA eine Debatte darüber, ob die Hauptparole „Victory to the NLF“ (Sieg der Nationalen Befreiungsarmee) oder „Bring the Troops Home now“ (Bringt unsere Soldaten nach Hause zurück) lauten sollte. Die zweite Parole wurde angenommen, und es war eine richtige Entscheidung.

Bobby Vylan hat für seine Aktion in Glastonbury teuer bezahlt. Trump hat dafür gesorgt, dass die US-Tournee seiner Band blockiert wird, und ihr Agent hat sie fallen lassen wie eine heiße Kartoffel. Hoffentlich können sie ihre Arbeit fortsetzen. Wie bei Kneecap haben die Angriffe auf nur noch mehr Interesse und Unterstützung für seinen Standpunkt – und seine Band – geweckt.

„Palestine Action“ als terroristisch gebrandmarkt

Im Jahr 2003 versuchte Josh Richards, ein Flugzeug auf einem Stützpunkt der US-Luftwaffe in Brand zu setzen. Der Anwalt, der ihn vor Gericht verteidigte, betonte, dass seine

Aktion legitim und notwendig war, um einen Angriffskrieg gegen den Irak zu verhindern. Er beschränkte sich nicht darauf zu sagen, dass Richards kein Terrorist sei; er ging noch weiter – bestand darauf, dass sein Mandant kein Krimineller sei. Der Anwalt war Keir Starmer (der heutige Premierminister).

Frauen, die vor Greenham Common für den Frieden demonstrierten, ketteten sich an den Toren des US-Stützpunkts fest und kletterten auf die Raketensilos. Selbst die damalige Premierministerin Margaret Thatcher hat nie versucht, sie als Terroristen zu bezeichnen. Die gesamte Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, von den Ludditen bis zu den Streikenden in Taff Vale, beinhaltet Elemente der Sachbeschädigung. Man könnte argumentieren, dass einige Aktionen der Suffragetten wie Brandstiftung oder das Einschlagen von Fenstern schlimmer waren als das, was Palestine Action getan hat. Es gibt bereits Gesetze, die gewaltlose Sachbeschädigung unter Strafe stellen. Die Strafen sind bereits härter geworden, so bei den Elbit 13, die lange Haftstrafen verbüßen.

Das wirklich Ironische daran ist, dass Yvette Cooper wahrscheinlich frühere Mitglieder der Labour-Partei und der Gewerkschaften als Terroristen bezeichnen müsste, wenn sie konsequent sein wollte.

Palestine Action organisiert gewaltfreie direkte Aktionen, die sich vor allem gegen militärische Ziele oder die Rüstungsindustrie richten. Vor kurzem drangen zwei ihrer Aktivisten in den Luftwaffenstützpunkt Brize Norton ein und beschmierten Kampffjets mit roter Farbe. Die Tatsache, dass sie unentdeckt ein- und ausgehen konnten, erklärt die heftige Reaktion von Leuten wie Innenministerin Yvette Cooper.

Da sie nach dem Chaos über das Wohlfahrtsgesetz ohnehin nervöser als sonst war, kombinierte Cooper das Verbot der Palestine Action mit dem des Maniacs Murder Cult, einer weißen rassistischen, neonazistischen Organisation und der russischen imperialen Bewegung, einer weißen rassistischen, ethno-nationalistischen Organisation. Nur 26 stimmten dagegen – nicht einmal die gesamte Socialist Campaign Group der Labour-Linken und ehemaliger Labour-Abgeordneten.

Gegenwehr ist im Gange

Es gab jedoch eine gewisse Gegenreaktion. Palestine Action hat eine einstweilige Verfügung erreicht, die den Prozess verzögert, und es wird unmittelbar eine Anhörung dazu stattfinden. In zwei getrennten Briefen an Innenministerin Yvette Cooper sagten die Rechtsanwalts-

gruppe Network for Police Monitoring (Netpol) und die Haldane Society of Socialist Lawyers, dass ein Verbot der Gruppe einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen würde. Der Brief der Netpol-Anwälte, der exklusiv mit dem *Guardian* geteilt wurde, wurde von 266 Anwält:innen und Rechtswissenschaftler:innen unterzeichnet, darunter 11 Kronanwälten und 11 Juraprofessoren. Darin wird festgestellt:

„Den Terrorism Act zu nutzen, um Palestine Action direkte Aktionen zu verbieten, wäre ein Missbrauch dieser Gesetzgebung und ein Eingriff in das Recht zu protestieren. Der Missbrauch der Terrorismusgesetzgebung auf diese Weise gegen eine Protestgruppe schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, bedroht unsere demokratischen Freiheiten und wäre ein schrecklicher Schlag gegen unsere bürgerlichen Freiheiten.“

Zu den Unterzeichnern des Briefes der Haldane Society, der Cooper vor der Abstimmung der Abgeordneten am Mittwoch übergeben wurde, gehören die Kronanwälte Michael Mansfield und Imran Khan – die die Familie von Stephen Lawrence und die Opfer des Brandes im Grenfell Tower vertraten – und der Labour-Oberhausabgeordnete und Kronanwalt John Hendy.

Er wurde von Tausenden von Menschen unterzeichnet, darunter die Politiker:innen Caroline Lucas, Jeremy Corbyn und John McDonnell, die Schauspieler:innen Adeel Akhtar und Juliet Stevenson, Lehrer:innen und Priester.

In dem Brief heißt es: „Es [ein Verbot] würde viele gewöhnliche Mitglieder der Öffentlichkeit angreifbar machen – zum Beispiel würde das einfache Tragen eines T-Shirts mit der Aufschrift ‚Ich unterstütze Palestine Action‘ als Verstoß gegen das Verbot angesehen und es müssten Maßnahmen ergriffen werden.“

Auch Vertreter der Vereinten Nationen haben die Maßnahme verurteilt. Sogar der ehemalige Labour-Justizminister Lord Falconer hatte gesagt, dass es ein falscher Schritt wäre, sie als Terroristen zu bezeichnen.

Ein Angriff auf die Solidarität und die Linke

Einmal als terroristisch eingestuft, könnte die Maßnahme verwendet werden, um die Solidaritätsbewegung und die radikale Linke zu untergraben. Websites könnten geschlossen, führende Mitglieder strafrechtlich verfolgt und hohe Geldstrafen verhängt werden. Offensichtlich ist die Regierung besorgt, dass die palästinensische Solidaritätsbewegung, anstatt sich im Laufe der Zeit abzuschwächen, stark bleibt und sich immer mehr in der britischen Gesellschaft verankert. Die Wähler:innen haben bereits

gezeigt, dass sie wegen der Labour-Politik zu Palästina grün, unabhängig oder weiter links wählen werden. Der Kneecap-Auftritt in Glastonbury wurde von der BBC gesperrt, aber der Live-Stream, der von einer Frau heldenhaft in der brennenden Hitze aufgenommen wurde, wurde über 1,5 Millionen Mal angesehen. Labour ist dabei, eine ganze Generation fortschrittlich denkender Menschen zu verlieren.

Wir können das Schlusswort der politisch aktiven Schauspielerin Juliet Stevenson überlassen:

„Die Definition von Terrorismus, wie sie im Terrorismusgesetz von 2000 festgelegt ist, ist klar und beinhaltet ‚schwere Sachbeschädigung‘. Stellt das Aufsprühen von roter Farbe auf Metall eine schwere Sachbeschädigung dar? Während Innenministerin Yvette Cooper das Sprühen von roter Farbe auf Flugzeuge verurteilt, scheint sie auf das Verspritzen von rotem Blut auf die Zeltwände von Gaza nicht annähernd gleichwertig zu reagieren.“

03 Juli 2025

Quelle: Anti*Capitalist Resistance (<https://anticapitalistresistance.org/death-to-hypocrisy/>, <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article9074>)

Übersetzung: Björn Mertens

1 Die Grime-/Punk-Band Bob Vylan besteht aus dem Sänger und Gitarristen Bobby Vylan und dem Schlagzeuger Bobbie Vylan. Die Namen sind eine Anspielung sowohl auf den Sänger Bob Dylan als auch auf das englische Wort „villain“ für „Schurke“. [Wikipedia]

2 Und ich hoffe dass ihr sterbt
Und euer Tod kommt bald
Ich werde eurem Sarg folgen
An einem blassen Nachmittag
Ich werde zusehen wie ihr herabgesenkt werdet
Runter in euer Grab
Und ich werde über eurem Grab stehen
Bis ich sicher bin dass ihr tot seid

Übersetzung: <https://www.musixmatch.com/de/songtext/Bob-Dylan/Masters-of-War/ubersetzung/deutsch>

Israel/Palästina bei ISP



Shir Hever

Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung

Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus

263 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-140-2



Deeg/Sibony/Warschawski
(Hrsg.)

Stimmen israelischer Dissidenten

220 S., 16,80 Euro
ISBN 978-3-89900-113-6



Omar Barghouti

Boycott – Desinvestment – Sanktionen

Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas

232 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-136-5

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

SIEDLERKOLONIALISMUS, ETHNISCHE SÄUBERUNG UND VÖLKERMORD

Zum Buch von Helga Baumgarten und Norman Paech: *Völkermord in Gaza. Eine politische und rechtliche Analyse*. Wien:Promedia 2025

■ Jakob Schäfer

Getreu der deutschen Staatsräson streiten offizielle Stellen in Deutschland weiterhin beharrlich ab, dass heute im Gazastreifen Völkermord betrieben wird. Das Buch von Baumgarten/Paech liefert politische und juristische Argumente und Belege für die Einordnung des Massakers, das sich hier vor den Augen der Weltöffentlichkeit abspielt. Im ersten Teil des Buches zeichnet Baumgarten in vier Abschnitten die Geschichte des zionistischen Siedlerkolonialismus nach. Sicher, diese Geschichte ist von einer Reihe von Autoren (von Walter Hollstein bis Ilan Pappé) aufgearbeitet worden, aber der Gewinn der hier vorliegenden neuen Darstellung liegt in der Übersichtlichkeit und im Anführen neuer Belege, die man sonst – wenn überhaupt – nur verstreut findet.

Wir wollen ein paar Schlaglichter von Baumgartens Darstellung herausgreifen: Der Widerstand gegen die zionistische Besiedlung begann schon vor dem 1. Weltkrieg, als die Araber:innen (Muslim:innen und Christ:innen) noch 92 Prozent der Bevölkerung ausmachten. In den 1920er Jahren wurde ihr Widerstand politisch und gipfelte 1936–39 in einem Aufstand, der von den Briten im Verbund mit zionistischen Kampfgruppen brutal niedergeschlagen wurde. Baumgarten zitiert dazu den israelischen Historiker Ilan Pappé: „Großbritannien regierte nicht mit Würde und es verließ Palästina auch nicht mit Würde. Stattdessen schuf es ein Vakuum, das zur ethnischen Säuberung Palästinas führte und zur Etablierung des Staates Israel auf den Ruinen Palästinas.“

Die zweite Phase des Siedlerkolonialismus wurde 1947/48 mit der Nakba, der „Katastrophe“ eingeleitet:

750 000 Menschen wurden vertrieben und mehr als 400 Dörfer wurden zerstört. Massaker wie das im Dorf Deir Yassin waren keine Seltenheit. Mit der Staatsgründung Israels (Mai 1948) wurde der Siedlerkolonialismus mit staatlicher Macht abgesichert. Der Unterschied dieses Systems zur Apartheid Südafrikas: In Südafrika waren die Schwarzen für die Wirtschaft „essenziell“, wie Baumgarten es formuliert. In Palästina wurde die einheimische Bevölkerung systematisch aus der Wirtschaft ausgeschlossen.

Mit der Besetzung der Reste des historischen Palästinas im „Sechstagekrieg“ von 1967 betraf die strukturelle Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung mit einem Schlag noch mehr Menschen. Das Osloer Abkommen (1993) bildete die Grundlage für eine massive Ausdehnung der israelischen Siedlungen im Westjordanland und das permanente Schikanieren der palästinensischen Bevölkerung auf einem extrem zerstückelten und immer kleiner werdenden Flecken Land. Fortgesetzter Landraub und Angriffe der Siedler auf Zivilist:innen haben seit dem 7. Oktober 2023 sprunghaft zugenommen. Ich füge hinzu: Von Oktober 2023 bis Anfang Juli 2025 sind im Westjordanland 924 palästinensische Todesopfer und 8 515 Verletzte bestätigt worden. Baumgarten fasst die Gesamtentwicklung folgendermaßen zusammen:

„Ein integraler Bestandteil des Siedlerkolonialismus ist die kontinuierliche Expansion, um immer mehr Land in Besitz zu nehmen. Damit einher geht die ethnische Säuberung mit dem Ziel, auf dem neu erworbenen Land die volle Souveränität des siedlerkolonialistischen Regimes durchzusetzen. In besonderen Fällen führt die ethnische Säuberung nicht nur zur Vertreibung, sondern zu einem regelrechten Völkermord, wenn sich nämlich die Kolonisierten weigern, ihr Land und ihre Heimat zu verlassen und wenn die Siedlerkolonialisten nicht bereit sind, eine wie auch immer geartete Koexistenz mit den Kolonisierten zu akzeptieren.“ (S. 80)

Baumgartens Gesamtüberblick und die von ihr angeführten Belege – es sind international nicht angezweifelte Fakten, offizielle Regierungserklärungen sowie programmatische Aussagen führender Zionist:innen – sind hilfreich für die Argumentation mit Menschen und Institutionen, die sich in der Beurteilung der israelischen Politik unschlüssig sind.

Zwei Kritikpunkte müssen wir allerdings benennen, auch wenn sie für die Gesamtaussage des Buchs ohne Bedeutung sind. Baumgarten schreibt (S. 76): „Das Scheitern jeglichen friedlichen Massenwiderstands ließ den Menschen im Gazastreifen und ihren politischen Führungen nur zwei Alternativen:

- kein Ende des langen Krieges gegen Gaza mit immer mehr Opfern und Zerstörungen, mit immer mehr und immer heißeren Phasen in immer kürzeren Zeitabständen oder aber
- bewaffneter Widerstand mit dem Versuch, die Blockade um Gaza für immer aufzuheben und Freiheit für die Menschen in Gaza zu erkämpfen.“

Dies mag den Menschen so – also im Grunde als ein unausweichliches Dilemma – erschienen sein, aber es ist nicht weit genug gedacht, vor allem was die Folgen angeht. Denn angesichts der militärischen (einschließlich der geheimdienstlichen), der ökonomischen und strategischen sowie geopolitischen Kräfteverhältnisse kann das Einschlagen des militärischen Wegs nur in eine Sackgasse führen, genauer: nur zum Liefern neuer Vorwände für die israelische Regierung, die ethnische Säuberung und den Völkermord noch brutaler voranzutreiben, und zwar nicht nur im Gazastreifen. Will die palästinensische Bevölkerung für ein Ende des Kriegs kämpfen, bleibt nur der politische, internationalistische Weg. Und der muss auf drei Ebenen beschritten werden:

- a** Die Brücken zur (zugegebenermaßen kleinen) regierungskritischen und humanistisch gesinnten Opposition in Israel müssen ausgebaut und gefestigt werden.
- b** Mindestens genauso wichtig – letztlich die entscheidende Ebene – ist die enge politische Kooperation mit den breiten Volksmassen in den Nachbarländern, vor allem in Jordanien, Ägypten, Libanon und Syrien.
- c** Nicht ganz unerheblich ist aber auch eine Stärkung der Solidaritätsbewegung in den imperialistischen Ländern (etwa im Zusammenhang mit der BDS-Kampagne).

Ohne wesentliche Fortschritte auf diesen Ebenen kann das Überleben der palästinensischen Bevölkerung nicht

gesichert werden, von einer Überwindung des „Konflikts“ noch gar nicht zu reden.

Unser zweiter Kritikpunkt betrifft die Tatsache, dass Helga Buamgarten (auf S. 90) einen Artikel von Al Jazeera zitiert, ohne die dort gezogenen Schlussfolgerungen anzuzweifeln oder auch nur vorsichtig zu kommentieren. Es heißt dort: „Die israelische Arroganz und das Gefühl von Sicherheit, dass man ungestraft unterdrücken, morden und stehlen kann, wurden [mit der Aktion vom 7. Oktober 2023] zerbrochen. Israel hält uns als Geiseln seit Jahrzehnten fest. Seit Generationen sind wir Gefangene in unserem Land. Aber in diesem Oktober ... hat der Tyrann einen Schock erlitten. Unsre Unterdrücker morden wieder in blinder Raserei, aber ein unangenehmes Gefühl breitet sich schleichend aus bei ihnen, dass nämlich das Gefängnis, in dem sie uns festhalten, angefangen hat, zu zerbröckeln.“

Sicher, Helga Baumgarten macht sich diese Einschätzung des Zerbröckelns des Gefängnisses nicht zu eigen (zumindest nicht explizit), aber das reicht nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte nach einem solchen Zitat sinngemäß festgehalten werden: Der zionistische Staat ist heute international so diskreditiert wie er es noch nie war und auch innenpolitisch könnte es Schwierigkeiten geben, wenn sich herausstellt (erste Anzeichen dafür gibt es), dass die rassistische Politik der israelischen Regierung selbst im Interesse der religiösen Hardliner überdehnt wurde. Eine wachsende Zahl von Menschen kann Zweifel an der Raison d'être des Zionismus und an der ihm eingepflanzten Herrenvolkideologie und dem damit strukturell verbundenen Rassismus kommen. Doch diese mögliche Perspektive (es ist kaum mehr als eine zarte Hoffnung) bedeutet in keiner Weise, dass das „Gefängnis, in dem sie [die Israelis] uns [die Palästinenser:innen] festhalten, angefangen hat, zu bröckeln.“ Sicher: dieser Artikel datiert vom 14. Oktober 2023, aber ihn heute ohne Kommentar oder Einordnung zu zitieren, ist eine schwer zu verstehende Unterlassung. Schließlich ging es der palästinensischen Bevölkerung noch nie so schlecht wie heute.

Rechtliche Bewertung des Völkermords im Gazastreifen

Norman Paech, ein über alle Zweifel erhabener Völkerrechtler, ist – wie übrigens auch Helga Baumgarten – seit Jahrzehnten in der Solidaritätsbewegung für Palästina aktiv. Auf gut hundert Seiten führt er eine ganze Reihe von Belegen an, die deutlich machen, dass Israel eine Besatzungsmacht ist, die sich noch nicht mal an die daraus sich ergebenden Verpflichtungen hält. „Für die Regelung der

Besatzung gelten die Genfer Konventionen, die Israel am 6. Juli 1951 ratifiziert hat, und die HLKO [Haager Landkriegsordnung] von 1907, die Israel aber weder unterzeichnet noch ratifiziert hat. Der Oberste Gerichtshof in Jerusalem hat jedoch festgestellt, dass die HLOK von 1907 Teil des Völkerrechts geworden ist und damit für alle Staaten verbindlich ist, auch für diejenigen, die dem Vertrag nicht beigetreten sind. Das ist heute unter den Staaten Konsens. Doch die israelische Regierung ist anderer Ansicht: für die besetzten Gebiete, also auch den Gazastreifen, würden die Verpflichtungen nicht gelten.“ (S. 153 f.)

Paech gibt auch einen Überblick über die Vorgeschichte und die völkerrechtliche gebotene Bewertung der Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023. So können wir politisch wie rechtlich nachvollziehen, wie sich die Politik der ethnischen Säuberung verschärft, ja brutalisiert hat. Jahrzehntlang (im Grunde seit dem ersten Libanonkrieg in den 1980er Jahren und schließlich in kodifizierter Form seit 2006) wurde die israelische Strategie von der Dahiya-Doktrin bestimmt (Dahiya ist ein Vorort von Beirut). Damals befahl der seinerzeitige Generalstabschef Gadi Eisenklot im Libanonkrieg nach einem Beschluss der israelischen Invasionstruppe durch libanesischen Kräfte die massive Vernichtung des „feindlichen Gebiets“ einschließlich der Vernichtung ziviler, lebenswichtiger Infrastruktur und Wohngebiete. Dies wurde seit jener Zeit zur Kriegsstrategie der israelischen Armee.

Mit der Operation „Eiserne Schwerter“ (seit dem 8. Oktober 2023) ist selbst diese völkerrechtswidrige Strategie noch in den Schatten gestellt worden. Die Politik der ethnischen Säuberung hat inzwischen das Ausmaß eines Völkermords erreicht. Wir dürfen uns über die Absichten der israelischen Regierung nicht täuschen: Einer der maßgebenden Minister in Netanyahus Kabinett, Finanzminister Smotrich (Vorsitzender der Nationalen Religiösen Partei – Religiöser Zionismus) erklärte am 30. Mai 2024 zur anvisierten Ausdehnung des Kriegs auf das Westjordanland: „Wir werden euch in Schutt und Asche legen, wie wir es jetzt im Gazastreifen tun.“ Paech fügt an: „Vergleichbare Aussagen lassen sich bis in die Gegenwart dokumentieren.“ (S. 191)

Die Perspektiven sind eher düster. Paech führt aus: „Die letzten Jahre unter der immer stärker rassistisch auftretenden Regierung Netanyahu haben offensichtlich zu einer Radikalisierung der jüdischen Gesellschaft in der Besatzungsfrage geführt, und zwar nicht nur in rechtsextremen Kreisen. Die Rechtsradikalen wollen den Gazastreifen von Palästinenser:innen säubern und selbst dort

siedeln. Der Polizeiminister Itamar Ben-Gvir war einer der Podiumsteilnehmer auf einer Konferenz am 20. Oktober 2023, die die Neubesiedlung zum Thema hatte. Das Motto lautete: ‚Erobern, rausschmeißen, neubesiedeln‘.“

Wir fügen hinzu: Das Verheerende ist, dass es zu solchen Vorhaben kaum Proteste in der israelischen Gesellschaft gibt und dass der zurzeit laufende Völkermord nur wenige Menschen in Israel berührt. So tief und nachhaltig ist der Rassismus in der israelischen Gesellschaft inzwischen verankert.

Zusammenfassend lässt sich zu dem vorliegenden Buch sagen: Die politische und rechtliche Analyse, die uns Helga Baumgarten und Norman Paech hier präsentieren, ist sehr wertvoll. Sie gibt der Solidaritätsbewegung Argumente an die Hand, vor allem in den Diskussionen mit Zweiflern in der Palästinafrage oder mit Anhängern der Deutschen Staatsräson. Wir wünschen dem Buch eine weite Verbreitung.

NEU bei ISP



Arne Andersen

unter Mitarbeit von Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

Hardcover, farbig, 499 Seiten
Subskriptionspreis bis zum
31.12.2024 24,80 €
ISBN 978-3-89 900-160-0

Die Autoren legen Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar zu machen.

Der Palästinakonflikt wird von seinen Anfängen bis zum aktuellen Gazakrieg facettenreich dargestellt. Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema.

Das Buch erscheint Anfang September 2024.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

Fortsetzung von Seite 62

sein wird und die Bewohner der „humanitären Stadt“ beginnen, inmitten der Trümmer und gezeichnet von Hunger, Krankheit und Bombardierung ihrem früheren Leben nachzutrauern, kann die letzte Phase beginnen: das gewaltsame Verladen in Lastwagen und Flugzeuge, Richtung neues, ersehntes „Heimatland“ – Libyen, Indonesien oder Äthiopien.

Wenn das humanitäre Hilfsprojekt bereits Hunderte Menschenleben gekostet hat, wird die Abschiebung Zehntausende kosten. Aber nichts wird Israel auf dem Weg zur Umsetzung dieses Plans aufhalten.

Ja, es gibt einen Plan – und er ist noch teuflischer, als es den Anschein hat. Irgendwann saßen Menschen zusammen und schmiedeten diesen Plan. Es wäre naiv zu glauben, dass all dies „einfach so“ geschehen ist. In 50 Jahren werden die Protokolle freigegeben – und wir werden erfahren, wer dafür war und wer dagegen. Wer vielleicht erwogen hat, ein Krankenhaus unversehrt zu lassen.

Neben den Offizieren und Politikern waren auch Ingenieure, Architekten, Demographen und Leute aus dem Finanzministerium dabei. Vielleicht sogar Vertreter des Gesundheitsministeriums. Wir werden es in 50 Jahren wissen.

In der Zwischenzeit hat der Leiter der Zentralstelle für die Auswanderung der Palästinenser, David Barnea, die nächste Stufe umgesetzt. Er ist ein gehorsamer hoher Beamter, der sich nie mit seinen Vorgesetzten angelegt hat. Kommt Ihnen das bekannt vor? Er ist der Held der Kampagne für Massenamputationen per Walkie-Talkie. Wenn man ihn losschickt, um Geiseln zu retten – geht er. Wenn man ihn losschickt, um die Deportation von Millionen vorzubereiten – auch kein Problem. Schließlich befolgt er nur Befehle.

20. Juli 2025

Quelle: <https://www.haaretz.com/opinion/2025-07-20/ty-article/.premium/its-clear-israel-now-has-a-plan-for-the-ethnic-cleansing-of-palestinians-from-gaza/00000198-2456-d55c-a1be-7efe76860000>

Übersetzung: J. S.

WEITERE LESEEMPFEHLUNGEN IN DIESEM ZUSAMMENHANG

Der israelische *Haaretz*-Publizist Zvi Bar'el: „Gaza hat Israel in einen anderen Staat umgewandelt. Im Namen des Krieges darf man schon die Meinungsfreiheit aufheben, Journalisten festnehmen, 'unwürdige' Vorstellungen und Kulturveranstaltungen verhindern, einen Knesset-Abgeordnete entlassen und/oder einen Lynch an ihnen verüben, Angehörige von entführten Geiseln verprügeln, Häuser von Palästinensern im Westjordanland verbrennen und Gefangene foltern.“

Dem fügte er hinzu: „Gaza hat auch die israelischen Bürger entstellt, ihre Sprache, ihre Identität vertauscht. Aus Bürgern, die einst Menschenleben zu würdigen wussten, sind sie im Namen ihrer heiligen Mission in Gaza zu solchen geworden, die Menschen opfern – Geiseln opfern, ihre eigenen Söhne opfern, tausende Kinder, Frauen und Alte eines anderen Volkes opfern. Israel unter der 'Herrschaft' von Gaza, ist ein zerfallender, rachsüchtiger, unmoralischer Staat, vor allem aber ein Staat ohne Horizont und Hoffnung. Kein Sieg, der mit einem dermaßen schweren Preis gezahlt werden wird, wird in der Lage sein, die tiefe Narbe, die in die Geschichte des Staates und den Charakter der israelischen Gesellschaft bereits eingebrannt worden ist, heilen und rehabilitieren können.“

Zitiert nach Moshe Zuckermann: *Von Menschen, Maschinen und Ungeheuerlichkeiten*, <https://overton-magazin.de/top-story/von-maschinen-menschen-und-ungeheuerlichkeiten/>

Lesenswert ist auch Moshe Zuckermanns Artikel: *Orwell in Israel*, <https://overton-magazin.de/top-story/orwell-in-israel/>, auf den sein erstgenannter Beitrag zurückgeht und in dem er die Bildung eines KZs im Gazastreifen sowie die Herzlosigkeit des größten Teils der israelischen Gesellschaft beklagt.

Israel hat einen Plan zur ethnischen Säuberung des Gazastreifens

Jemand hat ihn entworfen, es gab Diskussionen über Vor- und Nachteile, Alternativen wurden erwogen – alles in klimatisierten Konferenzräumen. Gideon Levy

Zum ersten Mal seit Beginn des Rachekriegs in Gaza ist klar: Israel hat einen Plan – und er ist weitreichend.

Adolf Eichmann begann seine Nazi-Karriere als Chef der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ im Sicherheitsdienst des Reiches. Joseph Brunner, der Vater des heutigen Mossad-Chefs David Barnea, war drei Jahre alt, als er mit seinen Eltern aus Nazideutschland floh – noch bevor der Evakuierungsplan umgesetzt wurde.

In der vergangenen Woche reiste Barnea, der Enkel, nach Washington, um über die „Evakuierung“ der Bevölkerung des Gazastreifens zu sprechen. Auf dem Sender *Channel 12 News* berichtete Barak Ravid, dass Barnea seinen Gesprächspartnern mitgeteilt habe, Israel habe bereits mit drei Ländern Gespräche über dieses Thema aufgenommen – und die Ironie der Geschichte musste sich vor lauter Scham verstecken. Ein Enkel eines wegen ethnischer Säuberung aus Deutschland Geflohenen spricht über ethnische Säuberung – und es kommt keine Erinnerung hoch.

Um zwei Millionen Menschen aus ihrem Land zu „evakuieren“, braucht man einen Plan. Israel arbeitet an einem solchen. Die erste Phase besteht darin, große Teile der Bevölkerung in ein Konzentrationslager zu verlegen, um eine effiziente Abschiebung zu erleichtern.

Vergangene Woche veröffentlichte die BBC einen investigativen Bericht auf Grundlage von Satellitenbildern, die eine systematische Zerstörung durch die IDF (israelische Armee) im gesamten Gazastreifen zeigen. Dorf um Dorf wird ausgelöscht, das Land wird eingeebnet für den Bau des Konzentrationslagers, sodass Leben in Gaza nicht mehr möglich sein wird.

Die Vorbereitungen für das erste israelische Konzentrationslager laufen auf Hochtouren. Die systematische Zerstörung schreitet im gesamten Küstenstreifen voran –

damit es keinen Ort mehr gibt, an den man zurückkehren könnte, außer dem Lager.

Für diese Arbeit braucht man Bulldozer. Die BBC zeigte zwei Stellenanzeigen. Eine beschrieb die Arbeit folgendermaßen: „Für ein Projekt zum Abriss von Gebäuden in Gaza suchen wir Bulldozer-Fahrer für 40-Tonnen-Fahrzeuge. Der Job beinhaltet eine Bezahlung von 1200 Schekel (ca. 357 US Dollar) am Tag, inklusive Verpflegung und Unterkunft, mit der Möglichkeit eines Privatfahrzeugs.“ Die zweite Anzeige lautete: „Arbeitszeit: Sonntag bis Donnerstag, 7:00 bis 16:45 Uhr, hervorragende Arbeitsbedingungen.“

Israel begeht stillschweigend ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es geht nicht um ein Haus hier und ein Haus dort, nicht um „operative Notwendigkeiten“, sondern um die systematische Vernichtung jeglicher Lebensmöglichkeit dort – während gleichzeitig die Infrastruktur errichtet wird, um Menschen in einer „humanitären“ Stadt zu konzentrieren, die als Durchgangslager dienen soll – vor der Abschiebung nach Libyen, Äthiopien oder Indonesien, den laut *Channel 12* von Barnea genannten Zielorten.

Das ist der Plan zur ethnischen Säuberung Gazas. Jemand hat ihn entworfen. Es gab Diskussionen zum Pro und Kontra, Alternativen wurden erwogen, die Optionen kompletter oder gestufter „Säuberung“, alles in klimatisierten Sitzungszimmern, mit Protokollen und Beschlüssen. Zum ersten Mal seit Beginn des Rachekriegs in Gaza ist klar: Israel hat einen Plan – und er ist weitreichend.

Dies ist keine wahllose Kriegsführung. Man kann Benjamin Netanjahu nicht mehr vorwerfen, einen Krieg ohne Ziel zu führen. Dieser Krieg hat ein Ziel – und es ist ein verbrecherisches. Man kann den Armee-Kommandeuren nicht mehr sagen, dass ihre Soldaten umsonst sterben: Sie sterben in einem Krieg zur ethnischen Säuberung.

Der Boden ist bereit, nun kann zur „Umsiedlung“ der Menschen übergegangen werden. Die Stellenanzeigen sind veröffentlicht. Nachdem die Bevölkerung verlegt

Fortsetzung auf Seite 61